H 8040 F
ISSN 1619-1404
29. Jahrgang
Nummer 172
Mai | Juni 2018
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

ES GIBT KEIN RECHT AUF NAZI-PROPAGANDA!

...IN ...MENTEN? wir planen für Sie den Hass! IHR „INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK"

... unserem Namen. IHRE „SEZESSION"

NAZI-GEWALT? Wir sind die geistigen Brandstifter dahinter! IHR „COMPACT-MAGAZIN"

rechte Publikationen

gedruckte Hetze und Propaganda



Inhalt und Editorial

Titelseite: Protest auf der Leipziger Buchmesse 2018 gegen rechte Verlage.
photo by Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nachdem die »Alternative für Deutschland« (AfD) 2016 noch nicht zum Katholikentag eingeladen worden war, änderte sich dies bereits beim evangelischen Kirchentag im vergangenen Jahr in Berlin. Im Mai 2018 nun konnte die AfD beim Katholikentag in Münster an einem Podium über die Positionen der Bundestagsparteien zu »Kirche und Religion in Staat und Gesellschaft« teilnehmen. Gegen diese Entscheidung demonstrierten vor Ort rund 1.000 Menschen vom Bündnis »Keinen Meter den Nazis«. Der Auftritt des AfD-Politikers Volker Münz stieß zwar bei einem Teil des Publikums auf Zustimmung, führte aber auch zu Protesten vor der Bühne. Eine Bühne, die der AfDler nutzte, um unter anderem gegen den Islam zu hetzen und die Kirchen als »politische Vorfeldorganisationen« zu bezeichnen, deren Aufgabe nicht die Politik sei.
Widerspruch ernten in den vergangenen Monaten auch die Rechtsausleger der CSU. Auf den ›Kreuzerlass‹ von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hagelte es breite Kritik. Der Wiederholungstäter Alexander Dobrindt, der zu Jahresbeginn im neurechten Duktus von der »Konservativen Revolution« phantasierte und zuletzt medial gegen FlüchtlingshelferInnen mobil machte, wurde von vielen Seiten an die Grund- und Menschenrechte erinnert. Und Bundesinnenminister Horst Seehofer alias »Heimathorst«, dessen notorisch rassistische Hetze dieses Mal Asylsuchende im baden-württembergischen Ellwangen traf, konnte nicht verhindern, dass kritische JournalistInnen die Lügen der Polizei zu einem Einsatz in der dortigen Flüchtlingsunterkunft widerlegten: Es gab keine Bewaffnung, keine Angriffe und keine verletzten Beamten.
So wichtig Gegenrede, öffentliche Kritik und antifaschistische Proteste sind, so offensichtlich ist ihre begrenzte Wirkung, wenn derartige Lügen und Verdrehungen weiter kolportiert werden und auf fruchtbaren Boden fallen.
Als maßgeblich identitätsstiftende Institution – Stichwort ›christliches Abendland‹ – steckt die Katholische Kirche nicht nur in Deutschland in einem Dilemma. Die praktische Umsetzung der Barmherzigkeit und Nächstenliebe wird von der eigenen Klientel in Politik und Regierung bestraft. Im Umgang mit der AfD setzt sich dieser Zwiespalt fort. Etliche in der Partei sehen sich als VerteidigerInnen des wahren Christentums. Ein innerkirchlicher Dialog ist mit Sicherheit nötig – ein Podium für Rechtsaußenparteien aber nicht. Ebenso wie zahlreiche VertreterInnen aus Gesellschaft und Politik verheddert sich auch die Katholische Kirche viel zu oft im ›Propagandanetz‹ der AfD. Als Handreichung dazu verstehen wir unser vorletztes Heft zur »Christlichen Rechten«.
Indes waren die zahlreichen Rückmeldungen von GewerkschafterInnen und Betriebsräten zu unserer März/April-Ausgabe überwältigend und haben gezeigt, wie sensibilisiert viele von ihnen auf Angriffe der AfD reagieren – in Eisenach wurde im April der Neofaschist Björn Höcke vor dem Tor des Opel-Werkes von ArbeiterInnen des Konzerns abgedrängt und nach Hause geschickt, als er eine Kundgebung für den Erhalt der Arbeitsplätze vereinnahmen wollte.

Unser Dank gilt dieses Mal insbesondere dem »antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V.«, mit dem wir die vorliegende Ausgabe von »der rechte rand« in enger Zusammenarbeit konzipiert und erstellt haben.

Eure Redaktion

#JobbörseAfD

Der Schwamm

Die »Alternative für Deutschland« im Bundestag zieht Rechte aus allen Milieus an. Das wird von ExpertInnen und auch vom Verfassungsschutz unterschätzt.

von Nina Juliane Rink



Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl im September 2017 hat Charles Paresse an dieser Stelle festgestellt: der Einzug der »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Bundestag ist eine Zäsur. Im Bundestag existiert nun eine Fraktion, in der offener Rassismus, völkischer Nationalismus und Antifeminismus integraler Bestandteil der programmatischen Ausrichtung sind. Eine Zäsur. Dies war absehbar – seit Gründung der Partei ist die Annäherung diverser rechter Spektren an die AfD zu beobachten und die Verschmelzung der Milieus spätestens mit dem Einzug in die Landesparlamente offensichtlich. Parteiausschluss-Versuche oder formale Kooperationsverbote in der Vergangenheit können nicht darüber hinwegtäuschen: Die AfD bietet unterschiedlichen AkteurInnen der extremen Rechten ein kuscheliges Nest. Nun erhalten einige von ihnen als MitarbeiterInnen von Abgeordneten und der Fraktion ein finanzielles Auskommen, berufliche Reputation und freien Zugang zum Bundestag. Die »Die Tageszeitung« (taz), das »Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum« (apabiz) und »der rechte rand« haben im Rechercheprojekt »Netzwerk AfD« den Hintergrund von mehr als 350 MitarbeiterInnen der AfD recherchiert. Wir trafen auf alte Bekannte und neue Gesichter. Es zeigte sich, dass die AfD im Bundestag eine Scharnierfunktion zwischen extremer Rechter und bürgerlicher Mitte einnimmt. Die Fraktion wirkt wie ein brauner Schwamm, der Rechte aus allen Milieus aufsaugt – vom rechten Flügel der Union bis zu Neonazis.

Derweil urteilen die Verfassungsschutzbehörden: »Auch im Falle der AfD werden offene Indizien wie Aktivitäten, Aussagen oder potenzielle Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppierungen gesichtet und bewertet, ob es sich um Einzelmeinungen oder um eine parteipolitische Linie handelt. Derzeit sind keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte ersichtlich, die eine Beobachtung der AfD als Partei (…) begründen würden.«

Fakt ist: unter Mitgliedern und MitarbeiterInnen finden sich extrem Rechte aller Couleur, von (Ex-)Mitgliedern der verbotenen »Heimattreuen deutschen Jugend« (HDJ) bis zur »Identitären Bewegung« (IB). Ein Sammelbecken für Rechte war die AfD bereits, jetzt ist sie auch ihre Jobbörse.

Was werden sie zukünftig tun? Das, was sie immer getan haben, nur (besser) bezahlt: Als hauptberufliche MitarbeiterInnen können sie jeden Tag Politik machen. In den Wahlkreisen, Berliner Büros und in den Fraktionsbüros sitzen nun die AktivistInnen der »Jungen Alternative«, rechte Burschenschafter und »neu-rechte« PublizistInnen, politische Irrlichter und OrganisatorInnen ‹rechtspopulistischer› Demos. Mit Hilfe von Millionen Euro aus Steuergeldern, Zugang zu exklusiven Informationen und der Bühne der medialen Öffentlichkeit können sie ihre Propaganda verbreiten und die Grenzen des Sag- und Machbaren immer weiter und weiter nach rechts verschieben.

Der Extremismusexperte Eckhard Jesse schrieb 2016: »(D)as Aufkommen einer Partei wie der Alternative für Deutschland (…) ist ein Zeichen der Normalisierung, keines der Gefahr, wie es mitunter alarmistisch heißt.« Das kann man natürlich so sehen: Unter den AkteurInnen der AfD sind immer welche zu finden, die moderat konservativ oder einfach nur etwas patriotisch sind. Und nur, weil sich wiederholt in »Einzelfällen« zeigt, dass antisemitisches, geschichtsrevisionistisches, rassistisches, zutiefst menschenverachtendes Gedankengut zum Standardrepertoire ihrer Mitglieder zählt, muss das doch nicht gleich heißen, dass die AfD eine extrem rechte Partei ist. Doch liegt nicht vielmehr der Schluss nahe, dass sich alles, was rechts ist, in der AfD versammelt und die wenigen Konservativen das legale Deckmäntelchen der extremen Rechten sind? Ob nationalkonservativ, rechtspopulistisch, völkisch, identitär, ultrarechts – nichts davon beschreibt die AfD in Gänze. Aber alle diese Strömungen kommen in ihr vor.

Jeder Rehabilitierungsversuch seitens des Verfassungsschutzes und Teilen der Extremismusforschung stellt eine Verharmlosung der politischen Absichten der extrem rechten AkteurInnen dar. Das Personal der AfD wird seine Wirkung entfalten und die Auftritte der Partei prägen. In Ausschüssen, Kontrollgremien, Beiräten, parlamentarischen Reden und Anfragen, aber auch in TV-Shows oder in den Kommunen wird man ihrer Ideologie, ihrem Vokabular und ihrem Hass begegnen. Die Grenzen zwischen den rechten Milieus werden weiter erodieren und noch mehr Rechte mit unterschiedlichen Biografien ermuntern, aus ihren Nischen zu kriechen. Die AfD wird sie sicher mit offenen Armen empfangen – frühere Abgrenzungstendenzen sucht man mittlerweile vergebens. Trotzdem ist der Normalisierungsprozess gegenüber der AfD im vollen Gange. Es ist schockierend, mit welcher Selbstverständlichkeit der Ex-NPD-Aktivist mit der ehemaligen FDP-Funktionärin Tisch an Tisch sitzt und wie wenig Skandalpotenzial das noch zu haben scheint. Rechercheprojekte werden weiterhin notwendig sein, um darzulegen, wer die AfD ist und was sie tut. Denn die AfD ist keine »ganz normale Partei«.

Die »taz«, »der rechte rand« und das Antifa-Archiv »apabiz« haben seit Dezember 2017 die Hintergründe der MitarbeiterInnen und Abgeordneten der AfD im Bundestag recherchiert. Die Texte und eine interaktive Dokumentation findet sich unter: www.taz.de/netzwerkafd. Das Projekt wurde gefördert mit Mitteln der Otto-Brenner-Stiftung.



#Buchmesse

»Der Block«

Auf der Leipziger Buchmesse 2018 übte die extreme Rechte den Schulterschluss: NPD, Neue Rechte, Nazi-Schläger und FreundInnen der Verschwörungstheorie.

von Ernst Kovahl

Dieter Stein war empört. Der Chef der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) sagte wenige Tage vor Beginn der Leipziger Buchmesse Mitte März 2018 die Teilnahme seines Blattes auf der Schau ab. Die Messeleitung hatte entschieden, die bekannten rechten Verlage in einer Ecke der Halle drei zu sammeln. Das sei eine »einseitige und ungünstige Standplatzierung in einem von der Messe konstruierten ‹rechtsextremen Block› von Verlagen«, klagte die JF. Die örtliche Gemeinschaft mit der NPD, dem neu-rechten »Verlag Antaios« und den rechten Verschwörungstheoretikern von der »Compact« sei »absolut rufschädigend und wirtschaftlich sinnlos«, beschwerte sich Stein.
Götz Kubitschek vom »Verlag Antaios« ließ es sich nicht nehmen, öffentlich über seinen früheren Weggefährten zu höhnen. Schon Tage vor der Absage schrieb er auf dem Blog seiner Zeitschrift »Sezession«: »Werden Cato und JF ihre Stände absagen und auf den Messeauftritt verzichten, falls es Ihnen nicht gelingen sollte, andere Plätze zu ergattern (worum sie sich – jede Wette – derzeit bemühen)?« Und auch Jürgen Elsässer vom »Compact-Magazin« kritisierte den Rückzug: »Das Einknicken der JF ist in der Sache unverständlich, setzt tatsächlich aber nur konsequent den unrühmliche Anpassungskurs des Blattes fort.« Schärfer schoß die NPD gegen die JF: »Der eigentliche Angriff auf die Meinungsfreiheit kam gewissermaßen von ‹innen›«, kritisierte







Junge »Identitäre« mit Schildern vor dem Stand vom »Verlag Antaios«

»Compact«-Security bewacht den Stand und Elsässer

Udo Voigt am Mini-Stand der NPD und dahinter Peter Schreiber – Spitzenkandidat der sächsischen NPD zur Landtagswahl 2019

das Parteiblatt »Deutsche Stimme«. Die Einheit der rechten Verlage war nicht konstruiert, sondern vor Ort erlebbar. Als es zu antifaschistischen Protesten kam, stand der von Stein prophezeite »rechtsextreme Block« zusammen: Burschenschafter, Völkische, neu-rechte Intellektuelle, NPD'ler, Neonazi-Schläger und »Identitäre«.

»Compact«

Auffällig präsentierte sich auch in diesem Jahr »Compact«. Das Motto der rechten Verschwörungsfreunde: »Mut zur Wahrheit«. Der Stand überragte schon allein durch seine Höhe die anderen Aussteller. »Ja, wo leben wir denn, dass man für so ein altes Symbol angezählt wird?«, empörte sich der Mitarbeiter am Stand. Vor ihm stand ein langhaariger junger Mann mit einem »Thor-Hammer« um den Hals. Schnell waren sich beide einig – Schuld sei die »Political Correctness«. Im Programmheft der Messe war auf dem Lageplan der Standort des »Compact«-Standes hervorgehoben – nicht viele Verlage leisten sich diesen Luxus. Neben Ausgaben der Zeitschrift wurden an dem langen Tresen Werbepostkarten verteilt – gut bewacht von einem Sicherheitsdienst. »Patriot Putin«, »Mythisches Deutschland« oder »Nie wieder Grüne«, stand auf ausgestellten Covern. Die Stars der rechten Zeitschrift gab es hier zum Anfassen: Blatt-Chef Elsässer schüttelte Hände und Akif Pirinçci unterschrieb Autogrammkarten.

»Deutsche Stimme«

Eingepfercht auf wenigen Quadratmetern und zum ersten Mal gemeinsam auf der Messe waren der NPD-Verlag »Deutsche Stimme« und die Stiftung »Europa Terra Nostra« (ETN). Die Stiftung verteilte Aufkleber (»Europäische Nationalisten vereint« und »Festung Europa schaffen«) und warb für das Buch »Einer für Deutschland« von Udo Voigt, dem früheren NPD-Chef und heutigen Europaabgeordneten. »Ein wichtiges Buch in bewegter Zeit«, meint ETN. Die Stiftung steht der europäischen Partei »Alliance for Peace and Freedom« nahe, in der sich extrem rechte und neonazistische Europaabgeordnete zusammengeschlossen haben und wird vom Europäischen Parlament finanziell gefördert. Vor Ort am Stand dabei waren neben Voigt auch DS-Chefredakteur Peter Schreiber und Verlagsgeschäftsführer Andreas Storr, der stellvertretende ETN-Vorsitzende Jens Pühse, der sächsische Parteivorsitzende Jens Baur und der stellvertretende bayerische NPD-Landesvorsitzende Sascha Roßmüller mit seinem Buch »Europa contra EU – Los von Brüssel«. Die »Deutsche Stimme«, das Parteiblatt der NPD, verteilte eine dünne Sonderausgabe zum 1. Mai.



Götz Kubitschek

»Antaios«

Der neu-rechte »Verlag Antaios« erregte wohl am meisten Aufmerksamkeit. Götz Kubitschek hatte zuletzt mit Provokationen, seinem Geschäftssinn sowie dank zahllosen Homestories (s. drr Nr. 168) aus seinem Bauernhaus an Bekanntheit gewonnen. Der aufbrausende, schwäbelnde Kleinverleger gilt als Vordenker der »Neuen Rechten«. Um seinen Messestand sammelten sich Burschenschafter im Trachtenjanker, auf »identitär« umgeschulte Neonazis und ältere Herren.
Im Zentrum des Messetischs stand eine Kiste aus Holz, gefüllt mit den kleinformatigen Büchern der Reihe »Kaplaken«. Dahinter die aus Print und Fernsehen bekannten Holzstühle mit Schnitzereien. Und der Rest vom Stand? Messewände, Plastik, Steckregale. Doch für die Inszenierung reicht es wieder einmal: »Der Mann legt Wert auf Ästhetik. Seine Bücher präsentiert er in einem edlen Regal aus Kirschbaum, vorn ist das Verlagslogo ins Holz graviert«, notierte »Der Tagesspiegel« (17.03.2018). Das passt zur Selbstdarstellung: Eine »geistige Zulage für Selbstdenker« seien die Bücher, »wegweisende Texte in handlichem Format«. Kubitschek war hier der Star. Nach einer Lesung brandete Applaus auf, als er langsamen Schrittes zurückkam, erschöpft. Er gab Anweisungen, plauderte mit Interessierten und Autoren, posierte für Fotografen, schenkte Wein aus. Doch sein Auftritt hat Brüche: »Wiederholt kommt er ins Stottern, ist nervös und hat den Tick, ständig seine Hose zu richten«, beobachtete »Vice« (19.03.2018).
»Nur wer anstössig ist, kann Anstöße geben«, war auf die Jutebeutel gedruckt, die es bei »Antaios« für die »Identitären« gab, die mit ihren Vollbärten, Wollpullis und Seitenscheiteln durch die Messehallen flanierten. Um auf den antifaschistischen Protest von »Verlage gegen rechts« zu reagieren, war eine Postkarten- und Plakat-Serie gefertigt worden. »Mit einer sehr lauten Stimme im Halse ist man ausserstande, feine Sachen zu denken«, stand auf einer der großen Pappen, die von den Rechten den Protestierenden entgegen gehalten wurden. Doch an die eigene Parole hielt sich Verleger Kubitschek selbst nicht. Am Rande einer Veranstaltung der »Verlage gegen rechts« konnte er wieder einmal nicht an sich halten und brüllte in die Debatte.

»Ein Schlag ins Gesicht«

Etwa 200 Menschen protestierten gegen die rechten Verlage und ihre Veranstaltungen. Auch in dem mit wackeligen Messewänden umzäunten Veranstaltungsraum gab es Protest. Rechte schubsten AntifaschistInnen, bedrängten Fotografen. Hier stand die extreme Rechte offen zusammen. Im Hintergrund ein großes Transparent gegen »Political Correctnes und Kultur-Marxismus«. Davor NPD-Prominenz, »Antaios«-Autoren und Neonazis. In die erste Reihe wurden junge AktivistInnen mit Plakaten postiert, ganz vorn mit dabei unter anderem Alruna Kubitschek, Tilman Hauser und Alexander Kleine. Gemeinsam brüllte die Menge: »Jeder hasst die Antifa!« Viele konnten ihre Aggression gegen Linke kaum mehr bremsen. Kubitschek räumte später ein, dass daran auch Personen aus dem Kreis seiner »Leser und Standbesucher« beteiligt waren. Die »Neue Rechte« gibt sich intellektuell. Doch im Fall der Fälle zählt bloß Gewalt. Kubitschek schrieb vor Jahren in seinem Buch »Provokation«: »(…) von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.«



Dortmund

Dortmund. Am 14. April 2018 haben sich in Dortmund rund 600 Neonazis zu einem Aufmarsch der Partei »Die Rechte« unter dem Motto »Europa erwache!« versammelt. Als Redner traten Sven Skoda, Udo Voigt und Sascha Krolzig auf, daneben gab es Grußworte ausländischer Delegationen. Neonazis aus Bulgarien, Russland, Ungarn, Frankreich, Belgien und Norwegen nahmen teil. Gegen den Aufmarsch demonstrierten rund 5.000 Menschen.

AfD Niedersachsen mit neuem Vorstand

Braunschweig. Am 8. April 2018 hat der niedersächsische Landesverband der »Alternative für Deutschland« (AfD) Dana Guth zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie gewann in einer Kampfabstimmung gegen den bisherigen Vorsitzenden Armin-Paul Hampel. Im Januar war er vom Bundesvorstand wegen andauernder Konflikte mit seinen innerparteilichen GegnerInnen abgesetzt worden. Der eingesetzte Notvorstand hatte bei einer Sonderkassenprüfung zudem Unregelmäßigkeiten festgestellt. Über 27.000 Euro seien ohne Belege ausgegeben worden, teilte der Bundesrechnungsprüfer auf dem Parteitag mit. Hampel bestritt die Unrechtmäßigkeit der Ausgaben, obwohl er bereits in der Vergangenheit Parteigelder für private Zwecke genutzt haben soll und seine Wohnung sowie die Geschäftsstelle daraufhin durchsucht worden waren. Gegen den Parteitag in der Stadthalle Braunschweig protestierten rund 600 Menschen unter dem Motto »Nein zu Rechtspopulismus und Rassismus«.

IfS-Kongress

Magdeburg. Am 14. April 2018 hat das »Institut für Staatspolitik« (IfS) einen »Staatspolitischen Kongress« unter dem Motto »USA unter Trump – wie weiter, Europa?« abgehalten. Der Kongress war mit 250 TeilnehmerInnen ausverkauft. Als Ort wurde Magdeburg ausgewählt, da hier die bislang stärkste Fraktion der »Alternative für Deutschland« sitze und dies ein Grund sei, »die Verbindung zwischen Politik und Metapolitik zu festigen«. Erik Lehnert hielt die Eröffnungsrede, an einer Podiumsdiskussion nahmen Manuel Ochsenreiter, Martin Lichtmesz und Benedikt Kaiser teil. Jared Taylor, »White-Supremacy«-Verfechter und Mitbegründer des »National Policy Institute«, das inzwischen von »Alt-Right«-Begründer Richard B. Spencer betrieben wird sowie der schottische »Alt-Right«-Aktivist und YouTuber Millenial Woes waren ebenfalls angekündigt. Das Abschlusspodium moderierte Ellen Kositza, daneben sprachen Sophie Liebnitz, Caroline Sommerfeld und F. Roger Devlin.

Razzien bei »Reichsbürgern«

Am 8. April 2018 haben erneut Razzien bei »Reichsbürgern« stattgefunden. Spezialkräfte durchsuchten Wohnungen von acht Verdächtigen in Brandenburg, Berlin und Thüringen. Ihnen wird vorgeworfen, seit 2017 eine Partisanenarmee aufzubauen und dafür Waffen besorgt und Depots angelegt zu haben. Am Tag der Durchsuchung hätte ein größeres Treffen stattfinden sollen, die ermittelnden Behörden hatten jedoch keine Kenntnis über den Ort. Die Polizei beschlagnahmte Datenträger, es wurden keine Waffen gefunden, es gab keine Festnahmen. Derzeit gibt es Verdachtsfälle im »hohen zweistelligen Bereich« über die Zugehörigkeit von PolizistInnen, BundespolizistInnen und Bundeswehrangehörigen zur schätzungsweise 16.500 Personen umfassenden »Reichsbürger«-Szene.

»Schild und Schwert«-Festival

Ostritz. Am 20. und 21. April 2018 haben etwa 1.200 Neonazis am »Schild und Schwert«-Festival unter dem Motto »Reconquista Europa« in der sächsischen Kleinstadt Ostritz teilgenommen. Veranstaltet wurde das Event von Thorsten Heise auf dem Gelände des Hotels Neißeblick. Zahlreiche RechtsRock-Bands traten auf, daneben gab es Reden von NPD- und »Die Rechte«-Funktionären und ein »kulturelles Rahmenprogramm« mit Verkaufsständen, einer Tattoo-Convention sowie einem Freefight-Wettbewerb. Insgesamt seien laut Polizei 70 Straftaten und sieben Ordnungswidrigkeiten gezählt worden. Laut AugenzeugInnen wurde mehrfach der Hitlergruß gezeigt und »Sieg Heil«-Rufe waren zu hören. An Gegenprotesten nahmen mehrere Tausend Menschen teil, die Veranstaltung »Rechts rockt nicht« musste wegen der »unübersichtlichen Sicherheitslage« jedoch vorzeitig abgebrochen werden. Am 2. und 3. November diesen Jahres soll eine Wiederholung des Neonazi-Events stattfinden unter dem Motto »Organisierten Willen in die Parlamente tragen«.

1. Mai 2018

»Der III. Weg« konnte unter dem Motto »Kapitalismus zerschlagen – Für Familie, Heimat und Tradition!« 700 TeilnehmerInnen nach Chemnitz mobilisieren. In Erfurt traten NPD und »Die Rechte« mit ebenfalls 700 TeilnehmerInnen auf unter dem Motto »Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Die etablierte Politik macht Deutschland arm!«. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) hatte bereits am Vortag zu einer Kundgebung in Zwickau mobilisiert. 1.000 Menschen kamen zu »Mut für Deutschland«, um unter anderem Björn Höcke zu hören. Am 1. Mai veranstaltete die AfD Familienfeste in Berlin-Pankow und in Neubrandenburg. Kundgebungen der Partei gab es in Cottbus (450 TeilnehmerInnen) und in Eisenach (250 TeilnehmerInnen), auch hier war Björn Höcke Redner. Beide Veranstaltungen standen unter dem Motto »Sozial ohne rot zu werden«. In Querfurt versammelten sich 190 Menschen hinter dem Transparent »Hol Dir Dein Land zurück« der AfD.

#Publikationen

Rechte Publizistik – zugänglicher und vielfältiger denn je

von Fabian Virchow



Ende 2017 erreichte die BezieherInnen der Zeitschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« die Mitteilung, das Blatt werde zum Jahresende eingestellt. Die im »Grabert-Verlag« erscheinende Vierteljahresschrift war Mitte der 1950er Jahre zunächst als »Deutsche Hochschullehrer-Zeitung« gegründet worden und kann daher zu den traditionsreichsten Blättern des rechten Lagers gerechnet werden. Sie gehörte mit ihren programmatischen Artikeln, historischen Beiträgen und völkischen Texten lange zum Kernbestand rechter Publikationen in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit. Das Verschwinden der Zeitschrift wird der breiteren Öffentlichkeit jedoch weitgehend verborgen bleiben, war sie doch im Handel – etwa an Bahnhofskiosken – nicht erhältlich, sondern ausschließlich im Abonnement.

Blickt man auf die extrem rechte Presselandschaft der Bundesrepublik Deutschland zurück, so lassen sich für die vergangenen Jahrzehnte Tausende von Zeitschriften und Zeitungen, von Mitteilungsblättern und Zirkularen identifizieren, die von Organisationen und Vereinen – gelegentlich auch von Einzelpersonen – verantwortet wurden. So vielfältig die Zielgruppen der einzelnen Publikationen waren (Jugend, SchülerInnen, Frauen, ehemalige und noch diensttuende Soldaten, Vertriebene, Burschenschafter, Parteimitglieder, ...), so unterschiedlich waren auch ihre Titel: Neben Funktionsbezeichnungen wie »Informationsdienst der Dritten Front«, »DESG-inform« oder »NPD-Pressedienst« fanden sich vielfach auch Schlagworte im Titel, die das Selbstbild der programmatische Selbstverständnisse der Herausgebenden ausdrückten – von »Angriff« und »Aufbruch«, »barricade« und »Biologische Zukunft« über »NS heute« und «NS Kampfruf« bis »Zeitenwende« und »Zentralorgan«.

Das Angebot an gedruckten Periodika hat sich nicht erst mit der Etablierung des Internets und dessen Nutzung auch durch rechte AkteurInnen verändert; in der Nachkriegsbundesrepublik sind vielfach Zeitungen und Zeitschriften aufgetaucht und verschwunden. Beides hatte häufig mit dem Entstehen beziehungsweise Verschwinden von Organisationen zu tun. Beispielsweise gab die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) mit ihren meist kleinen Vorfeldorganisationen bis zu ihrem Verbot im Februar 1995 neben »Standarte« eine Vielzahl von lokalen Blättern heraus. Zwar hatten diese häufig nur einen Umfang von vier bis acht Seiten, erzeugten aber bei den Beteiligten den Eindruck, hier sei eine politische Kraft mit hoher Außenwirkung am Werk. Manche Projekte, wie etwa der Versuch, in den 1990er Jahren mit »Credo« ein Hochglanzmagazin auf den Markt zu bringen, scheiterten an fehlenden finanziellen Ressourcen. Andere, wie »Zentralorgan«, wurden nach Strafverfahren gegen einige Beteiligte nicht fortgeführt. Die Auflagenhöhe bewegte sich zwischen einigen Hundert – etwa bei den neonazistischen Skin-Zines – bis hin zu mehreren zehntausend Exemplaren wie derzeit bei der Wochenzeitung »Junge Freiheit« und »Compact«.

Hohe Kontinuität und erheblichen Einfluss auf den Selbstverständigungsprozess der extremen Rechten und des nationalkonservativen Spektrums hatten organisationsunabhängige Zeitschriften wie »Criticón«, »Nation Europa«, die »Staatsbriefe« oder auch die »Etappe«. Dass sie eingestellt wurden, hat vielfach mit dem Tod oder Rückzug derjenigen zu tun, die dem Blatt Profil und – im jeweiligen Spektrum oder gar darüber hinaus – Renommee verschafft haben. Dies gilt auch für die von Gerhard Frey herausgegebene »National-Zeitung«, die viele Jahrzehnte unter leicht wechselnden Bezeichnungen aufgrund ihrer Sichtbarkeit an vielen Zeitungskiosken erste Kontakte ins extrem rechte Milieu vermittelte, nach dem Tod des Gründers im Jahr 2013 aber weitgehend bedeutungslos geworden ist.

Die Möglichkeiten des Internets zur Verbreitung von Nachrichten und Meinungen sowie zur Mobilisierung zu Aktionen sind früh von der extremen Rechten genutzt worden; geringe Kosten, die Hoffnung auf eine große Ausstrahlung sowie die Möglichkeit, auch mit wenig technischem Wissen eigene Web-Seiten zu betreiben, haben unzählige Angebote im Netz entstehen lassen. Manche Zeitschrift – so etwa »Europa vorn« – stellte die Druckauflage ein und versuchte, Kontinuität im Netz herzustellen. Dies gelang jedoch nur selten. Kaum ein Druckprodukt kommt heute jedoch ohne begleitende Sichtbarkeit im Internet aus. Ergänzend werden dort beispielsweise Meldungen und Kommentare zu tagesaktuellen Ereignissen gebracht oder politische Interventionen diskutiert.

Angesichts der vielfach beschriebenen Krise der Printmedien, die auch auf den Bedeutungszuwachs des Internets zurückgeführt wird,



Zeitschriftenstand am Bahnhof – Normalität der rechten Blätter-Vielfalt

ist es bemerkenswert, dass das Angebot an gedruckten Periodika stetig zunimmt. Dies gilt auch für die extreme und nationalkonservative Presse, der es gelungen ist, in den letzten zehn Jahren mehrere neue Zeitschriften und Zeitungen am Markt zu platzieren, das heißt diesen Titeln neben Kontinuität auch Sichtbarkeit zu verschaffen, etwa mittels des dauerhaften Vertriebs durch den Presse-Großhandel, allerdings vielfach ohne ein breites Spektrum an AnzeigenkundInnen. Zu nennen sind hier insbesondere die Wochenzeitung »Junge Freiheit«, die mit der Entstehung einer völkisch-nationalistischen Massenbewegung in den Jahren nach Erscheinen von Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« dauerhaft etabliert werden konnte, das Monatsblatt »Zuerst!«, das sich ohne externe Anzeigeneinnahmen aufgrund anderer Einnahmequellen des ehemaligen Aktivisten der »Jungen Nationaldemokraten«, Dietmar Munier, trägt, das völkisch-souveränistische Blatt »Compact« von Jürgen Elsässer sowie in jüngerer Zeit »Cato«. Andere Titel – so etwa die »Preußische Allgemeine Zeitung« (vormals »Das Ostpreußenblatt«) – haben erfolgreich neue LeserInnen erschlossen, indem sie eine thematische Engführung überwunden haben. Die Kaperung von Zeitschriften wie »Cicero« oder »Tumult« durch rechte AutorInnen macht deutlich, dass die völkisch-nationalistische Massenbewegung über eine zahlenmäßig relevante, akademisch gebildete und bürgerlich situierte Mittelschicht mit entsprechenden Ressourcen verfügt, die auch infrastrukturell wichtige Projekte trägt wie zum Beispiel – durch Buch- und Geldspenden – die Berliner »Bibliothek des Konservatismus«.

In der Vergangenheit haben insbesondere parteiunabhängige Publikationen der extremen Rechten den Versuch unternommen, im Rahmen von sogenannten »Leserkreisen« oder »Lesertreffen« die Bindung zwischen der Zeitschrift und den Lesenden zu festigen und entsprechende Treffen auch mit dem Ziel der Verständigung über parteipolitisch aussichtsreiche Projekte zu nutzen. Dies ist derzeit mit dem Erfolg der AfD weitgehend überflüssig geworden: Sieht man von den Blättern der dogmatischen NS-Szene und eher sektenförmigen Strukturen der extremen Rechten ab, so beziehen sich – mal offensichtlich, mal eher indirekt – alle (extrem) rechten Periodika auf diese Partei. Sie bieten deren FunktionärInnen und Abgeordneten eine Plattform, versuchen das politische Profil zu beeinflussen oder deren AnhängerInnenschaft als LeserInnen zu gewinnen.

Dass auch trotz des Bedeutungszuwachses webbasierter Informationsangebote das Angebot an Zeitungen und Zeitschriften nicht an Bedeutung verloren hat, hat mehrere Gründe. Erstens: Für die Aufrechterhaltung der Organisation, die Tradierung der gruppenspezifischen Weltdeutung und die Sozialisation neuer Gruppenmitglieder geben auch weiterhin viele Gruppen eigene Zeitschriften heraus: Dies gilt für völkisch-religiöse Sekten wie die Ludendorffer-Bewegung ebenso wie für revanchistische Strukturen um den »Witiko-Brief« oder die christlich-reaktionäre Rechte. Entsprechende Publikationen haben vor allem eine nach innen gerichtete Funktion. Insbesondere diejenigen rechten politischen Strömungen oder Organisationen, die nicht nur ihr eigenes schmales Segment ansprechen wollen und das jeweilige Publikationsorgan vor allem als Organisationsersatz angelegt haben, können auf ein Printprodukt nicht verzichten. Für erhebliche Teile der Bevölkerung besitzen gedruckte Medien noch immer eine höhere Glaubwürdigkeit als reine Internetmedien. Zweitens entsprechen die Druckprodukte weiterhin verbreiteten Lesegewohnheiten, nicht zuletzt des bereits genannten Spektrums der völkisch-nationalistischen Massenbewegung. Da diese in den letzten Jahren deutlich sicht- und hörbarer geworden ist (unter anderem mit Thilo Sarrazin, PEGIDA, AfD), sind entsprechende Vorhaben zur Neugründung ermutigt worden. Drittens erlauben technologische Innovationen und Globalisierung, wie zum Beispiel der Druck an Niedriglohnstandorten, inzwischen die Gestaltung und die Produktion von hochwertigen Mehrfarbprodukten zu vergleichsweise niedrigen Kosten. Schließlich: Ein Magazin wie »Cato«, das hinsichtlich Themenwahl, Sprache und visueller Gestaltung Dauerhaftigkeit und Beständigkeit ausstrahlen soll, erreicht ein rechtes, sich bildungsbürgerlich verstehendes Publikum. Ein vergleichbares Projekt wäre als Internetangebot kaum darzustellen beziehungsweise erfolgreich. »Cato« soll – wie früher die »Nation Europa« oder »Criticón« – ins Regal gestellt und bei passender Gelegenheit erneut hervorgeholt werden.

Vergleicht man die gegenwärtige Publizistik mit vorangegangenen Jahrzehnten, so lässt sich eine größere Vielfalt des Angebots feststellen, was den Erscheinungsrhythmus, das spezifische Profil sowie die thematische Schwerpunktsetzung einzelner Medien anbelangt. Ob historische Themen in »Deutsche Geschichte«, Militärfragen in »Deutsche Militärzeitung« oder aktuell die Neugründung seitens Felix Menzels »Recherche D« zu Wirtschaftsfragen – die Publizistik differenziert sich aus. Zugleich haben sich themenübergreifende Projekte wie die »Junge Freiheit« und die »Zuerst!« erfolgreich am Markt platziert, das heißt hier insbesondere im freien Verkauf an Kiosken und damit jenseits eines eingeschränkten Kreises von AbonnentInnen. Diese Entwicklungen sind ohne die Entstehung der völkisch-nationalistischen Massenbewegung nicht denkbar – wie sie andersherum diese Bewegung weltanschaulich bilden beziehungsweise schärfen und organisatorisch stabilisieren sollen.

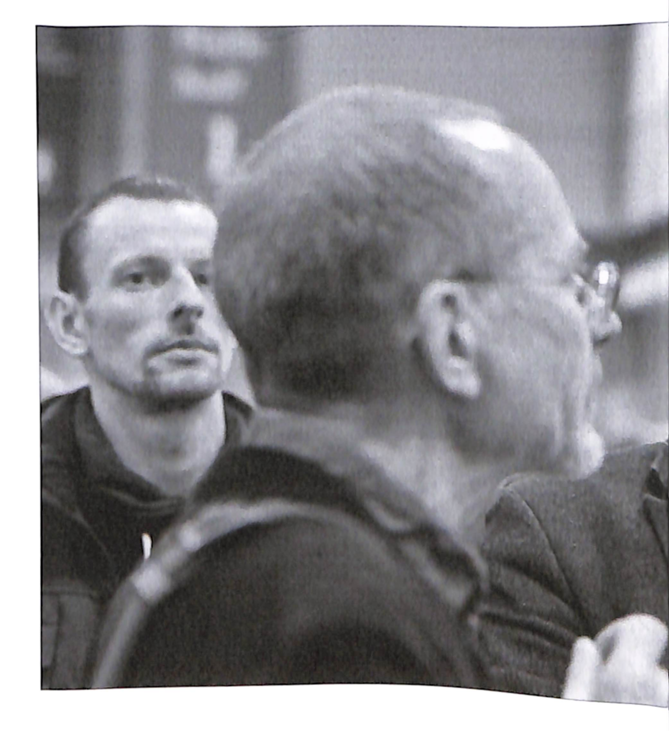
#NeueRechte

Publizistische Zellteilung: »Cato« und »Sezession«

Zwei rechte Zeitschriften, eine politische Herkunft: »Cato« und »Sezession« verfolgen ähnliche politische Ziele, sprechen eine ähnliche LeserInnenschaft an und setzen doch unterschiedliche Akzente.

von Wolfgang Laskowski

Die Zeitschrift »Sezession« trat im Sterbejahr Armin Mohlers 2003 mit dem Anspruch an, dessen Erbe fortzuführen. Zugleich lag das Feld neu-rechter Periodika weitgehend brach. Die Zeitschrift »Criticón«, seit 1970 Theorie- und Selbstverständigungsorgan der Neuen Rechten in Deutschland, war 1998 in die Hände von Gunnar Sohn übergegangen, der sie zu einem für das neu-rechte Milieu uninteressanten Wirtschaftsblatt umbaute. Die Zeitschrift »Mut«, über Jahrzehnte Scharnierorgan zwischen Konservatismus und »Neuer Rechter«, hatte ebenfalls aufgrund einer inhaltlichen Umorientierung an Bedeutung verloren. Andere rechte Zeitschriften wie »Gegengift«, »Neue Ordnung« oder »Aula« entfalteten in der Bundesrepublik nicht annähernd die Reichweite von »Criticón«. So konnte »Sezession« in eine publizistische Lücke stoßen und war von Beginn an das Sprachrohr des im Mai 2000 gegründeten »Institut für Staatspolitik« (IfS). Ziel war es, neben dessen Akademien ein Forum zu schaffen, Thesen und Themen der »Neuen Rechten« zu diskutieren. Ihren inhaltlichen Aufbau hat »Sezession« seitdem im Wesentlichen beibehalten.



Kubitschek auf der Buchmesse in Leipzig

Themen

Seit der Gründung stellt »Sezession« AutorInnen, DichterInnen oder PhilosophInnen mit ihrem Werk vor, die im weitesten Sinne rechts stehen und somit für rechtes Denken fruchtbar gemacht werden sollen. Die Bandbreite der vorgestellten Personen ist groß und diese sind nicht zwingend kongruent zueinander. Dennoch wurde über die Jahre klar, wer, wie Carl Schmitt und Ernst Jünger, zu den Hausheiligen der »Sezession« zählt. Den porträtierten Personen und rechten Identitätsthemen wie Einwanderung, Demographie, Islam, Familie oder Zweiter Weltkrieg und NS-Vergangenheit widmet die Zeitung Aufsätze, die den Charakter thematischer Einführungen haben. Sie zielen auf einen akademischen Nachwuchs, der an rechte Denker und rechtes Denken grundsätzlich herangeführt wird. In den ersten Jahren erschienen diese Einführungen in der Rubrik »Grundlagen«, die von der bis heute existierenden Rubrik »Autorenportrait« ergänzt wurde. Wie ein thematischer roter Faden zieht sich durch die Jahrgänge der »Sezession« die Debatte um die Selbstverortung der »Neuen Rechten« als politische Strömung. Während zuerst die kulturpessimistische Klage über die Dekadenz liberaler Gesellschaften dominierte, ändert sich mit Beginn der Debatte um das erste Buch von Thilo Sarrazin der Ton grundsätzlich. Frühzeitig erkannten die neu-rechten ProtagonistInnen um Götz Kubitschek das Potential einer rassistischen Debatte, die alle Motive und Begriffe enthielt, die die »Neue Rechte« seit Jahrzehnten zu setzen versuchte. Man sah sich vor einem politischen Bedeutungszuwachs, der mit der Entwicklung der »Alternative für Deutschland« (AfD) und der Herausbildung rassistischer Mobilisierungen wie PEGIDA auch eintrat.

Das intellektuelle Niveau der Artikel variiert stark. Philosophische und programmatische Texte, die sich mit der Ideengeschichte der »Neuen Rechten« befassen, lesen sich sehr anspruchs- und voraussetzungsvoll. Texte hingegen, die sich mit liberalen oder linken Konzepten von Kultur und Gesellschaft befassen, kommen über eine reine Deskription ihres Gegenstandes oftmals nicht hinaus. Auf hohem Niveau hingegen bewegen sich Rezensionen auch belletristischer Bücher.

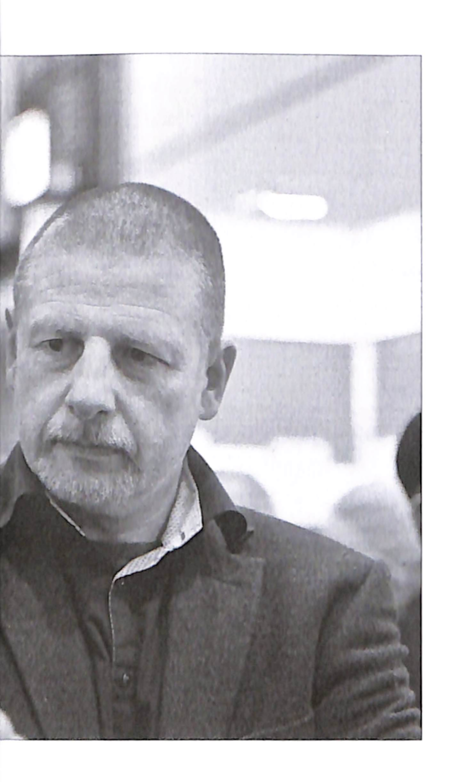
Autoren

Über Jahre war der Historiker Karlheinz Weißmann stilprägender Autor der »Sezession« und bestimmte mit seinen Aufsätzen, Glossen und Rezensionen ihre Richtung. Kennzeichnend für Weißmanns Überlegungen war die Frage nach der Macht und dem Gestaltungswillen von Eliten in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Weißmanns analysestarke, aber aktionsarme Zugriffe auf rechte Themen verliehen »Sezession« einen gravitätischen Habitus. Die Autorenschaft – Autorinnen sind, abgesehen von Ellen Kositza und Caroline Sommerfeld-Lethen, die Ausnahme – der Zeitschrift rekrutierte sich in den ersten Jahren aus dem Umfeld der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF). Zudem finden sich dort Personen wie Bernd Rabehl, die ursprünglich nicht dem neu-rechten Milieu zuzurechnen sind, sich ihm aber inhaltlich angenähert haben. In den zurückliegenden Jahren kamen Nachwuchsautoren aus dem Umkreis der »Identitären« hinzu. Programmatische Texte kommen nach dem Bruch zwischen »Sezession«

und Weißmann von Kubitschek oder auch dem ehemaligen Funktionär des »Nationaldemokratischen Hochschul-Bundes« (NHB), dem Juristen Thor von Waldstein. Kubitschek ist zugleich verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift

Auflage, Erscheinungsweise und Reichweite

»Sezession« erschien bis 2006 vierteljährlich, seit 2007 zweimonatlich. Zweifelsohne ist die Auflage von »Sezession« in den letzten Jahren im Zuge der medialen Repräsentanz ihres Verlegers Götz Kubitschek gestiegen, sie selbst spricht von einer Druckauflage mit 3.000 Exemplaren. Die Verknüpfung mit dem gleichnamigen Online-Angebot ermöglicht die Interaktion mit den LeserInnen. Die Reichweite der gedruckten »Sezession« ist jedoch nicht an der Auflage allein zu messen: In einem Milieu, in dem Elitedenken und Verachtung der Massen herrschen, ist es wichtig, wer die Zeitschrift liest. Inhaltliche Bezugnahmen durch Feuilleton-AutorInnen in Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Süddeutscher Zeitung auf die »Sezession« zeigen, dass diese im etablierten Kulturbetrieb bereits wahrgenommen wurde, als es in den genannten Zeitungen noch keine Reportagen aus Schnellroda gab. Die intendierte intellektuelle Wirkung von »Sezession« besteht darin, langfristig Diskursverläufe zu beeinflussen – in der Sprache der »Neuen Rechten« nennt sich dies »Metapolitik«. Ihre LeserInnenschaft dürfte sich neben den burschenschaftlichen Kreisen bei AfD-Mandats- und FunktionsträgerInnen sowie deren parlamentarischer MitarbeiterInnenschaft finden.



»Sezession« ist keine Publikumszeitschrift und nicht im Zeitschriftenhandel erhältlich. Zudem sind in ihrer politischen Nachbarschaft in den vergangenen Jahren Zeitschriften entstanden, deren Profil sich zwar von ihr unterscheiden, die jedoch auf eine ähnliche Zielgruppe setzen. Für eine hohe LeserInnenbindung an die Zeitschrift sorgen nicht zuletzt die sogenannten Akademien und Salons des IfS. Diese an den akademischen Nachwuchs adressierten Schulungen können die Begegnung mit dem Kreis der »Sezession«-AutorInnen ermöglichen und neue LeserInnen rekrutieren. Vorträge, die auf den Akademien des IfS gehalten werden, finden sich hernach in »Sezession« inhaltlich aufbereitet wieder. Auf diese Weise gewann die Zeitschrift in den letzten Jahren jüngere AutorInnen.

»Cato«

Die seit Frühjahr 2017 zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Cato« ist Produkt einer neu-rechten publizistischen Zellteilung. Im Zuge der Debatte um Rolle, Aufgaben und Chancen der Gründung der AfD kam es 2014 im IfS zu einer Spaltung zwischen Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek. In der Folge verließ Weißmann das IfS und stellte seine Mitarbeit für »Sezession« ein. Das Erbe des verstorbenen Caspar von Schrenk-Notzing sah Weißmann nun in der »Förderstiftung konservative Bildung und Forschung« (FKBF) mit Sitz in Berlin verwirklicht, die Trägerin der »Bibliothek des Konservatismus« ist und deren Stiftungsvorsitz JF-Chefredakteur Dieter Stein innehat. Der Verlag der JF ist denn auch alleiniger Gesellschafter des Magazins »Cato«. In diesem Umfeld trug man sich bereits einige Jahre mit dem Gedanken der Gründung einer Zeitschrift. Mit »Cato« hoben Weißmann, Stein und Andreas Lombard (»Landt-Verlag«) ein neues publizistisches Forum für neu-rechte Theorie und Lebensart aus der Taufe; die Startauflagen betrugen nach eigenen Angaben fünfzigtausend Exemplare. Dass dies im engen Marktsegment rechter Zeitschriften nicht ohne Risiko ist, scheint den Machern bewusst. Im Interview mit der JF antwortete »Cato«-Chefredakteur Lombard auf die Frage, ob es zwischen Magazinen wie »Eigentümlich frei«, »Sezession«, »Tichys Einblick« und »Cicero« auf dem publizistischen Markt noch Platz für eine Zeitschrift wie »Cato« gebe, diese richte sich an ein »Milieu, das nicht Mainstream ist und sich oft (...) als konservativ versteht«. Gerade »der Erfolg von »eigentümlich frei« aber auch die Entwicklung bei »Tumult« (...) zeigen den Bedarf klar an«. Auf die »Sezession« angesprochen, antwortet Lombard, diese habe eine »spezielle, nationalrevolutionäre Ausrichtung. Das wäre mir zu eng«. Laut Lombard liege ihm eine metapolitische Linie näher als die tagespolitische Intervention. Doch gerade die »Metapolitik« ist bei »Sezession« erklärtes, wenn auch immer weniger eingelöstes Programm.

Erscheinungsbild, Themen, AdressatInnen

»Cato« ist eine Publikumszeitschrift, setzt in den bislang erschienenen Ausgaben auf ausladendes Layout und Bildstrecken und scheut auch vor boulevardesken Formaten nicht zurück. Zu den festen Rubriken zählen Interview, Essay und Kolumne. In einer Rubrik wird auf die Frage geantwortet: »Was ist deutsch?«

Wie zuvor in »Sezession« legt Karlheinz Weißmann die ideologischen Fundamente der Zeitschrift. Die inhaltliche Agenda ist klar neu-rechts ausgerichtet. So würdigte eine der zurückliegenden Ausgaben Botho Strauß' Werk als Impulsgeber für den rechten Aufbruch zu Beginn der 1990er Jahre. Doch anders als inzwischen bei »Sezession« ist der faschistische AktivistInnen-Sound in »Cato« gänzlich abwesend. Konzeptionell scheint »Cato« stärker an die Tradition von »Mut« anzuknüpfen als an die Binnenidentitätsdiskurse eines neu-rechten Bewegungsflügels, die in »Sezession« inzwischen dominieren. Mit dem Werbespruch »Ihre Arche für die Stürme von morgen« gibt sich »Cato« gediegen, wertkonservativ und zielt auf eine bildungs- und besitzbürgerliche LeserInnenschaft. Dennoch spielen sich »Sezession« und »Cato« indirekt inhaltliche Bälle zu, etwa wenn in der aktuellen »Cato«-Ausgabe die US-amerikanische Feministin Camille Paglia portraitiert wird, deren Buch just im »Antaios Verlag« erscheinen sollte. Neben AutorInnen, die aus dem JF-Umkreis kommen, kann »Cato« auch welche an sich binden, die nicht zum rechtsintellektuellen Milieu gehören. Darin folgt sie dem Muster der »Jungen Freiheit«.

Mit »Cato« und »Sezession« fischen zwei Zeitschriften in denselben rechtsintellektuellen Gewässern. Was das Marktsegment rechter Publikationen angeht, so konkurrieren sie miteinander. Inhaltlich jedoch verhalten sich beide Zeitschriften wie die unterschiedlichen neu-rechten Strömungen durchaus komplementär zu einander.



#Wochenzeitung

Die ›Generallinie‹ der »Jungen Freiheit«

von Helmut Kellershohn

Anfang März 2018 kündigte die »Junge Freiheit« (JF) ihren Vertrag mit der Geschäftsführung der Leipziger Buchmesse. In einem Kommentar (JF 12/18) begründete Geschäftsführer Dieter Stein die Kündigung damit, man habe den Stand der JF »in der äußersten Ecke einer Halle (in einem) Block anstößiger Verlage«, quasi »wie in einem Ghetto« platziert. Der Direktor der Buchmesse, Oliver Zille, habe diese Verlage »öffentlich als ‹rechtsextrem› bezeichnet«.

Die Reaktion der JF ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Erstens distanzierte man sich ein weiteres Mal von der lagerinternen Konkurrenz (»Verlag Antaios«, »Institut für Staatspolitik«, »Compact«), statt sich aus Solidaritätsgründen in die von Götz Kubitschek & Konsorten angestrebte Konfrontation mit antifaschistischen Gruppierungen einbinden zu lassen. Zweitens verwahrte man sich gegen die mit der Etikettierung »rechtsextrem« vorgenommene symbolische Ausgrenzung aus dem Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland. Manche mögen den Rückzug der JF als einen Erfolg feiern – das ändert nichts daran, dass der Rückzug auf einer strategisch-taktischen Linie liegt, welche die JF seit Mitte der 1990er Jahre im Ringen um ihren Durchbruch als Wochenzeitung verfolgt hat – gegen einen erheblichen öffentlichen Widerstand, wie er insbesondere von antifaschistischer Seite mit zum Teil brachialen Mitteln vorgetragen wurde. Diesen Rückzug nun als Erfolg zu bezeichnen, verkennt die tatsächliche Erfolgsgeschichte der JF.

Rückblick

Seit 1994 erscheint die »Junge Freiheit« als Wochenzeitung. Der Einstieg war mit erheblichen Problemen verbunden, erstens in finanzieller Hinsicht: Das gewaltige Anzeigendefizit, ein überaus schwacher Kioskverkauf und der schleppende Aufbau der Kommanditgesellschaft bereiteten der JF-Mannschaft beträchtliche Kopfschmerzen. Zweitens war, wie eingangs erwähnt, der Widerstand gegen das Projekt in der Öffentlichkeit erheblich und drittens kam es intern zu Richtungskämpfen, die dann zum Ausscheiden wichtiger Exponenten (vor allem Andreas Molau, Hans-Ulrich Kopp) führten. Drei Debatten bestimmten die internen Auseinandersetzungen.

Die Kultur- und Literaturdebatte wurde mit Beginn des Jahres 1994 eröffnet. Kern der Debatte war der Bezug auf die Moderne, die Bewertung ihrer kulturellen und literarischen Erzeugnisse samt den neu-

en technischen Möglichkeiten kultureller Produktion. Andreas Molau und sein Bruder im Geiste, Gustav Sichelschmidt, verdammten in ihren Beiträgen die Moderne als dekadent in Bausch und Bogen, denunzierten die Nachkriegsliteratur in Deutschland als Produkt der »Umerziehung« und forderten eine »Wiederverwurzelung im Humus des Völkischen« (JF 21/94). Ihre Kritiker dagegen argumentierten, man müsse das moderne künstlerische Schaffen als Ausdruck eines Lebensgefühls ernstnehmen, das die Brüchigkeit und Mythosbedürftigkeit der »Risikogesellschaft« (Ulrich Beck), wenn auch oftmals in schriller Manier, widerspiegle.

Die zweite Debatte hatte bereits 1993 begonnen und behandelte Sinn oder Unsinn protektionistischer Maßnahmen. Diese Debatte über Freihandel vs. Protektionismus, Neoliberalismus vs. Sozialpatriotismus fand im gesamten extrem rechten Lager statt und war Bestandteil einer polarisierenden Entwicklung, bei der auf der einen Seite der fundamental-oppositionelle Kurs der NPD (»Deutsche Stimme« 10-11/94) und des Schönhuber-Flügels bei den »REPUBLIKANERN« (»Der Republikaner« 11/94) und auf der anderen Seite der mit der FPÖ Jörg Haiders kooperierende »Bund Freier Bürger« um Manfred Brunner standen. Mit Unterstützung des Historikers Rainer Zitelmann, von dem gleich noch die Rede sein wird, sollte sich in der »Jungen Freiheit« die neo(national)liberale Position, gepaart mit dem Bekenntnis zum »starken Staat«, durchsetzen und ab 1995 den Wirtschaftsteil der JF prägen.

Die dritte und wichtigste Debatte war die um einen Artikel von Armin Mohler (JF 32/94), dem alten Herrn der konservativ-revolutionären Neuen Rechten. Der Vorwurf war, er habe in seiner Fortsetzungsreihe »Notizen aus dem Interregnum« keine ausreichend distanzierenden Worte zum Geschichtsrevisionismus (»Auschwitzlüge«) gefunden. In der Redaktion gab es daraufhin eine »heftige Debatte«, so dass sich Dieter Stein zu einer redaktionellen Erklärung bemüßigt fühlte: Auschwitz sei das »Symbol eines industriell geführten Vernichtungsprogramms«, über dessen totalitäres Fundament nachzudenken notwendig sei. In diesem Sinne sei Salcia Landmann, konservative jüdische Schriftstellerin, für dieselbe Ausgabe der JF zu einer Gegenstellungnahme gebeten worden. Mohler zog sich als Autor aus der JF zurück. Auf diese Debatte nahm der Historiker Zitelmann Einfluss, der durch seine modernisierungstheoretische Betrachtungsweise des Nationalsozialismus bekannt geworden war. Sie zog recht säuberlich eine Grenze zwischen den modernen, »fortschrittlichen« und den barbarischen, totalitären Elementen des NS und wollte diese Unterscheidung zum Maßstab eines vorsichtig taktierenden Revisionismus-Konzepts machen, in dem nicht die Leugnung des Holocaust, sondern dessen geschichtspolitische Relativierung für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik im Mittelpunkt stehen sollte.

Die Generallinie

Die Krise der JF zog sich, nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht, noch jahrelang hin. Gleichwohl hat sich die JF im Laufe der Zeit stabilisiert. Mit dazu beigetragen hat das, was man als eine »Strategie kalkulierter Anpassung« (Heimo Schwilk) und Abgrenzung bezeichnen könnte. Diese Generallinie zeichnete sich bereits im Verlauf des Richtungsstreits ab und wurde durch die Stärkung der Position von Dieter Stein als Geschäftsführer des Verlages bekräftigt. Die taktischen Anweisungen lauteten, salopp gesagt, wie folgt: Erstens, das redaktionelle Konzept muss sich an der politischen Mitte der Gesellschaft, also am hegemonialen Diskurs orientieren; zweitens, die Mitte muss dort abgeholt werden, wo sie steht, um dann Schritt für Schritt den Sagbarkeitshorizont nach rechts zu ziehen; und drittens, alle »Rechtsintellektuellen« sind als MitarbeiterInnen und AutorInnen willkommen, solange sie nicht ausdrücklich gegen Punkt eins und zwei verstoßen.

Dieses Konzept arbeitet mit drei Abgrenzungslinien, die Dieter Stein zu den verschiedensten Anlässen akzentuiert hat. Die erste richtete sich gegen die NPD, die er explizit als »politischen Gegner« (JF 09/2007) bezeichnete, weil sie »ein staatlich optimal kontrollierter Garant dafür« sei, »daß die rechte Leerstelle im Parteiensystem derzeit nicht zukunftsfähig besetzt« (JF 04/2007) werden könne. Die NPD stehe »weltanschaulich unumwunden in der Tradition des Dritten Reiches«. Stein war überzeugt, dass sich eine »bundesweite seriöse rechte parlamentarische Alternative« nur etablieren könne, wenn sie sich öffentlichkeitswirksam und möglichst glaubhaft vom NS distanziere. Dass sich die JF gleichzeitig auf die »konservative Revolution« beruft, wie aus ihrem »Leitbild« (siehe unten) ersichtlich, ist insofern ein Problem und gleicht einer Quadratur des Kreises, als man sich damit auf ideologische Traditionen beruft, die doch erhebliche Schnittmengen mit dem NS aufweisen.

Die Anknüpfung an die »konservative Revolution« ist Voraussetzung für eine zweite Abgrenzung, die sich diesmal gegen den sogenannten »Gärtner-Konservatismus« (Mohler) oder »Beschwichtigungs-Konservatismus« (Kubitschek) richtet. Damit ist die oftmals beklagte ‹Schwundstufe› des Konservatismus in den Unionsparteien gemeint, die je nach Gusto mal als ‹sozialdemokratisiert›, mal als ‹herunterliberalisiert› deklariert wird. Der ‹wahre› Konservative, schrieb Karlheinz Weißmann 2009 in seinem »Konservativen Katechismus«, konzentriere sich auf den Ernstfall.

Weißmann schrieb damals den »Konservativen Katechismus« als wissenschaftlicher Leiter des »Instituts für Staatspolitik«, das im Jahr 2000 als eine Art Ausgründung der »Jungen Freiheit« mit dem Ziel ins Leben gerufen worden war, Grundlagenforschung und Weiterbildung im Geiste des Weimarer Jungkonservatismus zu betreiben. Innerhalb dieses arbeitsteiligen Zusammenhangs, dem noch Kubitscheks »Antaios-Verlag« und die Zeitschrift »Blaue Narzisse« angehörten, gab es immer wieder Spannungen, nicht zuletzt darum, ob man zur Selbstbezeichnung den Terminus »rechts« oder »neu-rechts« verwenden solle. Während Weißmann dafür plädierte, dachte Stein an die Auflagenzahlen der JF und an das Damokles-Schwert des Rechtsextremismus-Vorwurfs und riet davon ab. Stattdessen lobte er in einem Streitgespräch mit Weißmann und Kubitschek (2009) die Vorzüge des Begriffs »konservativ«: »Für mich wird der politisch-publizistische Standort ‹konservativ› durch keine etablierte Partei oder ein Medium vertreten. [...] Der Begriff des Konservatismus entfaltet einen prächtigen weltanschaulichen Kosmos, der nicht für Homogenität, sondern für Differenz steht.«

Inhaltlich gesehen war dies ein Streit um des Kaisers Bart. Diese dritte Abgrenzung zielte auf die Öffentlichkeitswirksamkeit der eigenen politischen Position, die für Stein nicht breit genug sein konnte. Während Weißmann immer wieder die Notwendigkeit der Heranbildung einer (minoritären) rechtsintellektuellen Gegenelite betonte, die im Ernstfall bereit sein sollte, Führungspositionen zu übernehmen, und Kubitschek eigenwillig bereits erste Schritte in Richtung einer aktivistischen und militanten Provokationsstrategie unternommen hatte (»Konservativ-Subversive Aktion«), sah Stein die Aufgabe der JF darin, an der »Formierung eines starken konservativ-freiheitlichen Widerlagers« als Basis für einen möglichen Parteibildungsprozess (JF 41/2009) mitzuwirken. Die Notwendigkeit einer parlamentarischen Alternative stand für Dieter Stein im übrigen von Anfang an außer Frage (JF 1/86; JF 23/16).



Der »weltanschauliche Kosmos« der JF

Rainer Zitelmann hatte 1995 in »Die selbstbewusste Nation« postuliert: »In der Demokratie muß es eine demokratische Linke, eine Mitte und eine demokratische Rechte geben.« Mit der semantischen Verschiebung hin zum Konservatismus-Begriff knüpfte Stein inhaltlich an Zitelmanns Projekt einer »Neuen demokratischen Rechten« an. Die Lage ab Mitte der 2000er war im Vergleich zu 1995 erheblich günstiger. Die globale Banken- und Finanzkrise seit 2007, an die sich dann ab 2010 die Eurokrise anschloss, rief Globalisierungs- und Euro-kritikerInnen auf den Plan. Im Februar 2010 startete, unterstützt von der JF, eine Kampagne der »Aktion Linkstrend stoppen«. Im August erschien Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab«. 2012 trat der sogenannte Berliner Kreis (rechts-)konservativer CDU-PolitikerInnen nach jahrelanger Vorarbeit im Stillen an die Öffentlichkeit, in dem mit Alexander Gauland und Konrad Adam zwei JF-nahe Persönlichkeiten mitgewirkt hatten. Im September 2012 schließlich gründeten Konrad Adam, Bernd Lucke, Alexander Gauland mit dem »Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013« eine der Vorläuferorganisationen der AfD.

Das sind nur einige Stichworte zu dem sich damals in der politischen Landschaft der Bundesrepublik anbahnenden Umbruch. Die JF reagierte 2011 in ihrem Jubiläumsband zum 25-jährigen Bestehen der Zeitung mit der Veröffentlichung ihres »Leitbildes«, mit der sie für die »gleichberechtigte Teilhabe der Konservativen in Politik, Medien und Kultur« warb. Dabei ging es ihr nicht nur darum, das Redaktionsprofil zu umreißen, sondern auch um die gedankliche Konturierung dessen, was Dieter Stein später mit Blick auf die AfD als »seriöse bürgerliche Alternative« zur Union zu deklarieren wusste. Das »Leitbild« bündelt vier ideologiepolitische Eckpunkte (»Werte«), die den JF-internen »Binnenpluralismus« abbilden und gleichzeitig unterschiedliche Strömungen des besagten »konservativ-freiheitlichen Widerlagers« adressieren und verbinden.

Der erste – übergreifende – Eckpunkt ist das Bekenntnis zur Nation: Die Bundesrepublik wird zwar als »demokratischer Nationalstaat« deklariert, diesem zugleich aber als Essenz einer »jahrhundertealten Nationalgeschichte, die wir bewahren und fortschreiben wollen«, eine exklusiv »deutsche Identität« als »identitätsstiftende(r) Rahmen« untergeschoben und damit einer Kernformel des völkischen Nationalismus Genüge geleistet. Der Bezug auf das »vereinte Europa« kann daher nur im ethnopluralistischen Sinne verstanden werden.

Unter dem Stichwort Freiheitlichkeit wird die Inschutznahme von »Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit« als Kernelemente der Verfassung – hier fehlen der Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 Grundgesetz) und das Sozialstaatsgebot (Art. 20 Grundgesetz) – vor »Eingriffe(n) durch Staat, Parteien, Medien, Interessengruppen und Konzernen« zum Grundsatz erhoben. Unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen »alten und neuen Totalitarismus« offenbart sich hier ein antipluralistisches, autoritär-liberales Staatsverständnis.

Mit der Berufung auf den Wert Konservatismus plädiert die JF für ein »realistische(s), skeptische(s) Menschenbild«, relativiert den »Fortschrittsglauben«, wendet sich gegen »Gleichheitsutopien« und empfiehlt, dem »historisch Gewachsenen hohen Rang« einzuräumen. Damit werden wesentliche Essentials der »konservativen Revolution« bestätigt, was dann in das Zitieren einer These von Albrecht Erich Günther mündet, wonach der Konservatismus »nicht ein Hängen an dem (sei), was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt«. Dieses Zitat, nach Mohler adäquater Ausdruck einer konservativ-revolutionären Haltung und nach Weißmann »gültige Formulierung des Hauptanliegens des Jungkonservatismus«, wird aus dem Zusammenhang des Originals gerissen, denn dort bezieht sich Günther, Mitglied des Juniklubs und seit 1926 Mitherausgeber der einflussreichen Zeitschrift »Deutsches Volkstum«, zustimmend auf ein zentrales Buch der konservativen Revolution, nämlich Moeller van den Brucks »Das Dritte Reich«.

Der letzte Eckpunkt, auf den sich die JF beruft, ist der der Christlichkeit. Die JF betont ihren »dominierenden, festen christlichen Standpunkt« und die enge Verbindung zwischen deutscher Kultur und Christentum auch in einer säkularisierten Gesellschaft. Adressiert werden hier traditionalistische bis fundamentalistische Kreise in und außerhalb der Kirchen.

Fazit

Von Alexander Gauland stammt bekanntlich der Satz: »Wer die AfD verstehen will, muß die JF lesen.« Damit ist die ideologiepolitische Vorarbeit der JF für den Entstehungsprozess der AfD präzise umrissen. Wer sich der Mühe unterzieht, den programmatischen Rahmen der Partei zum »weltanschaulichen Kosmos« der JF in Beziehung zu setzen, wird fündig werden. Dabei hat die JF auch gegenüber der AfD ihre Generallinie beibehalten: Orientierung an der »bürgerlichen Mitte« (JF 37/2014), Abgrenzung gegen eine »Fundamentalopposition« völkischer Kräfte à la Björn Höcke (JF 19/2015), Beharren auf Kompromiss und Ausgleich durch ein starkes Zentrum. Gleichwohl geht es der JF wie eh und je um die Massen- und Alltagstauglichkeit neu-rechter und konservativ-revolutionärer Ideen, die sie im öffentlichen Bewusstsein auf lange Sicht verankert wissen möchte. Karlheinz Weißmann, seit seinem Abschied aus dem IfS erst recht das rechtsintellektuelle Aushängeschild der JF, spricht von der »volkskonservativen« Position der JF (in Erinnerung an die sogenannen Volkskonservativen in der Endphase der Weimarer Republik). Und bezogen auf die AfD gibt er die Parolen aus (JF 12/18): »Verankerung in der Mitte der Gesellschaft«, Bildung einer »Volkspartei neuen Typs« und – als »Endziel« – die »Regierungsführung«. Daran gemessen hätten »ideologische Sonderinteressen« (gemeint sind das IfS beziehungsweise Kubitschek) zwar ein »Existenzrecht«, aber »auf das Leben einer Partei« dürften sie »keinen bestimmenden Einfluß« haben.

#Agenda

»Bibliothek des Konservatismus«

Seit 2016 erhalten die FördererInnen der neu-rechten »Bibliothek des Konservatismus« alle zwei Monate den Informationsbrief »Agenda«.

von Margarete Schlüter

»Nach innen verdichten, nach außen öffnen«, das sind die Ziele der »Bibliothek des Konservatismus« (BdK), sagte Bibliotheksleiter Wolfgang Fenske. Dem ersten Ziel dient unter anderem der Informationsbrief »Agenda«. Jede Ausgabe folgt demselben Aufbau und hat acht Seiten. Das Editorial, immer geschrieben von Fenske, ist fast der einzige Text, bei dem ein Autor genannt wird. In der ersten Ausgabe ging Fenske der Frage nach, was konservativ sei. Für die Beantwortung zog er Arthur Moeller van den Bruck heran: »Konservativ ist, Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt.« Liest sich das zunächst unspektakulär, lässt der Absender aufhorchen. Van den Bruck wirkte als Jungkonservativer in der Weimarer Republik und gilt als ein Vordenker der »Neuen Rechten«. Damit ist die politische Ausrichtung klar. Die 2012 gegründete Bibliothek wird von der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF) in Berlin betrieben. Vorsitzender ist Dieter Stein, Chef der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF).

Der Kurs des Blattes spiegelt sich auch in den Autoren-Porträts wider. Auffällig ist, dass hier vor allem diejenigen Protagonisten vorgestellt werden, die von den 1970er Jahren bis heute kontinuierlich dieselben Inhalte bedienen und mit Publikationen und organisatorischer Arbeit aktiv waren. Zu nennen ist hier der Historiker und Soziologe Caspar von Schrenck-Notzing (»Agenda«, Nr. 1/2016). 1965 erschien seine Studie mit dem tendenziösen Titel »Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland«. Damit verschaffte er sich Reputation in rechtskonservativen Kreisen. Die von ihm 1970 gegründete Zeitschrift »Criticón« – 2005 eingestellt – war publizistisches Forum eines breiten konservativen Spektrums. Er gründete 2000 die FKBF, die Trägerin der 2012 eröffneten BdK ist und zu einem großen Teil auf der ehemaligen Privatbibliothek des 2009 verstorbenen Schrenck-Notzing aufbaut. Die FKBF stiftet in Kooperation mit der JF den »Gerhard-Löwenthal-Preis« für neu-rechten Nachwuchsjournalismus.

Ebenfalls in dem Blatt vorgestellt wird der in Österreich geborene Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der einer der wichtigsten neu-rechten Ideologen im deutschsprachigen Raum ist. So wird in »Agenda« an ihn als großen Denker erinnert und als einen, der sowohl in konservativen Tageszeitungen als auch in dezidiert rechten Magazinen veröffentlichte und Bücher schrieb. 1974 gelang es ihm, in dem bekannten und seriösen »Verlag Herder« rechtskonservative Vorstellungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In der Reihe »Herderbücherei Initiative« brachte er zwischen 1974 und 1988 insgesamt 75 Bände heraus, für die er die Einführungen schrieb und die AutorInnen auswählte. Dieses Projekt wertete Siegfried Jäger vom »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung« zu Recht als Versuch, »das geistige Klima der Bundesrepublik nach rechts zu verschieben« sowie »als Antwort auf die Intellektuellen und Studentenbewegung der 60er und 70er Jahre«. In »Agenda« werden zudem regelmäßig rechtskonservative Klassiker sowie aktuelle und vor allem bereits eingestellte rechte Magazine und Zeitschriften präsentiert. Darauf folgen Rezensionen von Neuerscheinungen. Wiederholt wird außerdem auf die BdK-eigene Schriftenreihe »Erträge« verwiesen, in der »Vorträge (publiziert werden), die in der Bibliothek des Konservatismus gehalten wurden, sowie wissenschaftliche Arbeiten, die in Anbindung an die Bibliothek entstanden sind. Darüber hinaus werden Texte veröffentlicht, die für eine akademische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Konservatismus im weitesten Sinne von Interesse sind«.

Die BdK möchte in der Wissenschaft nicht nur wahr-, sondern auch ernstgenommen werden. Im Informationsbrief wird unter den Rubriken »Rückblick« und »Ausblick« dargestellt, dass hier das Who is Who aus dem rechtskonservativen bis neu-rechten Milieu Vorträge hält: unter anderem Karlheinz Weißmann, Alice Weidel und Erika Steinbach. Mit Referenten wie Helmut Roewer und Bassam Tibi können zudem Interessierte außerhalb des eigentlichen Publikums angesprochen werden. Um eine eigene Begriffsschärfung voranzutreiben, wurde im Mai 2017 zur neuen Veranstaltungsreihe »Konservativ heute« eingeladen, deren Ergebnisse in diesem Jahr in einem Sammelband veröffentlicht werden sollen. Als feste Institution innerhalb der BdK können die seit 2013 jährlichen Veranstaltungen vor dem »Marsch für das Leben« gesehen werden, bei denen sich »Lebensschutz«-AktivistInnen treffen, um für klassische Rollenbilder, traditionelle Familien und gegen Abtreibung zu demonstrieren. Dass die Themenfelder Antifeminismus und Familismus für die BdK eine Herzensangelegenheit darstellen, wird an der bereits 2012 eingegangenen Kooperation mit der christlich-fundamentalistischen »Stiftung Ja zum Leben« und dem in der Bibliothek zu findenden »Sonderbestand Lebensrecht« deutlich.

»Patriotisches Wirtschaftsmagazin«

Eine neu-rechte Publikation will sich ausschließlich auf wirtschaftspolitische Ideen konzentrieren.

von Andreas Speit



Felix Menzel

Denkanstöße geben, Kompetenz steigern: Ein neues Periodikum um Felix Menzel hat sich diese politischen Ziele gesetzt. Im Mai erscheint die Erstausgabe des wirtschaftspolitischen Magazins »Recherche D«, das erste publizistische Projekt der »Neuen Rechten«, das sich auf ökonomische Themen konzentrieren will. »Die ökonomische Kompetenz der patriotischen Opposition«, räumen die Macher ein, solle gestärkt werden. Denn da bestehe »eine Lücke«.

Im vergangen Jahr haben bereits verschiedene neu-rechte Organisationen von »Ein Prozent für unser Land« über das »Institut für Staatspolitik« (IfS) bis »Compact – Magazin für Souveränität« damit begonnen, sich mit den sozialen Fragen und wirtschaftlichen Konzepten auseinanderzusetzen. Ein »Antikapitalismus von rechts« geistert durch ihren Diskurs, sowie ein »Sozialpatriotismus«. Seit die »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Landtagen und nun im Bundestag sitzt, sagt Helmut Kellershohn vom »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung« (DISS), stünden die Rechtsintellektuellen vor einem Dilemma. Ihre eigenen Vordenker aus der »Konservativen Revolution« hatten das Primat der Politik vor der Ökonomie und der Justiz verkündet. »Sie fühlen sich zu Höherem berufen, als sich mit den Niederungen der Finanz- und Steuerpolitik auseinanderzusetzen«, betont Kellershohn, der beim DISS seit Jahrzehnten die Entwicklung der »Neuen Rechten« verfolgt und analysiert. »Jetzt wo die Expertise von Fachleuten gefragt ist, entpuppt sich diese Borniertheit möglicherweise als Einstellungshindernis«, sagt er.

Diese Wende spiegelt sich auch bei der Herausgeberstruktur wieder. Beim Amtsgericht Chemnitz wurde ein früherer gemeinnütziger »Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz« von Menzel in den »Verein Journalismus und Wissenschaft« umbenannt. Der Verein verantwortet »Recherche D«. Das farbige Heft mit der Eigenbezeichnung »patriotisches Wirtschaftsmagazin Deutschland« soll vierteljährlich erscheinen, 48 Seiten umfassen, durchgehend mit farbigen Bildern illustriert werden und komplett werbefrei sein. Einzelpreis 6,50 Euro, Jahresabo 26 Euro.

Auf dem Cover wirft das Magazin die Frage auf: »Globalkapitalismus oder nachbarschaftliche Marktwirtschaft?« Im Heft greift Menzel, der seit Jahren eng mit dem IfS um Götz Kubitschek verbunden ist, das Thema auf. Sein Thema, betont Kellershohn. Immer wieder setze sich Menzel für ein nachbarschaftliches Wirtschaften ein. Eine »grüne Variante«, angelehnt an die Idee aus dem »Tat-Kreis« um Hans Zehrer. In diesem wurde der Liberalismus als das Hauptübel der Zeit ausgemacht, Parlamentarismus und Kapitalismus als »Zwillingsbrüder« bezeichnet, die zu liquidieren seien. Für das Heft sind weitere Themen angekündigt: »Free Banking: Ein Geldsystem ohne Staat«, »Aporophobie«, »Wirtschaft und Gerechtigkeit«. Auch ein Interview mit dem Wirtschaftsprofessor Helge Peukert »über plurale Ökonomik« ist dabei. Peukert hat sich im Nachhinein von dem Magazin distanziert.

Das Magazin soll zugleich als »Infobrief« des neu gegründeten Projekts »Recherche Dresden – Denkfabrik für Wirtschaftskultur« dienen. Auf der Website der »Denkfabrik« wurde am 17. April verkündet, dass »jetzt endlich offiziell« der Betrieb aufgenommen worden sei. Erste Selbstdarstellungen, Artikel und Kommentare sind bereits online. Sie deuten die wirtschaftspolitische Richtung an: regionale Netzwerke im lokalen Raum. »Die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus« sei »überholt«. Die neue Herausforderung im 21. Jahrhundert sei, ob nicht »der mit Geldsozialismus finanzierte Globalkapitalismus irgendwann zusammenbricht und was danach kommt«. »Hellseher« aber auch »bewaffnete Revolutionäre« seien sie nicht, so dass ihr Denken um Folgendes kreise: »Wie kann der Einzelne, die Familie, das Dorf, die Region und die Nation frei wirtschaften, ohne dabei Gemeinschaften oder die Umwelt zu zerstören?« Bewusst wird nicht von Gesellschaften gesprochen, die für die Neu-rechten – in alter Tradition – künstliche Gebilde sind. Erfreut berichten sie, dass aus ihrer Sicht globale Marken gerade im Nahen Osten und Südostasien scheitern, da dort die »kulturelle Vielfalt« funktioniere und weil »lokale, regionale und nationale Eigenheiten noch stark genug ausgeprägt« seien. »Wagen wir es, Facebook, Amazon und Co. eigene Unternehmen entgegenzusetzen!«, rufen sie auf.

Die Wortwahl »kulturelle Vielfalt«, so Kellershohn, spielt auf den Ethnopluralismus an. Jede Ethnie habe ihre spezifische und unveränderliche Kultur. Mit dem Wortgebilde »Wirtschaftskultur« entlarve sie sich gleich selbst, weil es »das neurechte Verständnis von Kultur auf das Feld der ‹Nationalökonomie› überträgt«. So ist es keine Überraschung, dass sie bisher ganz allgemein schreiben, als »Patrioten« das »amerikanische Modell« zurückdrängen und eine »basisökonomische Agenda« erarbeiten zu wollen. Beklagt wird von dem Projekt auch die »Masseneinwanderung«, der »anonyme Sozialstaat« und die »unkontrollierte Massenaufnahme von Asylbewerbern«. Nicht ohne zu betonen, dass »für illegal eingewanderte, junge Männer keine soziale Fürsorgepflicht« bestehe.

Auf der Homepage von »Recherche D« darf auch der Bundesprecher der »Alternative für Deutschland«, Jörg Meuthen, diese spezifische Verbindung im Interview am 26. April darlegen: »Wir wissen, dass man entweder offene Grenzen oder einen Sozialstaat haben kann. Wir wissen, dass unser Sozialstaat ein Pull-Faktor ist, der en gros Migranten anzieht, die nicht arbeiten wollen.«

#Reaktionär

»Tumult«

Ein Wissenschaftler wandelt sich – und eine Zeitschrift mit ihm.

von Volkmar Wölk



Früher – als »'68« noch kein Mythos, sondern die Revolte Alltag war – hätte es sich Frank Böckelmann wohl nie träumen lassen, dass er, ein Mitglied der »Subversiven Aktion« und somit in inhaltlicher Nähe zu den linksradikalen »Situationisten«, er, der den Geist der Antiautoritären verkörperte, dass er einmal gemeinsame Sache mit jemandem wie Vera Lengsfeld machen würde, jener bürgerlich-konservativen ehemaligen Bundestagsabgeordneten der Grünen und dann der CDU, die noch immer von ihrem persönlichen Mythos der von der Stasi ausgespitzelten Bürgerrechtlerin der DDR zehrt. Sehr vieles hat sich seither verändert. Doch es gibt auch Konstanten. Böckelmann sieht sich immer noch in der Revolte gegen das herrschende System, Lengsfeld noch immer als Bürgerrechtlerin gegen die Unterdrückung des Staates. Böckelmann gibt noch immer seine Zeitschrift »Tumult« heraus, Lengsfelds ideologischer Impetus ist noch immer der Antikommunismus. »'68«, das ist lange her. Inzwischen findet sich Böckelmann als Erstunterzeichner unter der »Erklärung 2018«, die von Lengsfeld maßgeblich befördert wurde und die sich mit den rassistischen Demonstrationen in Deutschland solidarisch erklärt.

»Tumult« erschien früher so unregelmäßig, dass man zuweilen bereits glaubte, sie sei eingestellt worden. Inzwischen erscheint sie regelmäßig. Als Vierteljahreszeitschrift mit 96 Seiten und einer künstlerischen Bebilderung statt der früheren Bleiwüste, mit Einsprengseln von Lyrik anstelle ehemaliger Theorielastigkeit. Die aktuelle Jubiläumsausgabe zum fünfjährigen Bestehen (Nr. 1/2018) hat sogar 128 Seiten. Was sich auch geändert hat, ist der Kreis der Schreibenden. Früher wurden anerkannte Geistesgrößen, vorwiegend aus dem französischen Sprachraum, als »korrespondierende Mitglieder« der Redaktion geführt: Jean Baudrillard, Bazon Brock, Michel Foucault, Michel Serres, Paul Virillio und andere. Heute finden sich im Impressum Namen, die aus der deutschen »Neuen Rechten« bekannt sind oder gar aus Gruppen der extremen Rechten, wie »Pro Chemnitz«. An die Stelle linker Nonkonformisten sind ehemalige Linke, wie Manfred Lauermann oder Rolf Peter Sieferle, getreten, vor allem aber Autoren, die man ebenso in der neu-rechten »Sezession« findet, wie Siegfried Gerlich, den als »Berater« fungierenden Egon Flaig – ebenfalls ein Unterzeichner der »Erklärung 2018« – oder Lothar Fritze vom Dresdner »Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung«.

Geändert haben sich auch die Inhalte. Wo einstmals »fröhliche Wissenschaft« im linksnietzscheanischen Sinne betrieben wurde, herrscht heute die Untergangsstimmung einer intellektuellen PEGIDA, die »westliche Werte« und abendländische Kultur im Verfall sieht. Zwar ist der aktuellen Ausgabe ein Auszug aus einem Brief des situationistischen Vordenkers Guy Debord vorangestellt, doch charakterisiert dies vor allem die gegenwärtige Position des Kreises um »Tumult«. »Es wird keine Integration geben«, heißt es dort. »Für diese ist es ebenso zu spät wie für die Ausweisung. (…) Es gibt kein Frankreich mehr. Ganz bestimmt gibt es keine französische Kultur mehr. Es gibt keine ‹französische Lebensweise› mehr (wir sind das Amerika der Armen). Es gibt kein französisches Volk mehr.« Böckelmann ist offenbar der Ansicht, dass dieses Verdikt auch für Deutschland die »Hauptthese«, so Debord, sein müsse.

Doch Böckelmann & Co. beziehen sich unübersehbar auf die Denker der »Konservativen Revolution« der Zwischenkriegszeit und deren intellektuelle Nachfahren. Besonders deutlich wird dies in der seit Anfang 2017 erscheinenden »Werkreihe«, einer im »Manuscriptum Verlag« publizierten Ergänzung zur Zeitschrift in Taschenbuchform. Den Aufschlag machte Rolf Peter Sieferle mit dem Band »Das Migrationsproblem«, der die »Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung« belegen sollte. Es folgte Dimitrios Kisoudis, inzwischen Mitarbeiter bei der AfD im Bundestag, mit »Was nun? Vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat« und der These: »Der gute Staat ist ein starker Staat.« Dieser gute Staat solle sich allerdings auf seine Kernaufgaben, besonders den Erhalt der öffentlichen Ordnung, beschränken. Der Autor stellt sich die Aufgabe, eine »Verfehlungsgeschichte des Sozialstaats« zu liefern.

Die aktuelle Ausgabe von Parviz Amoghli und Alexander Meschnig mit dem Titel »Siegen« führt diesen Kurs fort. Die Autoren beklagen den »Verlust des Willens zur Selbstbehauptung«, doch sei diese »postheroische Gesellschaft unvereinbar mit den Folgen globaler Entwicklungen«. Und: »Besonders in Deutschland haben Pazifismus und moralischer Universalismus zu einem tiefsitzenden Verdacht gegenüber jeder Form der Selbstbehauptung geführt. Die Unterscheidung zwischen Freund und Feind, zwischen Eigenem und Fremden, sind inzwischen restlos diskreditiert.« Das ist deutlich. Und es macht deutlich, dass Böckelmann am Ende eines Weges angekommen ist, der von der antiautoritären, subversiven Revolution zur »Konservativen Revolution« führte. Und so trifft er sich mit Lengsfeld.

»Die Burschenschaftlichen Blätter«

von Felix Krebs



Von Faschisten der »Neuen Rechten« bis zu Neonazis ist in der DB alles vertreten. In der Mitte Norbert Weidner (früheres Mitglied der FAP Bonn)

Die »Burschenschaftlichen Blätter« (BBl) sind das Verbandsorgan der »Deutschen Burschenschaft« (DB) und dürften heute die mit Abstand älteste Zeitschrift der (extremen) Rechten in Deutschland und Österreich sein – die erste Ausgabe der BBl erschien bereits 1887. Die LeserInnen stellen wichtige Multiplikatoren dar. Denn es werden fast ausschließlich Studierende und AkademikerInnen erreicht, die, wenn auch seltener als in vergangenen Epochen, einen kleinen Teil der Funktionselite im deutschsprachigen Raum und einen größeren innerhalb der Rechten stellen.
Zwar haben auch andere Korporationsverbände eigene, traditionsreiche Zeitschriften, doch zeichnen sich die DB und ihre BBl durch einen explizit politischen Anspruch aus. Sie erscheinen mit einer gedruckten Auflage von 6.000 Exemplaren vier Mal pro Jahr und erreichen im Wesentlichen Mitglieder der DB. Aber auch andere Korporierte und Außenstehende können die BBl im Abonnement beziehen, die über die DB sowie wohl zu einem kleinen Teil aus Anzeigen und Fremdabonnements finanziert werden. Die inhaltliche Reichweite dürfte höher als die gedruckte Auflage sein, da es zwischen den BBl und anderen rechten Publikationen und Institutionen eine große personelle Schnittmenge gibt. Diese zeigt sich bei DB-Seminaren, burschenschaftlichen Abenden und interkorporierten Veranstaltungen. Hinzu kommt seit Jahren eine eigene Internetpräsenz mit ausgewählten Artikeln.

Geschichte

Die »Burschenschaftlichen Blätter« dienten von Beginn an nicht nur der internen Kommunikation, sondern auch der Stellungnahme zu gesellschaftlichen und (hochschul-)politischen Fragen. Ihre Ausrichtung war immer eng gekoppelt an die jeweilige Entwicklung der politischen Rechten im Kaiserreich, der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus (NS) und in der Bundesrepublik. So hatten die BBl im Kaiserreich eine elitäre, reaktionäre, völkisch-nationalistische und antisemitische Ausrichtung. Diese verschärfte sich in der Weimarer Republik, wo die Burschenschaften und ihre Zeitschrift zur Spitze der antirepublikanischen Kräfte von Rechts gehörten. Sie sympathisierten offen mit der NS-Bewegung. 1933 war in den BBl zu lesen, die DB habe den Nationalsozialismus »seit Jahren ersehnt und erstrebt«. Auch im radikalen Antisemitismus sahen sich die BBl damals bestätigt. 1935 wurde die DB aufgelöst, weil sie einerseits ihre wichtigsten politischen Ziele in der NS-Bewegung erreicht sah, andererseits die neuen Machthaber mögliche Konkurrenzen von rechts nicht duldeten. Die BBl stellten 1937 ihr Erscheinen ein. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus waren sowohl DB wie auch BBl verboten. Während in der DDR das Verbot bis zum Ende aufrechterhalten wurde, wurde es in Westdeutschland im Zuge der Restauration mit Hilfe alter (NS-)Seilschaften schon 1950 wieder aufgehoben.

Nachkriegsentwicklung

Nach der weitgehenden Diskreditierung von offenem Antisemitismus und völkischem Nationalismus und aufgrund der wachsamen Augen der Alliierten mussten die BBl in der Nachkriegszeit weitgehende Zugeständnisse machen. Zunehmend bedeutungslos wurde das gesamte Korporationswesen und mit ihm auch die BBl durch die 68er-Bewegung. Erst mit der »geistig-moralischen Wende« unter Hel-

mut Kohl und der deutschen Wiedervereinigung 1990 erlebten Studentenverbindungen eine gewisse Renaissance. Die DB und die BBI nehmen hier im Vergleich zur übrigen Korporationspresse nicht nur durch ihren politischen Anspruch, sondern auch durch ihre erneute Rechtsentwicklung eine Sonderstellung ein.

Jüngere Entwicklung

Die BBI hatten einen maßgeblichen Anteil an den Lagerkämpfen innerhalb der DB, der Formierung des völkischen Flügels um das innerorganisatorische Kartell »Burschenschaftliche Gemeinschaft« (BG), der Spaltung des Verbandes und letztlich dem Sieg des BG-Flügels. Dass dieser kein Pyrrhussieg blieb, haben DB und BBI der Entwicklung der AfD und der völkischen Netzwerke um diese herum zu verdanken, zu dessen Herausbildung DB und BBI gleichermaßen beitrugen.

Maßgeblichen Einfluss auf die BBI und damit die DB haben die Chefredakteure der Zeitschrift, die immer noch die NS-belastete Bezeichnung »Schriftleiter« tragen. Von 2005 bis 2012 hatten mit Herwig Nachtmann (»Brixia Innsbruck«) und Norbert Weidner (»Breslauer Raceks«) zwei BG-Burschenschafter mit radikaler Vergangenheit und Gegenwart diesen Posten inne. Beide stammten aus neonazistischen Organisationen.

Der Konflikt um die Kriterien für eine Mitgliedschaft in der DB, der 2011 unter dem Stichwort »Ariernachweis« von »Der Spiegel« öffentlich gemacht wurde, zeichnete sich in den BBI schon vorher ab. So wurde schon 2009/10 um die Auslegung des »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs« in Artikel 9 der Satzung der DB gestritten und damit um eine biologistische oder eine kulturalistische Definition. Aufgrund dieses Streits und des zunehmenden öffentlichen Drucks verließ der rechtskonservative Flügel die DB. Damit hat sich seit 2012 die Zahl der in der DB organisierten Burschenschaften fast halbiert. Andererseits war aber auch der ehemalige »Wiking-Jugend«- und FAP-Funktionär Weidner als Schriftleiter nicht mehr tragbar. Die Nachfolge traten erst der langjährige Mitarbeiter der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« (JF), Michael Paulwitz (»Normannia Heidelberg«), und ab 2014 der »Blaue Narzisse«-Autor Dirk Taphorn (»Normannia-Nibelungen Bielefeld«) an.

Die BBI heute

Die BBI haben jeweils einen politischen, historischen oder gesellschaftlichen Schwerpunkt, der meist die Hälfte des Blattes umfasst und zu dem sich Verbandsbrüder, andere Korporierte oder nichtkorporierte Fremdautoren äußern. Einen größeren Teil nehmen auch verbandsinterne Angelegenheiten in der Rubrik »Aus dem burschenschaftlichen Leben« ein. Hier stellen sich einzelne Burschenschaften vor, werden verdiente Verbandsbrüder porträtiert, finden sich Berichte von Burschentagen oder sonstigen Verbandstreffen, werden besondere burschenschaftliche oder andere korporierte Ereignisse, Seminare oder Veranstaltungen ausführlicher dargestellt, wird über Altherren-Verbände und Totengedenken berichtet und es werden Vertiefungen über historische Ereignisse vorgenommen oder eben innerverbandliche Kontroversen ausgetragen.

Vor dem Durchmarsch des völkischen Flügels gab es in den BBI noch eine gewisse rechte Pluralität. Autoren beziehungsweise Themen mit unionsnaher Ausrichtung fanden sich hier wieder. Doch gab es schon vor zehn Jahren starke Überschneidungen mit der Autorenschaft der JF, welche die BBI selbst als »Konkurrenzblatt« im eigenen Lager verortete. Eine gewisse Zäsur stellte 2009 ein Interview mit dem damaligen NPD-Landtagsabgeordneten Arne Schimmer (»Dresdensia Rugia«) dar sowie 2012 ein »urburschenschaftliches Manifest« zur burschenschaftlichen Neuordnung von Michael Voigt (»Danubia München«), das offensiv zum Widerstand gegen den bundesdeutschen Verfassungsstaat aufrief.

Inzwischen sind solche Töne keine Ausnahme mehr und auch Autoren oder Interviewpartner, die aus dem Umfeld neofaschistischer Organisationen kommen, sind inzwischen etabliert. In den BBI 1/2015 wurde zum Beispiel Adriano Scianca, Kultursprecher der neofaschistischen »Casa Pound« aus Italien, interviewt. Und in derselben Ausgabe berichtete der Kopf der »Identitären Bewegung« (IB) Martin Sellner über »Von Nouvelle Droite bis Front National«, sein IB-Kamerad Alexander Markovics schwadronierte über den Kampf seiner Bewegung im Internet und auf der Straße und Johannes Konstantin Poensgen (»Blaue Narzisse«) schrieb über die »Grenzwacht Pegida«, an der auch Burschenschafter teilnahmen.

Die Berichterstattung und Autorenschaft, darunter fast überhaupt keine Frauen, haben sich vom Umfeld der JF in den letzten Jahren etwas mehr in Richtung IB, »Institut für Staatspolitik« (IfS), »Verlag Antaios« und dessen Magazin »Sezession« – in Richtung radikaler Meta- und Bewegungspolitik – ausgeweitet. So durfte Götz Kubitschek 2015 bei einem der wichtigsten Jubiläen, dem 200-jährigen Gründungskommers der Urburschenschaft, sprechen. Seine Rede »Verteidigung des Eigenen« wurde in den BBI 3/2015 abgedruckt. Ähnliche Aufwertung bekam jüngst erst ein weiterer IfS- und »Antaios«-Aktivist mit früherer Vergangenheit im »Nationaldemokratischen Hochschulbund« (NHB). Thor von Waldstein erläuterte seine völkischen Gedanken, nach denen Deutschland ein Land ohne Souveränität, Grenzen und ein »Land ohne Volk« sei, beim Burschentag 2017, abgedruckt in den BBI 3/2017. Das gesamte IfS als Autor attestierte anlässlich des Themenschwerpunkts »Hochschule und Bildung« in den BBI 3/2016 einen »(a)nhaltende(n) Linksrutsch«. In der neuesten Ausgabe stellt Philip Stein (»Germania Marburg«), Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der DB, sein neu-rechtes Projekt »Ein Prozent« vor.

Jenseits von Meta- und Bewegungspolitik favorisieren die BBI seit Jahren als ideale Partei die »Freiheitliche Partei Österreichs« und mit geringen Abstrichen die AfD, nachdem eine Positionierung zwischen den Polen Union oder NPD inzwischen obsolet geworden ist. So stellte schon 2012 Prof. Ralph Weber anlässlich des Festkommers' des Burschentages in den BBI die Frage: »Brauchen wir eine neue Partei rechts der CDU?«. Weber ist inzwischen Vize-Fraktionsvorsitzender der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und in deren rechtem Flügel zu verorten. Es folgten andere BBI-Autoren mit AfD-Funktion oder Mandat, darunter auch welche mit Burschenband der DB. Zum Burschentag 2016 wurden die Burschentags-Festrede von Alexander Gauland sowie ein Grußwort des Thüringer Fraktionschefs Björn Höcke publiziert. Umgekehrt platzierte die AfD in den BBI eine Werbeanzeige zur letzten Bundestagswahl oder jüngst eine Stellenanzeige einer Landtagsfraktion.

Die ganze Breite der Rechten spiegelt sich auch in den Anzeigen und Buchrezensionen der BBI wider. Neben vierseitigen Anzeigen des JF-Verlags wurden unter anderem Publikationen beworben oder besprochen aus: »Gerhard-Hess-Verlag«, Veröffentlichungen von »Info-Direkt« aus Österreich, »Eckardschriften« und »Ares-Verlag«, den Verlagen »Arndt« und »Pour-le-Merite« aus dem Netzwerk von Dietmar Munier, den neu-rechten Publikationen »Blaue Narzisse«, »Edition Antaios« oder »Sezession«, dem radikal neoliberalen »Lichtschlag-Verlag« oder dem neuen »Jungeuropa Verlag« von Philip Stein, der eine Schrift des Faschisten Pierre Drieu la Rochelle in den BBI rezensieren ließ.

#NeueRechte

Ein Streifzug durch die Medien der christlichen Rechten

Sie haben unverfängliche Namen wie »ideaSpektrum«, »LebensForum« oder »Die Tagespost«. Doch was wie Lifestylemagazin und Lokalpresse klingt, sind christlich-fundamentalistische Blätter, die Antifeminismus und Rechtskonservatismus propagieren.

von Ulli Jentsch und Eike Sanders



Die fundamentalistischen Kreise, die es in evangelikalen, freikirchlichen und katholischen Gemeinden gibt, vertreten unter Berufung auf eine wörtliche Auslegung der Bibel (»Bibeltreue«) unterschiedliche autoritäre und antidemokratische Positionen, die teilweise deckungsgleich sind mit Forderungen der extremen Rechten. So wird beispielsweise das dramatische Bild eines bedrängten Christentums gezeichnet, das sich gegen einen äußeren Feind, »den Islam«, und einen inneren Feind, die säkularisierte Gesellschaft, wehren muss, um den weiteren Verlust oder Untergang »christlich-abendländischer Werte« zu verhindern. Vor allem der von der extremen Rechten in den vergangenen Jahren in Stellung gebrachte Antifeminismus bietet vielfache Anknüpfungspunkte, denn die fundamentalistischen AktivistInnen fordern als »natürlich« und »gottgegeben« apostrophierte, angenommene Selbstverständlichkeiten wie die patriarchale, zweigeschlechtliche Ordnung, die daraus abgeleitete heterosexuelle Ehe mit all ihren Geschlechterklischees und Rollenaufteilungen und inszenieren sich selbst als bedrohte, angegriffene Minderheit (s. drr Nr. 170).

Evangelikale Medienmonopole

Eines der einflussreichsten Medien ist die 1970 gegründete evangelische Nachrichtenagentur »idea«, de facto das Medienhaus der evangelikalen »Deutschen Evangelischen Allianz« (DEA) mit ihren rund 1,3 Millionen Mitgliedern. Kern der Medienarbeit sind das Nachrichtenportal »idea.de« sowie die seit 1979 erscheinende Wochenzeitschrift »ideaSpektrum«. Journalistischer Leiter und presserechtlich Verantwortlicher war von 1978 bis Ende 2017 Helmut Matthies, Träger des »Gerhard-Löwenthal-Preises« der »Jungen Freiheit«; sein Nachfolger ist Pfarrer Matthias Pankau. Neben Online und Print wird auch das werktägliche TV-Format »ideaFernsehen« produziert. »ideaSpektrum« hat nach Eigenangaben wöchentlich über 90.000 LeserInnen. Die Auflage betrug inklusive E-Paper im dritten Quartal 2017 laut Statistik der »Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern« aber nur knapp 28.000 Exemplare.

Neben Aspekten der evangelikalen Gemeindearbeit widmet sich »idea« der religiösen Deutung tagesaktueller Ereignisse, von der Christenverfolgung bis hin zur Frage, ob gleichgeschlechtliche Paare in den evangelischen Gemeinden gesegnet werden dürfen. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) wird ausdrücklich ebenso behandelt wie alle anderen Parteien auch; über die Arbeit der »Christen in der AfD« (ChrAfD) berichtet »idea« regelmäßig. Dabei öffnet die Agentur vor allem solchen Positionen den Raum, welche die Ablehnung der AfD durch die Amtskirchen kritisieren und eine Normalisierung im Umgang mit der AfD fordern. Der neue Chef Matthias Pankau: »Die AfD ist auf demokratischem Wege gewählt worden. In der Tagespolitik kann und muss sie sich nun beweisen – so wie alle anderen Parteien auch. (...) Wir hofieren die AfD nicht, aber wir verteufeln sie auch nicht.« Die tagesaktuellen Nachrichten werden von einer Vielzahl anderer konservativer bis christlich-fundamentalistischer Medien aufgegriffen, damit beschränkt sich ihre Resonanz im Wesentlichen auf den rechten bis extrem rechten evangelikalen und katholischen Bereich.

Die »Stiftung Christlicher Medien« (SCM) ist das Dach einer Firmengruppe mit verschiedenen Verlagen und Marken. Die SCM beschreibt sich als »evangelisch-freikirchlich« und steht nach Eigenangaben inhaltlich ebenfalls der evangelikalen DEA nahe. In ihrer Breite ist es jedoch schwierig, eine politische Ausrichtung ähnlich wie bei »ideaSpektrum« auszumachen. »Wichtig ist uns die Orientierung auf Jesus Christus – er ist die Mitte unseres Auftrags: Jesus nachfolgen – unser Kernanliegen«, heißt es auf einer der vielen Homepages. Die Zeitschriftensparte, der SCM-Bundes-Verlag mit Sitz in Witten, produziert derzeit 16 unterschiedliche Zeitschriften, die »helfen« möchten, »den Glauben zu leben – mitten im Alltag« und auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten sind. »KLÄX – Spielen. Glauben. Rätseln. Wissen« (Auflage: 13.000) beispielsweise adressiert »Kids im Grundschulalter«. »SevenEleven« bietet KindergottesdienstmitarbeiterInnen Material für die titelgebende Altersgruppe und das »Teensmag« trägt den Untertitel »Trends. Glaube. Action. Tiefgang« und erscheint in einer



Auflage von 18.000 Exemplaren. Weitere Titel sind »die christliche Frauenzeitschrift« namens »Lydia« (»Persönlich. Echt. Lebensnah.«) mit einer Druckauflage von 65.000 Exemplaren, »JOYCE« (»Was Frauen inspiriert« – Auflage: 16.000) und »MOVO« (»Was Männer bewegt. Was Männer bewegen.« – Auflage: 13.000). Verschiedene Fachzeitschriften adressieren gezielt TheologInnen, SeelsorgerInnen oder VerantwortungsträgerInnen: In »Gemeinde.Praktisch« (»Technik. Service. Know-How«) geht es beispielsweise um die technische Verbesserung der Akustik in der Kirche.

»Romtreuer« Katholizismus

Während es im evangelikalen Bereich kaum andere Anbieter als SCM und »idea« gibt, ist das Angebot im katholischen Fundamentalismus unübersichtlicher. Das »Forum Deutscher Katholiken« beispielsweise ist eine der wichtigsten rechts-katholischen Vereinigungen, die sich als Opposition zum »Zentralrat Deutscher Katholiken« (ZdK) versteht: »Nach unserer Meinung weicht das ZdK in wesentlichen Fragen vom Glauben der Kirche ab.« In ihrem Monatsblatt »Der Fels« berichten AutorInnen wie Jürgen Liminski (ebenso Autor in der »Preußischen Allgemeinen Zeitung« und bei der rechts-katholischen »Kirche in Not«), Felizitas Küble (»Charismatismus-Blog«), Werner Münch (ehem. CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt) oder Hubert Gindert (Herausgeber und Sprecher des Forums) über aktuelle und grundsätzliche politische und religiöse Fragen. Auch bekannte ProtagonistInnen der »Lebensschutz«-Bewegung wie Alexandra Maria Linder von der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) und dem »Bundesverband Lebensrecht« (BVL) oder der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer füllen hier die Seiten. Das Forum kritisiert das ZdK, aber auch die Bundesregierung unter anderem »für das Festhalten an ‹Donum Vitae›, das mit der Erteilung des Beratungsscheins ungeborene Kinder der ‹gesetzwidrigen, aber straffreien› Abtreibung ausliefert oder für die Zustimmung zur Genderideologie«.

Über gewissen Einfluss verfügt auch »Die Tagespost«, die einzige überregionale katholische Zeitung in Deutschland. Die traditionsreiche und »romtreue« Zeitung erscheint seit Beginn des Jahres 2018 nach wirtschaftlichen Problemen – sie verlor in den letzten zehn Jahren rund ein Drittel der AbonnentInnen – nur noch einmal wöchentlich und verkauft derzeit circa 10.000 Exemplare. Hinzu kommt die Online-Präsenz, mit inzwischen auch tagesaktuellen Meldungen. Artikel und Interviews der Tagespost werden auch in anderen Medien aus dem Bereich aufgegriffen. VertreterInnen der AfD wird selbstverständlich Platz eingeräumt, so beispielsweise dem kirchenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Volker Münz, um den scharf kritisierten Antrag seiner Fraktion zu Schwerbehinderten zu verteidigen. Obwohl »Die Tagespost« mit der Neuordnung wirtschaftlich unabhängiger geworden ist, greift ihr die Freisinger Bischofskonferenz nach wie vor finanziell unter die Arme. Die Zeitung hatte bei Auseinandersetzungen innerhalb der katholischen Kirche immer wieder die konservative und papsttreue Linie auch gegen die deutsche Amtskirche vertreten, so 1999 im Streit um die Frage, ob die katholische »Donum Vitae« in der Schwangerschaftskonfliktberatung bleibt.

Eine Monatszeitung für Religion und Politik gibt der Verein »Christliche Mitte« (CM) heraus. »Der Kurier« der einstigen christlich-fundamentalistischen Kleinstpartei strotzt vor antimuslimischen Ressentiments und homo- und transfeindlichen Inhalten. In wenigen Zeilen wird Propaganda in scheinbaren Nachrichten präsentiert: »Katholisches Bollwerk Köln«, »Wo der Islam wütet« und »Die ‹Homo-Ehe› – ein großer Betrug«. Oder: »Angela Merkel – ein deutsches Verhängnis«, worin Werner J. Mertensacker über die historischen Pläne zur Vernichtung des deutschen Volkes schwadroniert. Diesmal versuche man, die Vernichtung »durch einen kompletten Austausch« zu erreichen und es liege nahe zu vermuten, dass Merkel einen israelischen »Führungs-Offizier« habe, so Mertensacker. In dem Blatt schreibt ebenfalls der fanatische »Lebensschützer« Klaus Günter Annen, der unter Ausnutzung des Paragrafen 219a mit seiner »Initiative Nie wieder e. V.« reihenweise ÄrztInnen angezeigt hat, die Abtreibungen durchführen.

Neben den konfessionell geprägten christlichen Medien seien noch die Publikationen der »Lebensschutz«-Bewegung erwähnt, die jedoch in ihrer thematischen Beschränkung trotz beispielsweise fünfstelliger Mitgliederzahlen bei der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) eine geringere Reichweite in ihrem politischen und ideologischen Einfluss haben dürften. So bieten die vierteljährlich erscheinende Zeitschriften »LebensForum« (Auflage: 6.500), an deren Redaktion auch die »Ärzte für das Leben« beteiligt sind, und das Blatt »Lebenszeichen«, das nur an ALfA-Mitglieder adressiert ist, ausschließlich Artikel und Meldungen zum weiten Feld »Lebensschutz«.

Insofern ist diese Auswahl exemplarisch für das Spektrum rechter christlicher Publikationen: Die christliche Rechte ist gerade in Deutschland konfessionell zersplittert und die innerchristlichen Auseinandersetzungen werden von antifaschistischen BeobachterInnen allzu oft desinteressiert als religiöse Fachfragen abgetan. Dabei werden hier gesellschaftlich relevante Richtungsfragen entschieden, gerade in Bezug auf Gender und Rassismus vs. »Nächstenliebe«, die über das Spektrum hinaus gesellschaftliche Strahlkraft haben.

#AfD

Blaues Rauschen im Blätterwald

Vom Mitgliedsblatt bis zum Comic: Mit höchst unterschiedlichen Publikationen versucht die »Alternative für Deutschland« Stimmung zu machen.

von Tilo Giesbers



Im Februar 2014 erschien als PDF-Dokument die erste Ausgabe der »AfD kompakt«, des »Newsletters« des Bundesvorstands der »Alternative für Deutschland« (AfD). Der heutige parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Dr. Bernd Baumann, berichtete auf Seite eins – damals noch als »Leiter Strategie und Planung« des Wahlkampfteams – über die Vorbereitungen zur Europawahl: »Der Wahlkampf verläuft plangemäß.« Die aktuelle Ausgabe des nun 32-seitigen Mitgliedermagazins »AfD kompakt« lenkt den Fokus der Basis langsam auf die im nächsten Jahr wieder anstehenden Europawahlen. Jedenfalls ist das Gründungsthema der Partei Schwerpunkt. Auch das zweite inhaltliche Thema des Debüts findet sich aktuell wieder. Wurde vor vier Jahren über »verleumderische Texte und bewusst falsche Meldungen« gejammert, beklagen Jörg Meuthen und Alexander Gauland jetzt »breit geführte mediale Diffamierungskampagnen«.

Fünf Jahre nach ihrer Gründung haben Landes- und Kreisverbände der AfD neben den Netzwerken in sozialen Medien und dubiosen, angeblich parteiunabhängigen Unterstützungszeitungen eine ganze Reihe eigener Periodika hervorgebracht. Die meisten dieser Zeitungen werden vor allem im Internet verbreitet, bei einigen ist unklar, ob es sie als Print gibt. Über Auflagenhöhen schweigt das Impressum meist. Die »Blaue Post« der Landtagsfraktion Sachsen kommt Eigenangaben zufolge auf monatlich 140.000 Exemplare, während der Newsletter des Landesverbandes nur digital existiert. Die »AfD Sachsen aktuell« gehört zu den beständigsten AfD-Postillen. Sie erscheint seit Anfang 2014, zeitweise wöchentlich, mittlerweile nur noch monatlich.

Qualität und Umfang der AfD-Blättchen sind ebenso unterschiedlich wie ihr Erscheinen. Offensichtlich hängt dies auch damit zusammen, dass die jeweiligen Produkte vor allem in der Anfangszeit eher von missionarischem Eifer als von einem Konzept lebten und teilweise noch leben. Einige der Publikationen haben Anfangseuphorie und Reinigungsprozesse nicht überlebt. Anderes wurde verstetigt und professionalisiert – nicht zuletzt durch die finanziellen, personellen und infrastrukturellen Ressourcen der Partei nach ihren Wahlerfolgen. Fraktionen und MandatsträgerInnen können ihre Positionen nun dem Wahlvolk bekannt machen. Und auch einige innerparteiliche Vereinigungen wie die »Junge Alternative« oder die »Patriotische Plattform« verbreiten eigene Publikationen. Schon die Namen sagen viel über das Selbstverständnis: »Alternatives Journal« (Baden-Württemberg), »Blauer Mut« (Fraktion Thüringen) oder »Blauer Aufbruch« (Fraktion Sachsen-Anhalt) verheißen Veränderungswillen; »Wir für Brandenburg«, »Thüringen-Post« (Landesverband Thüringen) oder »Uns Hamburg« vermitteln das Selbstbild einer Partei für die oft bemühten »kleinen Leute«. Die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion nennt ihr Organ »Rheinblick«. Zufall oder nicht: Genauso hieß das Monatsheft der damaligen PDS-Fraktion im Bonner Bundestag.

AfD-Blättchen in den (Wahl-)Kreisen geben sich volksnah als »Die Symbadische Stimme« (Karlsruhe) oder »Räpple-Post« (Landtagsabgeordneter Stefan Räpple), versprechen Aufklärung über »Fake-News« und »Zensur« mit Namen wie »Kasseler Durchblick«, »Der Zeigefinger« (Bottrop) oder »Anhalt unzensiert«. In Marzahn-Hellersdorf wurde im Bundestagswahlkampf ein Blättchen mit dem Titel »Der kleine Populist« verteilt.

Inhaltlich unterscheiden sich die Hefte kaum von den Anträgen, Anfragen und sonstigen Verlautbarungen der Partei. Es geht in allen denkbaren Varianten um »Großen Austausch« und »Islamisierung«, um »Lügen-Presse«, »Altparteien« und den Kampf gegen »Linksextremismus«, »Diesel-Hysterie« und Verschärfung der Sicherheitsgesetze, aber auch um die Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Hinzu kommen Berichte über Parteitage und Infostände, die Darstellung der Arbeit in den Parlamenten, Ankündigungen von Parteiveranstaltungen und Kontaktlisten der Wahlkreisbüros. Relativ selten finden sich direkte Hinweise auf andere »Alternativmedien« wie »Tichys Einblick«, den »Kopp-Verlag« oder »Compact«.

Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus versucht sich in der Ansprache einer jungen Großstadt-Klientel. In einer eher bemüht wirkenden Comic-Reihe erklärt die tapfere Protagonistin Emilia ihren naiven linksgrünen FreundInnen, warum Umweltzonen nicht gegen Feinstaub helfen, Videoüberwachung und »Racial Profiling« gegen migrantische Straftäter dagegen schon, die Schuldenbremse nicht richtig gegen »gefräßige Hochzins-Piranhas« wirkt, Tegel bleiben muss und Hartz-IV-EmpfängerInnen ganz einfach ihre Wohnungen kaufen könnten, wenn die AfD regiere. Dass die Figuren allesamt als Vögel dargestellt werden, erinnert an das Comic »Enten gegen Hühner«, das die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) vor fast zehn Jahren unter ihrem damaligen Vorsitzenden und heutigen »Ein Prozent«-Funktionär Michael Schäfer herausbrachten.

#Lifestyle

»Die Dämme brechen«



Das neue Magazin »Arcadi« ist mehr als ein Lifestyle-Magazin für rechte Jugendliche, es vernetzt Mitglieder der »Alternative für Deutschland«, »Identitäre« und Neonazis.

von Nina Juliane Rink

Wird über das »Arcadi«-Magazin geschrieben, fallen Vergleiche wie »VICE, bento oder BRAVO von rechts«. Selbstformuliertes Ziel des Magazins ist es, zu »unterhalten, informieren und einen Kontrast zum Alltag (zu) bilden.« Zielgruppe seien (national-)konservative oder patriotische junge LeserInnen, für die bisher das Angebot eines »wertigen Kulturmagazins« fehlte, so Chefredakteur Yannick Noé. Bislang liegen zwei Ausgaben vor, die auf je 80 Seiten Themen aus Politik, Ernährung, Gesundheit, Sport, Reisen, Kultur und Leben behandeln. In der ersten Ausgabe kommt die Trump-Unterstützerin Brittany Pettibone zu Wort und es wird ausführlich über die »Defend Europe«-Mission der »Identitären Bewegung« (IB) als erfolgreiches Projekt der »Remigration« berichtet. Autor Frederic Höfer berichtet in einer Reportage, wie er sich den französischen »Identitären« anschloss, um den Wahlkampf des extrem rechten »Front National« zu unterstützen. In der zweiten Ausgabe wird das Blog »radikal feminin« vorgestellt, das dem »vorherrschenden Frauenbild« entgegentreten will. Eine ausführliche Bilderstrecke zeigt Grafiken des Instagram-Blogs »Radikal Estétique« (»während Verlage wie Antaios und Jungeuropa die theoretischen Waffen an die Front schaffen, schieben wir die Munition nach«). Das Prinzip der Artikel ist meist: Die ganze Bandbreite der Lebenswelt rechter Jugendlicher abbilden, die Vokabeln der »Neuen Rechten« unterbringen und – wenn das thematisch nicht auf der Hand liegt – eine »patriotische« Umdeutung vornehmen. Man erfährt, warum Club-Mate ein urdeutsches Getränk ist, Onanie unmännlich und welche Freizeitaktivitäten, Tätowierungen, Filme, Computerspiele, Comics und vor allem Bücher (aus patriotischer Sicht) empfehlenswert sind. Daneben gibt es auch politisch unverdächtige Beiträge wie Rezensionen von Gedichtbänden, Wanderberichte und eine Sex-Kolumne. Warum sollte nicht auch der junge Nationalkonservative wandern gehen oder Sex haben?

Who is who

Initiator des rechten Lifestyle-Magazins ist der 21-jährige Leverkusener und Sprecher des dortigen Kreisverbandes der »Alternative für Deutschland« (AfD), Yannick Noé, als Herausgeber fungiert der Verein »publicatio e. V.«. Im als »Mitmach-Projekt« beworbenen »Arcadi« machen derzeit junge Rechte aus allen Milieus mit – unter anderen Robin Classen, AfD-Mitglied und Autor der neu-rechten »Blaue Narzisse«, Simon Kaupert, WÜGIDA-Veranstalter mit familiären Kontakten ins völkische Milieu, oder Volker Zierke, IB-Aktivist. Die meisten AutorInnen sind irgendwo in der AfD, IB oder deren Umfeld zu verorten, finanziell unterstützt wird das Magazin durch das »patriotische Bürgernetzwerk« »Ein Prozent e. V.«. Weiteres Geld wird durch Anzeigen generiert, die zum Beispiel von Verlagen wie »Antaios«, »Arktos«, vom Magazin »Zuerst!«, von der »Berliner Burschenschaft Gothia« oder von den Neonazi-Versandhandeln »Sonnenkreuz« und »Greifvogel Wear« geschaltet werden. Hier vernetzt sich eine junge rechte Szene ohne gegenseitige Berührungsängste.

»Arcadi« als Vernetzungsprojekt

In einem Interview philosophierten Noé und sein politischer Weggefährte Martin Sellner über die Funktion des »Arcadi«-Projekts: Angesichts der beginnenden »kulturellen Gegenrevolution« gelte es auch »abseits von politischer Berichterstattung und Theorie« den kulturellen Raum zu füllen, ob jetzt mit »Klatsch und Tratsch« aus der »patriotischen Szene«, mit Veranstaltungen oder eigenen Medienprojekten. Treffpunkt im realen Leben war das bereits zweimal ausgerichtete »Arcadi«-Fest, wo AutorInnen und LeserInnen mit einem »Pils Identitär« aus dem IB-Laden anstießen, Martin Sellner mit seinem Versand »Phalanx Europa« vertreten war, sein Buch vorstellen durfte, der »nationalistische« Rapper Chris Ares auftrat oder das musikalische Aushängeschild der »Identitären Bewegung«, Melanie Schmitz, Balladen sang. Ein weiteres Projekt, für das Noé bereits Sellner und weitere rechte »Vlogger« gewonnen hat, ist »KRONOS TV«, eine Video-Plattform, die später einmal als »funk von rechts« fungieren soll. Die Szene verspricht sich die Umgehung von »Zensur« und Sperrung ihrer Accounts sowie den Aufbau einer Gegenöffentlichkeit zum »linken Mainstream«.

Next Generation

»Arcadi« ist nicht nur ein rechtes Lifestylemagazin, sondern ein Vernetzungsprojekt – durch personelle Überschneidungen, gegenseitige Bezugnahmen, finanzielle Beziehungen und Treffen außerhalb des virtuellen Raums übernimmt es eine Scharnierfunktion zwischen AfD-FunktionärInnen, Identitären, Burschenschaftern und Neonazis. Im Sinne der Metapolitik der »Neuen Rechten« werden für den »Kulturkampf von Rechts« gezielt Felder des vorpolitischen Raums besetzt. Diese junge Generation (extrem) Rechter hält sich nicht an Kooperationsverbote und zeigt keine Abgrenzungstendenzen. Das »polarisiert« innerhalb der Szene, aber das sei auch erwünscht – das Magazin »soll im Grunde genommen die Dämme brechen«, wie es Noé formuliert . Das ist die nächste Generation AfD-PolitikerInnen, die hier heranwächst und die längst in Freundeskreisen und Netzwerken mit extrem Rechten und Neonazis verwoben ist.

#Rechtskonservativ

Der Internetausdrucker

Zurück zum Printformat: Seit eineinhalb Jahren verkauft Roland Tichy parallel zum gleichnamigen Onlineblog sein Magazin »Tichys Einblick« im Zeitschriftenhandel.

von Robert Andreasch



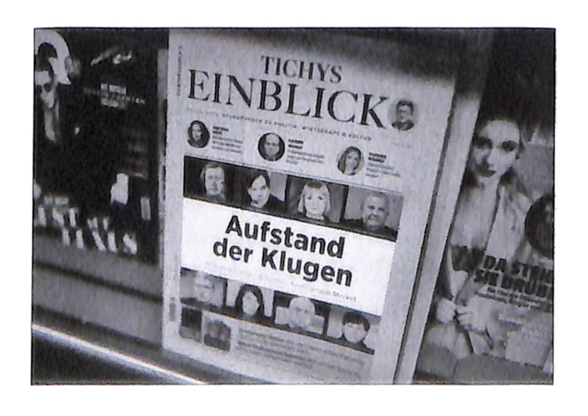
Roland Tichy

Roland Tichy war bis Ende 2014 Chefredakteur der »Wirtschaftswoche«, danach leitete er die redaktionellen Angebote des Business-Netzwerks XING und schrieb eine wöchentliche Wirtschaftskolumne für die »BILD am Sonntag«. Im Jahr 2015, als sich die rassistische Stimmung verschärfte und PEGIDA, »Demo für Alle« & Co. Zehntausende mobilisierten, gründete Roland Tichy von Frankfurt am Main aus das Blog »www.tichyseinblick.de«. Er beschwor den Online-Journalismus: »Wir arbeiten nicht mehr für die Druckerei und die Papierfuzzis, wir arbeiten für Inhalte.« Die ideologische Rolle rückwärts hatte Tichy, der 1990 mit seinem Buch »Ausländer rein« noch für mehr Zuwanderung geworben hatte, längst gemacht und auch schon für das ultrarechte-marktradikale Blatt »eigentümlich frei« geschrieben. Jetzt warb er AutorInnen für seinen Blog an, die bereits mit rechten Inhalten aufgefallen waren, darunter Matthias Matussek, Bettina Röhl, AfD-Redner Imad Karim, Norbert Bolz, Birgit Kelle, den ehemaligen ZDF-Moderator Wolfgang Herles sowie ehemalige PolitikerInnen wie Frank Schäffler und Kristina Schröder. Online-Blogs versprachen damals, nicht zuletzt angesichts der anwachsenden »sozialen Bewegung von rechts«, eine hohe Reichweite. Tichys Internet-Angebot soll nach eigenen Angaben rund 400.000 User im Monat erreichen. Wie so oft in der rechten Publizistik ist auch hier ein Shop angeschlossen. Der Versand, der neben allerlei Gesundheits- und Wellness-Artikeln auch Bücher der Blog-AutorInnen anbietet, wird von der »Quell-Verlag GmbH« betrieben, für die Roland Tichys Ehefrau Andrea verantwortlich zeichnet.

Am 10. Oktober 2016 startete Roland Tichy das monatlich erscheinende Printmagazin »Tichys Einblick« und ließ nach eigenen Angaben 65.000 Exemplare von der 100-Seiten starken Erstausgabe drucken. Ein Fünftel der Blog-Beiträge sollten von nun an parallel im 8 Euro teuren Heft veröffentlicht werden. Mit dem Münchner »Finanzenverlag« – in dem auch die Börsenmedien »Euro« und »Börse Online« erscheinen – als Herausgeber hat das Heft eine starke Institution im Hintergrund. Roland Tichy versuchte, seinen Strategiewechsel wie folgt zu erklären: »Andere Verlage verstehen Internet als Vertriebskanal, wir bringen Internet ins Print.« Das Zeitschriften-Branchenportal »Turi 2« verpasste ihm dafür die Bezeichnung »Der Internetausdrucker«. Sein Heft bewirbt Tichy seither folgendermaßen: »Tichys Einblick ist ein Monatsmagazin für die liberal-konservative Elite; eine Zielgruppe, die die Nase voll hat vom bevormundenden Mainstream-Journalismus.« Warum braucht es ausgerechnet dieses Magazin? Tichy: »Fast überall ist man um politische Korrektheit bemüht, weshalb fast alle Kommentare gleichförmig und schablonenhaft klingen.« Er selbst veröffentlichte Anfang 2017 in seinem Blog einen Artikel des Hamburger Bloggers und »Merkel muss weg«-Demo-Redners Jürgen Fritz. Dessen Thesen (»Grün-linke Gutmenschen sind – und ich sage das nicht einfach so dahin – krank. Nicht körperlich, sondern geistig-psychisch.«) lösten im XING-Netzwerk massive Proteste gegen Tichy aus, worauf dieser im Februar 2017 seinen Posten abgab.

Die Themen, die im Heft verhandelt werden, sind auf dem rechten Printmedienmarkt alles andere als originell: Rassistische Hetze gegen Geflüchtete, die Klage über »political correctness« und Internetzensur, das nimmermüde »Merkel muss weg« sowie der Kampf gegen die Feindbilder »Gender«, EU, Cannabis und »Umweltschutz«: »Selbst in den Städten war die Luft nie so rein wie heute, dennoch drehen Umweltaktivisten am Rad, und die Politik lässt sich ins Bockshorn jagen. Wann hört der Irrsinn endlich auf?« Nicht mehr ganz so typisch in der extremen Rechten ist die marktradikale Grundierung des Hefts. In der Mai-Ausgabe 2018 dominiert sie sogar über die rassistischen Ressentiments: »Weil das Volk über die Geldverschwendung an Flüchtlinge murrt, soll der Ärger nun ebenso mit Geld erstickt werden. Dieses Nochmehr-Sozialstaat gefährdet letztendlich die soziale Sicherheit.« »Tichys Einblick« verzichtet dabei sprachlich meist auf die aggressiv-hämischen Ausfälle von »politically incorrect« oder den völkisch-avantgardistischen Ton der »Sezession«. Matthias Matussek grenzte sich hier im Juni 2017 von der radikaleren Konkurrenz im eigenen Lager ab und schrieb über »rechte Spinner und Verschwörungsirre wie Jürgen Elsässer, der über ‹Finanzkapital› schwadroniert, wobei jedem klar ist, dass er das jüdische meint«. Damit dürfte das Magazin bei den Zielgruppen ankommen und diese nicht verschrecken. Eigenen Angaben nach sind es »62 % Männer, 38 % Frauen, überwiegend älter als 40 Jahre, gut gebildet, beruflich in Führungspositionen, entsprechend hohes Haushaltsnettoeinkommen (Durchschnitt über 4.500 €/monatlich). (...) Mittelständische Unternehmer sowie Inhaber und Geschäftsführer größerer Unternehmen sind überproportional in der Zielgruppe vertreten«. Auffällig viel Werbung – eine ganzseitige Annonce kostet zurzeit 8.000 Euro – scheint das zu bestätigen.

Im Februar 2018 holte Tichy den ehemaligen Grünen- und CDU-Politiker Oswald Mezger in die Heftredaktion. Ob der das Blatt nach vorne bringt? Die Auflage von »Tichys Einblick« ist jedenfalls bisher keine Erfolgsgeschichte: Eineinhalb Jahre nach dem Start beträgt die Druckauflage nach eigenen Angaben zurzeit nur noch 35.000 Exemplare, von denen zudem lediglich 11.000 Hefte verkauft werden.



#RechteFeinkost

»Cicero«

Das Bürgertum driftet – und »Cicero« driftet mit. Das Magazin streut unter »Topentscheidern« und in der »diskursoffenen« Mitte rechtes Denken.

von Charles Paresse



»Cicero« kokettiert mit einer liberal-konservativen Linie. Eine Zeitschrift für das Bürgertum. Kein klassisches Politikmagazin und kein Coffe-Table-Mag, irgendwas dazwischen. Hier war immer auch Platz für abweichende Meinungen, mal links, mal rechts. »Cicero hat einen Standpunkt, lässt aber auch davon abweichende Standpunkte zu: Denn das ist Debatte. Nicht immer nur die Bestätigung der eigenen Meinung, sondern die eigene Meinung immer wieder anhand einer klugen anderen zu überprüfen«, schreibt das Blatt.
Doch die Zweifel mehren sich. Der neue Standpunkt wird offenbar klarer. Schon im Sommer 2016 schrieb die »taz« von einem »Rechtsruck« (02.07.2016). Seit dem gestiegenen Zuzug von Geflüchteten 2015 würden sich die Texte »dem rechten Rand« nähern. Rechte Kritik an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sei zum Grundrauschen im Blatt, liberale Stimmen weniger geworden. Die Obsessionen: Merkel, Flüchtlinge, Islam und linke Eliten gegen das Volk.

»AfD-Gedankengut«

Im Frühjahr 2017 schaute »Journalist«, das Magazin des »Deutschen Journalisten-Verbandes«, genauer hin: »Im Cicero, so bekommt man den Eindruck, wird AfD-Gedankengut so elegant verpackt, dass es beim ersten Hinhören gutbürgerlich klingt« (Nr. 4/2017). Doch die April-Ausgabe 2018 ließ nun an Deutlichkeit kaum zu wünschen übrig. Der Bundestagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD) und Vordenker seiner Partei, Marc Jongen, besprach darin ein Buch. Welches, das ist eigentlich egal – auch wenn er natürlich einen politischen Punkt setzen wollte. In seiner Besprechung von »Trump and a Post-Truth World« des esoterischer Philosophen Ken Wilber interpretiere er Trumps Wahl als »List der evolutionären Vernunft« und Antwort auf »einer der Dekadenz verfallenen Entwicklungsstufe der Menschheit«. Aber wichtiger als die Frage, ob Trump-Versteher-Esoterik und die Klage gegen das »Zwangskorsett politischer Korrektheit« nun wirklich jene »kluge« Meinung sei, die »Cicero« hochhält, ist die Funktion des Artikels. Der AfD-Politiker wird als Teil des bürgerlichen Diskurses aufgebaut: Normale Meinung, normaler Diskussionspartner.
Im gleichen Heft wurde zudem die AfD-Bundestagsabgeordnete Joana Cotar auf zehn Seiten porträtiert – große Fotos und der Alltag einer Politikerin. Erkenntnisgewinn? Fast keiner, außer: »Einfache Schmalzstullen gibt es bei der AfD-Veranstaltung in Kaufungen – als Beleg dafür, wie sparsam die Partei ist.« Also alles normal. Gleich dahinter ein freundliches Porträt des Thüringer CDU-Chefs Mike Mohring, der 2014 mit der AfD liebäugelte und gern am rechten Rand schnüffelt, gefolgt von einem verstörenden Text über Ungarns rechten Regierungschef Viktor Orbán. »Erfahren« sei er, eigentlich ein »Liberaler« und habe früh das »Bürgerliche« betont. Die Gründung seiner Partei ein »Bravourstück«. Die Pressefreiheit im Land? »Unangetastet«. Korruption? Bloß eine »Neigung, sich auf verlässliche Freunde zu stützen«. Und die Ablehnung von Geflüchteten? »Er verabscheut Dinge, die nicht funktionieren. Deswegen mochte er den Kommunismus nicht. Deswegen mag er heute die europäische Flüchtlingspolitik nicht.« Orbán habe »dem Land geholfen«, heißt es in »Cicero«.
Und Alexander Grau bringt den LeserInnen des Blattes die Thesen aus Oswald Spenglers Buch »Untergang des Abendlandes« nahe, ein wichtiges Werk für die »Konservative Revolution« der Zwischenkriegszeit und die »Neue Rechte«. Spengler Überlegungen seien »hochaktuell«, »eine Mahnung« und »bemerkenswert«. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wegbereiter des Faschismus ist das nicht, so kommt der Text Werbung gleich. Schließlich klärt noch die Schriftstellerin Monika Maron darüber auf, warum die Distanzierung des Suhrkamp Verlags von seinem Autor Uwe Tellkamp »Verrat« sei, nachdem er im März 2018 auf einem Podium in Dresden PEGIDA-taugliche Thesen vertreten hatte. Wer braucht angesichts dieser Themen und Thesen im »Cicero« noch »Cato« oder die »Junge Freiheit« (JF)?

Dammbruch

67.877 Exemplare verkauft »Cicero« monatlich. Zudem wird sie an gut 3.000 Abgeordnete aus Bundestag und Landtagen sowie an etwa 1.200 »Führungskräfte« aus Wirtschaft und Kultur verschickt. »Cicero« wirbt: »Top-Entscheider« und eine »diskursoffene Zielgruppe« lesen das Blatt, die »Feinkost-Klientel des Printjournalismus«.
»Cicero« ist kein rechtes Projekt. Das Magazin ist nicht mit »Cato« oder der JF vergleichbar. Neben politisch neutralen oder liberalen Texten erscheinen auch differenzierte Betrachtungen. Doch der »Cicero« dürfte für den Rechtsruck mehr leisten, als es explizit rechte Blätter können. Denn es holt rechte Debatten als gleichberechtigte Positionen ins Heft – unauffällig sickern sie so in die Gesellschaft ein, gelten als normal. Für eine Analyse des Bürgertums auf dem Weg nach rechts bietet sich die Wandlung des Blattes an. In einer Rückbetrachtung, wie der Dammbruch geschehen konnte, wird »Cicero« eine Rolle spielen.

Zielgruppe »Volk« – Das »Compact-Magazin«

von Kilian Behrens

Meist sind es Titelseiten mit düsteren Horrorszenarien, die mit Hilfe wenig origineller Fotomontagen die neueste Ausgabe von »Compact« ankündigen. Mal zeigen sie den damaligen Justizminister Heiko Maas in Nazi-Uniform und fragen »Wollt ihr den totalen Maas?«, mal fordern sie die Verhaftung Angela Merkels. Geflüchtete werden als »Invasion aus Afrika« bezeichnet oder ein »Kalifat BRD« wird beschworen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen vermitteln sie den Eindruck einer ständigen Bedrohung, wahlweise auch Verschwörung, die hier exklusiv aufgedeckt werde.
Anders als viele kleinere extrem rechte Postillen, die nur über ein Abonnement zu beziehen sind, findet sich »Compact« in vielen Zeitungsläden und Supermärkten. Meist liegt das 68-seitige Monatsheft in direkter Nähe zu etablierten Politmagazinen wie »Der Spiegel« oder »Stern«. Laut Eigenangaben beträgt die Auflage bis zu 80.000 Stück, überprüfen lässt sich das nicht.

Eigener Kosmos

Das seit Dezember 2010 erscheinende Magazin ist das Kernangebot der gleichnamigen GmbH mit Sitz im Brandenburgischen Werder (Havel). Als deren Geschäftsführer fungiert Kai Homilius. Nachdem er in seinem Verlag bereits eine gleichnamige Buchreihe veröffentlicht hatte, gründete er das Magazin gemeinsam mit dem heutigen Chefredakteur Jürgen Elsässer. Letzterer hatte jahrelang in linken Medien publiziert, bevor er zunehmend nationalistische und verschwörungsideologische Töne anschlug. Dritter im Bunde war Andreas Abu Bakr Rieger, Gründer und aktuell Herausgeber der »Islamischen Zeitung«, der »Compact« nach internen Streitigkeiten bald wieder verließ.
Von Anfang an betreibt das Magazin eine aggressive Medienstrategie. Das geneigte Publikum kann den lieben langen Tag im »Compact«-Kosmos verbringen, ohne eine abweichende Meinung wahrnehmen zu müssen. Das Printangebot wird ergänzt durch die Sonderreihen »Compact-Spezial«, »Compact-Edition« und »Compact-Geschichte«, welche sich in der Regel in größerem Umfang als das Magazin mit bestimmten Einzelthemen befassen. Das neueste Format heißt »Compact-Pirinçci« und versammelt ausschließlich Texte des wegen Volksverhetzung verurteilten Autoren Akif Pirinçci.
Hinzu kommt ein breites Online-Angebot: Artikel auf der eigenen Website bilden tagesaktuelle Themen ab und bieten so die Möglichkeit, außerhalb des Monatsrhythmus auf Ereignisse zu reagieren. Zum Beispiel werden online Protesttermine beworben, die für das Zielpublikum relevant sind. Die Berichte rund um den vom Mitglied der »Alternative für Deutschland« (AfD) Leyla Bilge organisierten »Frauenmarsch« im Februar in Berlin zeigen eindrücklich, wie sehr man sich als Sprachrohr solcher Aktionen versteht. »Compact« postet alles, vom Aufruftext über einen Livestream bis hin zum Statement Bilges im Nachgang der Veranstaltung. Verbreitet werden die Inhalte immer auch über die verschiedenen Social-Media-Kanäle der Redaktion. Nur wenige Tage nach der Demonstration zeigt »Compact-TV« eine Einschätzung. Die seit Ende 2014 produzierten halbstündigen Clips im Stil einer Nachrichtensendung erscheinen seit Januar diesen Jahres wöchentlich und schaffen es derzeit auf 30.000 bis 66.000 Klicks.
Neben Print- und Online-Medien setzen die MacherInnen auf eigene Events. Seit 2012 versammelt die »Konferenz für Souveränität« jedes Jahr mehrere hundert TeilnehmerInnen und RednerInnen der extremem Rechten aus dem In- und Ausland. Organisiert wird sie in Zusammenarbeit mit dem als kremlnah geltenden »Institut de la Démocratie et de la Coopération« aus Paris. Unter dem Titel »Compact-Live« werden Saalveranstaltungen an wechselnden Orten durchgeführt. Wem das immer noch nicht reicht, der fährt mit auf Lesereise in die Sächsische Schweiz. All diese Angebote sollen LeserInnen an das Produkt »Compact« binden, ein »Wir-Gefühl« erzeugen und das Bild eines professionellen, leistungsfähigen Medienhauses vermitteln. Konferenzen und Vorträge ergänzen das Erlebnis und fördern zudem die Vernetzung, und das recht erfolgreich.
Innerhalb der extremen Rechten hat das Blatt seit seiner Gründung deutlich an Einfluss gewonnen. Die vergleichsweise hohe Auflage versuchen auch andere Medien zu nutzen, um ihr Klientel anzusprechen. Extrem rechte Verlage und Organisationen wie die »Preußische Allgemeine Zeitung«, der »KOPP-Verlag«, die Vernetzungs- und Finanzierungsplattform »Ein Prozent e. V.«, der »Verlag Antaios« sowie die AfD schalten im Heft Werbeanzeigen.

Rechte Vielschreiber

Den Großteil der Texte verfassen Chefredakteur Jürgen Elsässer, Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens sowie Marc Dassen, Tino Perlick und Daniell Pföhringer. Sie bilden den Kern der Redaktion. Der Wiener Vorzeige-»Identitäre« Martin Sellner veröffentlicht seit einiger Zeit eine eigene Kolumne. Länger dabei ist Manfred Kleine-Hartlage, der die Kolumne »Hartlages BRD Sprech« verantwortet. Auch der Gründer des neu-rechten »Verlag Antaios« und Chefredakteur der »Sezession«, Götz Kubitschek, publizierte bereits im Magazin. Über Interviews versucht die Redaktion zudem bekannte Namen außerhalb des eigenen Dunstkreises zu gewinnen. In den vergangenen Jahren waren es aber vor allem VertreterInnen des offen völkischen Flügels der AfD und der sogenannten »Neuen Rechten«, die in »Compact« Gehör fanden. Diesen bietet man vor allem Reichweite für die Verbreitung ihrer Positionen. Während sich kleinere Blätter an einen eingeschworenen Kreis von Aktiven richten, hat Elsässer »das Volk« zu seiner Zielgruppe auserkoren.

Hasskommentare auf Papier

Diesem scheint er jedoch intellektuell nicht zu viel zumuten zu wollen. Politische Themen werden, stets dem eigenen »Merkel muss weg«-Mantra folgend, jeder Komplexität beraubt. Sprachlich erinnert Vieles im Magazin an das, was man bereits von Hasskommentaren aus sozialen Netzwerken kennt: Opferrolle vorwärts, kübelweise Empörung, lautstark begleitet vom unvermeidlichen »Die da oben« gegen »Wir hier unten«.
Dabei deckt »Compact« einen Großteil der extrem rechten Themenpalette ab. Lediglich offene NS-Verherrlichung wird man nicht finden. Grundlegend für den Stil der Zeitschrift ist eine verschwörungsideologische Weltsicht. Egal ob Migration, Bankenkrise oder Familienpolitik, glaubt man dem Magazin, sind überall finstere Mächte am Werk, die man mit Vorliebe in den USA ausmacht. Schon der Untertitel »Magazin für Souveränität« verweist in bester Reichsbürgermanier darauf, dass Deutschland kein souveräner Staat, sondern fremdbestimmt sei.



Akif Pirinçci gibt Autogramme am Stand von »Compact«

Bei entsprechenden Deutungen sind antisemitische Ressentiments meist nicht weit. Diese funktionieren in ihrer perfiden Logik auch ohne die Nennung von Jüdinnen und Juden. In »Compact« finden sie sich in Form personifizierter Schuldzuweisungen für komplexe kapitalistische Verhältnisse, des mal mehr, mal weniger ausgesprochenen Phantasmas einer im verborgenen agierenden »Weltregierung« und natürlich in einem Bild von Israel als Schurkenstaat.
Ebenfalls herbeigeschrieben wird eine »Homo-« beziehungsweise »Genderlobby«, die mittels gendersensibler Lehrpläne und Aufklärungsbroschüren stets eifrig an der »Umerziehung« arbeite. Auf staatliche Gleichstellungspolitiken wie Gendermainstreaming – ganz zu schweigen vom Feindbild Feminismus – wird wenig überraschend mit aggressiv formulierter Ablehnung reagiert. Grundlegende Debatten über sexualisierte Gewalt und die dazugehörigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, zuletzt im Zuge von »#metoo«, werden im Magazin, für das fast ausschließlich Männer schreiben, als überzogen dargestellt. Gleichzeitig bezieht sich »Compact« positiv auf die »120 Dezibel«-Kampagne »identitärer« Frauen, die sich jedoch ausschließlich gegen sexualisierte Gewalt durch Geflüchtete richtet und somit in keiner Weise politische Glaubwürdigkeit zu vermitteln vermag. Entsprechende Texte männlicher Autoren kommen oft nicht ohne Verweis auf das Aussehen der rechten Protagonistinnen aus. Die Phantasien eines Marc Dassen in der diesjährigen April-Ausgabe über das Aufkommen einer »politischen Erotik von Morgen« und dem »Aufstand der Schönheit« bestätigen das Bild. Frauen werden unterstützt, solange sie als »schön« gelten und den eigenen Rassismus gegenüber Geflüchteten und MigrantInnen als heroische Verteidigungsstat eines starken männlichen Beschützers erscheinen lassen.
Von Anfang an sind Migration und »der Islam« Dauerthemen. Schon die Erstausgabe fragte mit Bezug auf den mit islamfeindlichen Aussagen bundesweit bekannt gewordenen SPD-Politiker Thilo Sarrazin: »Der nächste Bundeskanzler?«

Ein weiteres wiederkehrendes Thema sind Geheimdienste. Die ungeklärten Fragen im NSU-Komplex dienen einer Erzählung, nach der die Verantwortung für die Taten ausschließlich bei jenen Behörden liege. Neonazis hingegen entbindet man von jeder Schuld und entpolitisiert so ihr Handeln. Beate Zschäpe erscheint in diesem Szenario als bemitleidenswertes Opfer, weshalb kürzlich erklärt wurde: »Warum Beate Zschäpe freigelassen werden muss.« Behördlicher Rassismus, der die Taten des NSU jahrelang begünstigte, wird hingegen geleugnet.

Bewegungsmedium

Parteipolitisch präferiert die Redaktion ganz offen die AfD, deren Einzug in den Bundestag in der Oktober-Ausgabe des vergangenen Jahres als »Blaues Wunder« gefeiert wurde. Das »Compact«-Magazin versteht sich jedoch vor allem als Bewegungsmedium. Dabei gibt man sich nicht mit einer beobachtenden Rolle zufrieden, sondern versteht es selbst in vorderster Reihe mitzumischen, immer den angestrebten Regimewechsel vor Augen. So nahm Chefredakteur Elsässer in den letzten Jahren alles mit, was er an Bewegung finden konnte: Bei den »Montagsmahnwachen für den Frieden« trat er anfangs als Redner auf, später suchte er die Nähe zu den »Hooligans gegen Salafisten«. VertreterInnen von PEGIDA und den »Identitären« durften von Beginn an bei den »Souveränitätskonferenzen« sprechen oder im Heft schreiben. Die AfD will Elsässer der Bewegung gegenüber in die Pflicht nehmen. Zählen kann er dabei zum Beispiel auf Björn Höcke, der – prominent im Heft nach der Bundestagswahl platziert – der AfD die Rolle einer »fundamentaloppositionellen Bewegungspartei« zuspricht.
Die neue soziale Bewegung von Rechts hat mit »Compact« ein publizistisches Sprachrohr gefunden. Der offen völkische Flügel der AfD wird hier nach Kräften unterstützt, so lange es opportun erscheint. Im Zusammenspiel von Partei und Bewegung kommt dem Magazin derzeit eine Schlüsselrolle zu.





#Militarismus

Ungebrochener Mythos und ungebrochene Attraktivität

Militär, Militarismus und Wehrtechnik üben seit jeher eine starke Anziehungskraft auf die extreme Rechte aus. Die strengen Hierarchien, das Uniforme, Befehl und Gehorsam sind eine dankbare Projektionsfläche faschistischer und nazistischer Ideologie. Heldengeschichten steuern das Pathos dazu bei.

von Jan Raabe

Extrem rechte Publikationen im Spektrum des Militarismus wurden und werden stark unterschätzt. Dieser Themenbereich ist nach wie vor zentral und Bezüge sind für die eigene Positionsbestimmung wichtig. Es waren die Organisationen der ehemaligen SS-Angehörigen und der Soldaten der Wehrmacht, die nicht zuletzt über ihre Publikationen die Mythen eines rein soldatischen und unpolitischen Kampfes propagierten. Sie versuchten ein Geschichtsbild zu etablieren, welches voll von Heldenmythen und Opfergeschichten ist und die nationalsozialistischen Verbrechen ausklammert. Obwohl sich auch in den Publikationen dieses Spektrums vereinzelt Artikel zu aktuellen Entwicklungen, zum Beispiel zu Migration finden, hat sich die Selbstdarstellung kaum geändert: »Wir sind und waren unpolitisch, hier geht es nur um Militär.« Es ist genau diese Botschaft, die einzelnen Publikationen eine Reichweite über die extreme Rechte hinaus ermöglicht.

Nachkriegszeit

Historisch handelte es sich bei den meisten Publikationen aus diesem Bereich um Verbands- oder Vereinszeitschriften, die sich in erster Linie an die eigenen Mitglieder richteten. Wichtige Blätter aus diesem Spektrum waren beziehungsweise sind »Der Freiwillige« als Traditionsblatt der SS und »Alte Kameraden« als Blatt vor allem ehemaliger Wehrmachtsangehöriger. Von 1956 an gab die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e. V.« (HIAG) den monatlich erscheinenden »Der Freiwillige« heraus. Auch nach der Auflösung der HIAG auf Bundesebene 1992 erschien »Der Freiwillige« weiterhin bis 2014. Die 1951 gegründete HIAG hatte die Rehabilitierung der Soldaten der Waffen-SS – auch auf juristischer Ebene – zum Ziel. In dem Blatt versuchten die ehemaligen SS-Angehörigen sich mit Werken wie »Soldaten wie andere auch« reinzuwaschen. Neben einer ideologischen und propagandistischen Funktion hatten diese Blätter auch eine soziale Funktion, da sie Netzknotenpunkte waren. Vor allem in der frühen Nachkriegszeit ging es darum, Arbeit für die »Kameraden« zu finden und Netzwerke für die berufliche Karriere herzustellen, später stand vor allem das Umschreiben der Täter- in eine Opfergeschichte im Mittelpunkt. Darüber hinaus ging es darum, die gemeinsamen Erlebnisse und Taten wieder aufleben zu lassen. 2014 ging »Der Freiwillige« in der »DMZ (Deutsche Militärzeitschrift) Zeitgeschichte« auf.

Das seit 1953 monatlich erscheinende Magazin »Alte Kameraden«, das von der »Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände« herausgegeben wurde, stellte so etwas wie ein Blatt für alle (west-)deutschen Truppenteile dar, vor allem für die ehemaligen Verbände der Wehrmacht. Ende 1996 wurde das Blatt in »Kameraden« umbenannt. Inhaltlich ging mit der Umbenennung eine Erweiterung der Zielgruppe einher auf die Soldaten der Bundeswehr, teils auch der »Nationalen Volksarmee« der ehemaligen DDR. Dabei änderte sich an der positiven Rezeption der militärischen Seiten des Nationalsozialismus kaum etwas.

Auch für die im Zweiten Weltkrieg mit dem »Ritterkreuz« bedachten Soldaten gibt es einen eigenen Zusammenschluss: die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« (OdR). Mit dem eigenen Mitteilungsblatt »Das Ritterkreuz« versucht die OdR den Mythos am Leben zu erhalten, dass es sich beim »Ritterkreuz« nicht um ein NS-Propaganda-Instrument, sondern um eine rein militärische Auszeichnung handelt. Ihr Aussterben versucht die Ordensgemeinschaft, welche früher nur aus Trägern des Ordens und deren Angehörigen bestand, heute durch die Aufnahme von »Bekenntnis-Ritterkreuzträgern« zu verhindern.

Weiterhin existieren bis heute einige Rundbriefe von Truppenkameradschaften, die traditionell eine Verbindung zur extremen Rechten haben. So beispielsweise »Die Gebirgstruppe«, das Blatt des »Kameradenkreis der Gebirgstruppe e. V.« und »Die Oase – Das Mitteilungsblatt des Verbands deutsches Afrika-Korps e. V.«. »Die Oase« vermittelt nationalistische Heldenmythen mit Bezug auf Erwin Rommel, der als Generalfeldmarschall den Afrikafeldzug befehligte. Wegen seiner



vermeintlichen Einbindung in die deutsch-nationale Widerstandsgruppe des 20. Juli wurde er zum Selbstmord gezwungen, was heute den Bezug auf ihn erleichtert.

Massenware für junge und nicht mehr junge Männer

War die Bedeutung der militaristischen Literatur der extremen Rechten in der frühen Nachkriegszeit vor allem die als Sprachrohr der organisierten Pressuregroups ehemaliger deutscher Soldaten des Zweiten Weltkrieges, so liegt sie heute in der Vermittlung eines positiven NS-Bildes an breitere Kreise der vor allem männlichen Bevölkerung. Publikationen wie die »Deutsche Militär Zeitschrift« (DMZ), »Weltkrieg«, »Schwertträger« oder »Deutsche Militärzeitschrift Spezial« werden an sehr vielen Zeitungskiosken zum Kauf angeboten. In diesen Publikationen und in einer – was die Intensität der ideologischen Äußerungen betrifft – gemäßigteren Form auch in »Clausewitz« und »Militär & Geschichte« werden die Verbrechen des Nationalsozialismus entweder ausgeblendet oder als Verfehlungen Einzelner bagatellisiert. Die Mischung mit Artikeln zu Militärtechnik, aktuellen Elitetruppen verschiedenster Länder und Berichten über Schlachten von der Römerzeit bis heute verwischen den extrem rechten Charakter dieser Publikationen. Dabei werden viele dieser Hefte von eindeutig der extremen Rechten zuzuordnenden Personen oder Verlagen verantwortet.

Muniers Imperium

Dietmar Munier ist seit Anfang der 1970er Jahre als Verleger in der extremen Rechten tätig. Er ist Geschäftsführer der »Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH«, zu der «Lesen & Schenken«, der »Arndt-Verlag«, »Orion-Heimreiter«, »Bonus«, »Pour le Mérite« und seit 2009 mit »Zuerst!« ein Kioskmagazin gehören. 1995 veröffentlichte der zur extremen Rechten gehörende Harald Thomas aus Wesseling die erste Ausgabe der »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ). Allerdings entwickelte sich das Blatt scheinbar nicht wie gewünscht. Schon mit der achten Ausgabe übernahm 1997 die »Medien-Marketing-Team GmbH« aus Bad Soden die Herausgabe des Hochglanzmagazins, ging damit jedoch pleite. Mit der Ausgabe Nummer 39 wechselte die DMZ 2003 zu Josef Gruber und seinem »Verlag deutsche Militärzeitschrift« und erscheint seitdem nicht mehr alle drei, sondern jeden zweiten Monat. Seit 2014 gehört der Verlag zum Publikationsimperium von Dietmar Munier. Seit 2012 gibt es mit »DMZ Zeitgeschichte« ergänzend ein Magazin, das sich auf die Rezeption der SS spezialisiert hat. Folgerichtig ging daher 2014 »Der Freiwillige« in »DMZ Zeitgeschichte« auf. Auch hier ist interessant, was nicht geschrieben wird: Berichte über Verbrechen der SS oder deren essentielle Rolle bei der Organisierung und Durchführung des Holocaust sind im Magazin nicht zu finden. Seit 2017 hat Munier mit dem »Schwertträger« ein Magazin im Angebot, das sich speziell der Rezeption der Träger des »Ritterkreuzes« widmet.

»Der Landser« im »Weltkrieg«

2013 wurde die seit 1957 erscheinende und zuletzt von der »Bauer Media Group« herausgegebene Zeitschrift »Der Landser« eingestellt. Die Auflage in den Anfangsjahren betrug 500.000 Exemplare. »Der Landser« orientierte sich im Layout und Inhalt an der NS-konformen Jugendliteratur. In den 2000er Jahren hatte die Zeitschrift immerhin noch eine Auflage von 20.000 bis 40.000 Exemplaren.

Nachdem das Simon-Wiesenthal-Center den »Landser« und seine geschichtsrevisionistischen Texte thematisiert hatte, stellte die »Bauer Media Group« das Heft ein. Vom Markt ist es jedoch nicht verschwunden. Kurz nach der Einstellung von »Der Landser« erschien «Weltkrieg«, teilweise mit nachgedruckten Texten seines Vorgängers. Auch die Hefte dieser Reihe gibt es, wie die alten Hefte, in unterschiedlichen Reihen. Aktuell sind es die Spezifikationen: Magazin, Soldaten, Marine, Flieger, Freikorps, Doppelband und Großband. Die »Weltkrieg«-Reihen erscheinen laut Impressum im »Verlag Mediavari« mit Sitz in Sarnen/Schweiz. Dort gibt es keinen Verlag derartigen Namens. Recherchen des NDR-Medienmagazins »ZAPP« haben ergeben, dass sich allem Anschein nach der Verlag »Lesen & Schenken« von Munier hinter einer verwinkelten Strohmänner-Camouflage versteckt.

Während die Magazine aus dem Hause Munier an den Kiosken der Republik präsent sind, wird das Magazin »Ein Fähnlein – zur Erhaltung von Tugend und Tradition« nur im Abo oder über spezielle Versandhandel angeboten, so beim »Pommerschen Buchdienst« des NPD-Kaders Enrico Hamisch, dem »Nation und Wissen Versand« der NPD oder den Labeln »PC-Records« und »Opos Records«. Hier geht es nicht um den Massenvertrieb, hier handelt es sich um ein Blatt, das dem aktuellen Neonazismus die Chance bietet, an jene anzuknüpfen, die im NS zur soldatischen Elite stilisiert wurden oder – was aktuell besser trifft – die überhaupt noch aus der TäterInnengeneration dieser Zeit am Leben sind.

Die erste Ausgabe des Magazins »Ein Fähnlein«, das von Henrik Ostendorf aus Bremen, selbst ehemaliger NPD-Kader, herausgegeben wird, erschien 2012. Welche im Untertitel angesprochene »Tugend und Tradition« gemeint ist, wird beim Durchblättern schnell klar. In einem in »Ein Fähnlein« publizierten Gedicht wurde beispielsweise unter Verwendung des verbotenen Wahlspruchs der SS, »Meine Ehre heißt Treue«, das mörderische Agieren der Nazis legitimiert: »Was wäre denn heute, wenn sie nicht gewesen? Die Antwort kann nur sagen, der selbst dabei gewesen. Es wäre gekommen, wie es keiner gewollt, die Masse aus dem Osten hätte Europa überrollt. Darum gaben sie alles und ganz ohne Reue, sie kannten nur eins: ‹Meine Ehre heißt Treue›.« In dem vierfarbigen Magazin finden sich vor allem Berichte von »Veteranentreffen«, Erlebnisberichte aus dem 2. Weltkrieg – selbstverständlich nur von Truppenteilen, die auf Seiten der Deutschen kämpften –, aber auch Berichte von Aktionen, die an die Tradition von Wehrmacht und SS anknüpfen. Jüngst erschien die 13. Ausgabe des Magazins, in sechs Jahren nicht mal zwei pro Jahr. Aber Breitenwirkung spielt hier keine Rolle, um das Magazin versammeln sich älter gewordene Kameraden des neonazistischen Spektrums, welche die »Tradition« erhalten wollen. Gemeint ist damit die Tradition des Nationalsozialismus.

Am Resonanzraum vorbei

Das Magazin »Zuerst!« will Sprachrohr der »Alternative für Deutschland« sein, doch vom Massenblatt ist es weit entfernt.

von Frank Metzger



»Wer regiert Deutschland wirklich?« titelte die Erstausgabe von »Zuerst! – Deutsches Nachrichtenmagazin« im Januar 2010 und nahm mit dem Nachsatz die eigene verschwörungsideologische Antwort vorweg: »Banker und Politiker, Spekulanten und Strippenzieher«. Im Vorwort betonte der damalige Chefredakteur und ehemalige »Die Welt«-Journalist Günther Deschner, mit dem Bekenntnis von »Verlag und Redaktion ‹Zuerst!› zu den eigenen deutschen Interessen« wolle man sich als rechtes Nachrichtenmagazin gegen »Der Spiegel« und Co. positionieren. Das Blatt erscheint seitdem monatlich als Hochglanzmagazin mit 84 Seiten und wird im freien Verkauf über den Pressegroßhandel sowie im Abo vertrieben. Unregelmäßig erscheinen Sonderhefte. »Zuerst!« schickte sich an, den durch den gesellschaftlichen Rechtsruck größer werdenden Resonanzraum zu bespielen. Von der Erstausgabe sollen 86.000 Exemplare produziert worden sein. Die derzeitige Auflagenhöhe dürfte aber deutlich darunter liegen.

Ideologisches Komplettpaket

Die Agenda zieht sich konsequent durch alle Ressorts und bedient mit teils derbem Ton und plakativer Bildsprache sämtliche extrem rechten Ideologiedimensionen: In rassistischem Duktus warnt das Magazin vor angeblichem »Asylmißbrauch« und »Ausländerkriminalität« sowie vor »Islamisierung« und der »Operation Umvolkung«, wettert heterosexistisch und antifeministisch gegen vermeintlichen »Genderismus«, »Früh-Sexualisierung« und »Homo-Lobby« und beklagt mit antisemitischer Verschwörungsideologie den Einfluss einer konstruierten »Israel-Lobby«. Zentral sind auch revisionistische und revanchistische Darstellungen des Nationalsozialismus und die Relativierung des Neonazismus. Der verurteilte NS-Kriegsverbrecher und bis zu seinem Tode unverbesserliche Nazi, Erich Priebke, wird zu einem »unschuldig in Haft« sitzenden Opfer. Der NSU-Komplex gilt als inszeniertes Komplott der Geheimdienste. Begleitet wird die Berichterstattung mit unvermeidlichen Schlagworten wie »Parteienkartell« und »Lügenpresse«.

Herausgeber der »Zuerst!« ist Dietmar Munier mit seiner Verlagsgruppe »Lesen & Schenken« im schleswig-holsteinischen Martensrade. Munier ist sehr umtriebig und publiziert außerdem die »Deutsche Militärzeitschrift« (DMZ), betreibt mehrere Verlage – darunter der »ARNDT Verlag« – sowie einen Buchversand. In der »Zuerst!« wird stets für diese geworben. Munier hatte das im Januar 1951 gegründete und im November 2009 eingestellte extrem rechte Traditionsblatt »Nation&Europa« (N&E) aufgekauft und den AbonnentInnen-Stamm der »Zuerst!« genutzt. Chefredakteur ist seit März 2011 Manuel Ochsenreiter, der zuvor Autor der »Jungen Freiheit« (JF) und von 2004 bis 2011 Chefredakteur der DMZ war.

Extrem rechtes Sammelbecken

»Zuerst!« ist ähnlich wie die N&E als spektrenübergreifendes Organ der extremen Rechten ausgerichtet – für manche als Sprachrohr, für andere als identitätsstiftende Informationsquelle. Berührungsängste gibt es keine. Burschenschafter und Identitäre kommen genauso zu Wort wie PolitikerInnen deutscher und internationaler Rechtsaußenparteien bis hin zu Neonazis von NPD und »Autonomen Nationalisten«. War die N&E immer auch Vernetzungs- und Debattenmedium, in dem das heterogene Who is Who der extremen Rechten publizierte, sind die meisten der fast ausschließlich männlichen »Zuerst!«-AutorInnen eher unbekannt. Zu den wenigen Ausnahmen gehört der N&E-Mitherausgeber Harald Neubauer, der bis Ende 2014 eine regelmäßige Kolumne hatte. Er war ehemals REP- und NPD-Mitglied sowie Mitbegründer der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH). Ebenfalls regelmäßiger Kommentator ist der islamfeindliche Autor Manfred Kleine-Hartlage. Auffallend ist die umfangreiche internationale Berichterstattung von Ochsenreiter. Er trifft sich für Interviews und Reportagen unter anderem mit dem extrem rechten Theoretiker Alexander Dugin in Russland und PolitikerInnen von Rechtsaußenparteien in Österreich, Frankreich, Belgien, England oder Ungarn.

Euphorie für die AfD

Die Hoffnung auf eine erfolgreiche Rechtsaußenpartei in Deutschland bestimmte von Beginn an die Berichterstattung. Hofierte die »Zuerst!« anfangs die NPD, dient sie sich nun als Sprachrohr der »Alternative für Deutschland« (AfD) an. Mit deren Wahlerfolgen und der fortschreitenden Radikalisierung wuchs die Begeisterung. In den zentralen Artikeln sind AfD-Positionen stets Bestandteil und in fast jeder Ausgabe finden sich Interviews mit ParteivertreterInnen.

Dennoch ist die von außen wahrnehmbare Rezeption und Relevanz in der extremen Rechten deutlich geringer als von »Compact« oder JF. Website und Facebookauftritt erreichen im Vergleich nur einen Bruchteil an LeserInnen. Auch Internet-TV, regelmäßige LeserInnentreffen und Konferenzen fehlen. Das angestrebte Massenblatt ist »Zuerst!« trotz der intensiven internationalen Vernetzung und Nähe zur AfD bei Weitem nicht. Sie konnte weniger vom Rechtsruck profitieren und fristet ihr Dasein als braunes Nischenblatt.

Toter Neonazi I

Colorado / USA. Der US-amerikanische Neonazi Gary Lee Yarbrouth ist in der Nacht vom 1. auf den 2. April 2018 im Alter von 62 Jahren verstorben. Er war zunächst der persönliche Bodyguard von »Aryan Nations«-Gründer Richard Butler. In den 1980er Jahren gehörte Yarbrouth zur Führungsriege der militanten extrem rechten Gruppierung »The Order«, auch »Silent Brotherhood« genannt. Die etwa 30-köpfige Gruppe verübte nach dem Vorbild des »führerlosen Widerstands« zwischen 1983 und 1985 zahlreiche Überfälle auf Polizeistationen, Militärdepots sowie auf Banken und Geldtransporter, um sich zu finanzieren. 1984 ermordeten sie den jüdischen Radiomoderator Alan Berg. 1985 wurde »The Order«-Gründer Robert Mathews in einem 36-stündigen Feuergefecht mit dem FBI erschossen, mehrere Mitglieder wurden festgenommen, darunter Yarbrouth. Er war vor 30 Jahren wegen mehrfachen versuchten Mordes, illegalen Waffenbesitzes und Raubüberfällen zu 60 Jahren Haft verurteilt worden, 2024 sollte er vorzeitig entlassen werden. Neonazis aus Europa hatten sich immer wieder positiv auf die Gruppe bezogen und sich für die Entlassung der inhaftierten Mitglieder eingesetzt. Auch deutsche Neonazis kondolierten via Facebook.

Toter Neonazi II

Sopron / Ungarn. Am 7. April 2018 ist der österreichische Neonazi Gerd Honsik in seiner Wahlheimat Ungarn im Alter von 76 Jahren gestorben. Honsik kam aus einer nationalsozialistischen Wiener Familie und war ein enger Vertrauter von Otto Ernst Remer. In den 1960er Jahren war er an Anschlägen, unter anderem auf die italienische Botschaft beteiligt, wofür er eine Haftstrafe bekam. Ab 1967 agierte er als führendes Mitglied der inzwischen verbotenen NDP (»Nationaldemokratische Partei«). Er war in mehreren extrem rechten Redaktionen tätig, zwischen 1986 und 1989 gab er die Zeitschrift »Halt«, 1988 das Buch »Freispruch für Hitler« heraus, worin er die Existenz der Gaskammern von Auschwitz und die Shoah leugnet. Im Mai 1992 wurde er deswegen zu einer eineinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Um sich seiner Verhaftung zu entziehen, floh er nach Spanien und hielt in dieser Zeit Kontakte zur europäischen Neonazi- und Holocaust-LeugnerInnen-Szene. 2003 gründete er den 2008 verbotenen »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV) mit. Erst 2007 wurde er nach Österreich ausgeliefert und zu mehreren Haftstrafen verurteilt, jedoch 2011 auf Bewährung entlassen. Im Internet kondolierten auch zahlreiche aktive FPÖ-PolitikerInnen.

Ungarn nach der Wahl

Budapest / Ungarn. Bei den Parlamentswahlen in Ungarn am 8. April 2018 hat die »Fidesz«-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán 49,6 Prozent der Stimmen und 133 der 199 Sitze im Parlament erlangt. Die extrem rechte »Jobbik«-Partei kam auf 19,4 Prozent und bekommt 26 Sitze. Die sozialistische Partei MSZP erhielt 20 Mandate, die grüne LMP neun und die links-liberale DK acht Mandate. Orbán kann nun in seiner vierten Amtszeit mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit regieren. Unter anderem gratulierten ihm Geert Wilders und Marine Le Pen zu seinem Wahlerfolg. Am 14. April protestierten in Budapest etwa 100.000 Menschen unter dem Motto »Wir sind die Mehrheit« gegen die Wiederwahl von Orbán und verlangten unter anderem eine Neuauszählung der Stimmen. Eine Woche später fand erneut eine Demonstration zehntausender Menschen statt, die Orbáns Medienpolitik und ein neues NGO-Gesetz kritisierten.

»Migrantenschreck«-Betreiber verhaftet

Budapest / Ungarn. Am 28. März 2018 ist der Betreiber des Waffen-Onlineshops »Migrantenschreck«, Mario Rönsch, in Ungarn verhaftet worden. Seit mehr als einem Jahr ermittelte die Berliner Staatsanwaltschaft wegen illegalen Waffenbesitzes in 193 Fällen und hatte einen europäischen Haftbefehl ausgestellt. Der Online-Shop richtete sich vor allem an Kunden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz und warb mit rassistischen Sprüchen gegen Geflüchtete für diverse Schuss- und Schreckschusswaffen. Gegen Rönsch war in der Vergangenheit bereits mehrfach ermittelt worden, unter anderem wegen Volksverhetzung, da er Werbevideos zeigte, in denen auf Politiker geschossen wird.

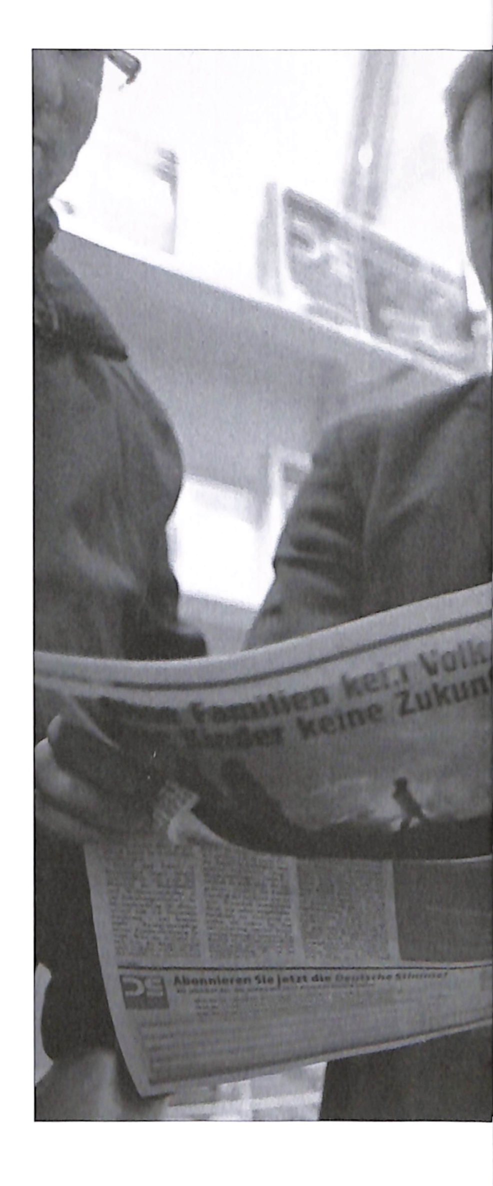
»Identitäre« in Bewegung

London / Großbritannien. Am 14. und 15. April 2018 hatten AktivistInnen der »Identitären Bewegung« (IB) mit dem britischen Ableger »Generation Identity« (GI) eine europäische Vernetzungs-Konferenz mit Kundgebung in London geplant. Nachdem ihnen die Räumlichkeiten in London gekündigt worden waren, wichen sie in die nahegelegene Stadt Kent aus. Ihr Treffpunkt wurde auf Twitter veröffentlicht, woraufhin AntifaschistInnen anreisten und das Treffen vorzeitig beendeten. Am Sonntag sollten VertreterInnen der Kampagne »120dB« im Hyde-Park sprechen. AntifaschistInnen organisierten eine Demonstration, die Polizei musste die »Identitären« zu ihrem Treffpunkt, einem Pub, eskortieren. Als der Wirt erfuhr, wer seine Gäste sind, setzte er sie vor die Tür und spendete das bis dahin eingenommene Geld an die Flüchtlingshilfe. Bereits im Vorfeld war den IB-Aktivisten Martin Sellner und Abel Bódi (Ungarn) die Einreise verwehrt worden.

#Neonazipropaganda

Parteibezogene Blättchen

von Frank Metzger



Die »National-Zeitung« (NZ) ist die älteste und war lange Zeit die auflagenstärkste extrem rechte Zeitung in Deutschland. Sie erscheint wöchentlich auf derzeit 16 Seiten. 1951 gründeten ehemalige teils ranghohe Nationalsozialisten die »Deutsche Soldaten-Zeitung«. Nach finanziellen Problemen übernahm Ende der 1950er Jahre Gerhard Frey die Geschäfte. In den 1960er Jahren erfolgte die Umbenennung in »Deutsche Soldaten- und National-Zeitung« und in Folge in »Deutsche National-Zeitung«, bis sie 1999 mit der »Deutschen Wochenzeitung« zur »National-Zeitung – Deutsche Wochenzeitung« verschmolz. Bis zu seinem Tod 2013 war Frey patriarchaler Chefredakteur und Verleger und publizierte die NZ aus München über seine »DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH«. Die NZ diente Frey als Einnahmequelle und Werbemittel für seinen Buchdienst. Sie galt zudem als Organ der 1971 zunächst als Verein und 1987 als Partei gegründeten »Deutschen Volksunion« (DVU), die Frey als alleiniger Vorsitzender bis 2009 ebenso autoritär führte. Bis heute wird der tote Gerhard Frey als Herausgeber der NZ genannt, Verlagsgeschäftsführerin ist seine Frau Regine Frey und redaktionell Verantwortlicher ist Sven Eggers.

In den 1970er Jahren soll die Auflage der NZ laut Eigenauskunft über 100.000 Stück betragen haben. Trotz offensiver Werbe- und Abo-Aktionen ist die Auflage seitdem sukzessive zurückgegangen, spätestens mit der Auflösung der DVU im Zuge der Fusion mit der NPD 2011 verschwand die NZ in der Bedeutungslosigkeit. Sie fristet ein Nischendasein und ist nur noch selten an Kiosken oder in Bahnhofsbuchhandlungen zu finden. Über die derzeitige Auflagenhöhe lässt sich keine verbindliche Auskunft finden. Seit 2008 wartet die NZ mit neuer Gestaltung auf und setzt weniger auf plakative Boulevard-Ästhetik. Auch der Tonfall entschärfte sich in den letzten Jahren. Die lange Zeit zentralen Themen wie Revanchismus und Relativierung der NS-Verbrechen inklusive Anzweiflung des Holocaust, vermengt mit verschwörungsideologischem Antisemitismus stehen mittlerweile hinten an. Sprachlich zwar deutlich weniger aggressiv, sind die völkisch-nationalistischen Positionen zur politischen Rolle Deutschlands sowie rassistische Thesen zur Asyl- und Migrationspolitik auch heute inhaltlich präsent: So wird vor angeblicher »Überfremdung« durch »Masseneinwanderung« gewarnt. Die NZ bezieht sich positiv auf die rassistischen Straßenmobilisierungen und andere extrem rechte Organisationen und Medien, wie etwa »Compact«, und begrüßt auch die Erfolge der »Alternative für Deutschland«.

»Deutsche Stimme«

Die monatlich erscheinende »Deutsche Stimme« (DS) ist das Parteiorgan der NPD, seit 1976 herausgegeben vom Bundesparteivorstand über den mittlerweile in Riesa (Sachsen) ansässigen »Deutsche Stimme Verlag«. Laut nicht überprüfbarer Auskunft des derzeitigen Chefredakteurs, Peter Schreiber, liegt die Auflage bei 20.000 Exemplaren. Der Umfang umfasst momentan 24 Seiten im Format A3. Neben dem freien Verkauf über den Zeitungshandel erfolgt der Vertrieb hauptsächlich über Abonnement. Es schreiben nahezu ausschließlich männliche NPD-Funktionäre für das Blatt. Langjährige Redaktionsmitglieder sind Arne Schimmer, Jürgen Gansel und Safet Babic. Traditionell hat der NPD-Bundesvorsitzende – derzeit Frank Franz – eine regelmäßige Kolumne.

Wenig überraschend fokussiert sich die Zeitung seit jeher in erster Linie auf die parteipolitischen Belange und Ziele der NPD. Berichte aus den einzelnen Gliederungen und Gremien sowie über die parlamentarische Arbeit der Partei nehmen einen Großteil des Blattes ein. Darüber hinaus versucht sich die DS auch tagespolitisch zu behaupten und die NPD-Positionen einzubringen. Dennoch gelingt es der NPD weder über die DS eigene Akzente zu setzen, noch als Partei vom gesellschaftlichen Rechtsruck zu profitieren. Dem Niedergang in die politische Bedeutungslosigkeit versuchte die DS ab Februar 2014 mit einer deutlichen Layout-Modernisierung entgegenzuwirken und setzt zudem verstärkt auf die digitale Verbreitung. Zusätzlich zur Web-



Florian Stein – Pressesprecher der NPD Brandenburg und im Parteivorstand zuständig für Europapolitik auf der Buchmesse in Leipzig

seite und den Social-Media-Kanälen existiert seit Anfang 2015 das Format »DS-TV«. In unterschiedlich langen Video-Clips werden die politischen Inhalte der Partei propagiert und NPD-FunktionärInnen interviewt. Gebracht hat es ihr wenig. Die DS bleibt weiterhin ein stark selbstreferentielles neonazistisches Klientelblatt mit sehr beschränkter Außenwirkung.

Regional

Neben der DS versuchte die NPD immer wieder über regionale Nachrichtenblättchen Breitenwirkung zu erzielen. Seit 1992 gibt es bereits vierteljährlich den »Zündstoff« der NPD Berlin und Brandenburg als eines der wenigen beständigen Informationsblätter, erhältlich ausschließlich im Abo und ergänzt durch eine Homepage mit aktueller Berichterstattung. Ähnliches gilt für die »Schleswig-Holstein-Stimme« vom dortigen NPD-Landesverband.

In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern berichtete die NPD während ihrer Landtagspräsenz mit »Klartext« und »Der Ordnungsruf« über die jeweilige Fraktionsarbeit. Über mehrere Jahre wurden in einigen Regionen kostenlose Lokalnachrichten unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern (z. B. »Kurz und knapp«), Brandenburg (z. B. »Barnim-Stimme«), Sachsen (z. B. »Blickpunkt Strehla«) und Thüringen (z. B. »Der Rennsteig Bote«) und dazu einige Jugendzeitungen (z. B. »Durchblick«) verbreitet. In der Regel wurden darin regionalpolitische Belange mit neonazistischer Propaganda kombiniert. Heute ist von den meisten dieser Blättchen nichts mehr zu sehen, was nicht zuletzt an der desolaten Finanzlage der Partei liegen dürfte.

»Gegenlicht«

Zum aktuellen Zustand der NPD passt die Geschichte des »Gegenlicht« geradezu perfekt. Nach der Einstellung des Vorgängerblattes »Hier & Jetzt« (s. drr Nr. 144) gab es einen großen Vorankündigungsrummel. Die Zeitschrift, von der noch keine einzige Ausgabe erschienen war, wurde sogar als Mitveranstalterin eines NPD-Kongresses aufgeführt. Dann kommt, mit Datum »Sommer 2017«, die Premierennummer. Umfang 128 Seiten, gediegene Aufmachung, teils renommierte Autoren und Interviewpartner der extremen Rechten (Alain de Benoist, Alexander Dugin, Bernd Rabehl), die Übersetzung eines Gesprächs zwischen Ernst Nolte und Dominique Verner aus dem Jahr 2000, daneben die üblichen schreibkundigen NPD-Kader und immer wieder Arne Schimmer, der Motor des Projektes. Herausgeber ist das »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e. V.« der NPD, das ansonsten keinerlei Aktivitäten mehr entfaltet. Auf der Facebook-Seite der »Gegenlicht« ist seit September 2017 keine Aktualisierung mehr erfolgt, die Besprechungen des neuen Blattes fielen eher in die Rubrik »kärglich«. Seit Sommer 2017 herrscht Funkstille. Eine Fortführung des ›intellektuellen‹ Projektes ist daher fraglich.

NS-Zeitungsprojekte

von Vera Henßler



»Recht und Wahrheit«

Das zweimonatlich erscheinende Magazin »Recht und Wahrheit« (RuW) gibt es bereits seit 1989. 2009 übernahm der heutige Herausgeber Meinolf Schönborn das Heft, das die »Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches im Rahmen seiner völkerrechtlich gültigen Grenzen wieder hergestellt« wissen will. Der umtriebige Schönborn war bereits in den 1970er Jahren in der NPD aktiv und später Vorsitzender der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front«. Auch an der Gruppierung »Neue Ordnung« war Schönborn maßgeblich beteiligt. Der ideologische Facettenreichtum der RuW reicht von rassistischen, nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Artikeln über einen gepflegten Antiamerikanismus bis hin zu kaum verblümten antisemitischen Beiträgen. Seit kurzem gibt es zusätzlich das Format »Recht und Wahrheit TV«. In einer der jüngsten Sendungen monologisiert Schönborn, hinter einem Tisch mit Reichskriegsflagge sitzend über die Sinnlosigkeit von »Reichsregierungen« und darüber, wie die breite Masse erreicht werden könne. Auf dem Tisch sind hübsch säuberlich Büsten von Bismarck und Napoleon sowie eine Wikingerfigur platziert. Hinter Schönborn hängt eine großformatige Karte von Deutschland aus der Zeit vor 1945. Das Publikum, das RuW mit seinen unterschiedlichen Formaten anspricht, ist überschaubar, allerdings sind die Macher gut vernetzt. Anfang April fand im Harz das »12. RuW-Lesertreffen« statt. Angekündigt waren Vorträge unter anderem von dem Organisator des RuW-Stammtisches in Berlin, Joachim K. Schmidt, dem NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt sowie dem »Schriftleiter« von »Volk in Bewegung«, Roland Wuttke.

»Volk in Bewegung«

Auch das seit dem Jahr 2000 zweimonatlich erscheinende Magazin »Volk in Bewegung« (ViB) ist ein Produkt von altbekannten Neonazi-Funktionären älteren Semesters. Seit 2011 wird ViB vom Nordland-Verlag um Thorsten und Nadine Heise herausgegeben. Thorsten Heise kündigte damals an, sich zukünftig mit ViB mehr als bisher an »eine jüngere Generation von Deutschen« richten zu wollen. Dies scheint dem Blatt, das sich »dem Wunsch und Willen verpflichtet, die Volksgemeinschaft aller Deutschen wiederherzustellen!« bis heute nicht gelungen zu sein. Grafisch ist das Magazin eine einzige Bleiwüste, bei den AutorInnen gibt es seit Jahren eine hohe Beständigkeit. ViB bedient in erster Linie Reichsbürgerthemen, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. Zuletzt erschien ein Sonderheft über George Soros als »Musterschüler der Globalisierer«. Als Teil der Schriftleitung und Stammautor tritt der verurteilte Holocaustleugner Rigolf Hennig auf, der bis zur vermeintlichen Selbstauflösung im Juni 2017 auch als deutscher Landesleiter der »Europäischen Aktion« fungierte. Mit Horst Mahler, dem kürzlich verstorbenen Gerd Honsik, Gerhard Ittner oder Bernard Schaub schreiben auch weitere Protagonisten der deutschsprachigen Holocaustleugner-Szene ab und an für das Heft. Einmal jährlich findet ein Lesertreffen statt – darüber hinaus wird aber wenig geboten: Auf der Homepage finden sich kaum aktuelle Artikel, Social Media wird gar nicht bespielt.

»Umwelt und Aktiv«

Mit der Verknüpfung von Ökologie und Nationalismus bedient das Magazin »Umwelt und Aktiv« (UA) ein in anderen extrem rechten Publikationen eher vernachlässigtes Thema. Klassische Themen der extremen Rechten werden in UA aus vermeintlich ökologischer Perspektive betrachtet, etwa wenn unter dem Titel »Wie die Migration das Land auffrißt« eine Überbevölkerung Deutschlands konstatiert wird, welche die »ökologische Tragfähigkeit« überschreite. Herausgegeben wird die seit 2007 vierteljährlich erscheinende Zeitschrift von Christoph Hofer, einst Kandidat für die NPD in Bayern, bzw. dem Verein »Midgard e. V.« mit Sitz im bayerischen Traunstein. Trotz der personellen Überschneidungen zur NPD ist explizite Parteiwerbung im Blatt nicht zu finden. Unter den ständigen Rubriken »Familie, Haus und Garten«, »Naturschutz«, »Tierschutz« sowie »Heimatschutz« thematisieren jüngste Artikel die »schleichende Islamisierung im Tierschutz«, klären über die Bedeutung des »Julleuchters« auf oder fragen danach, »warum das Singen in der Familie von großer Bedeutung ist«.

»N.S. Heute«

Das seit 2017 erscheinende zweimonatige Neonazi-Lifestyle-Magazin »N.S. Heute« richtet sich mit dem Slogan »Weltanschauung.Bewegung.Leben« an ein junges und aktivistisches Publikum. Demonstrationsberichte oder Musikbesprechungen sind ebenso Bestandteil des Heftes wie Anzeigen von Neonazi-Modemarken oder Interviews mit bekannten RechtsRock-Musikern wie Uwe Menzel (»Uwocaust«) oder Michael Regener (»Lunikoff«). Mit Themen wie »Casa Pound« oder dem »Hogar Social« in Madrid richten die Macher ihren Blick auch über Deutschlands Grenzen hinaus. Herausgeber ist der Bielefelder Neonazi Sascha Krolzig, der kürzlich zum Bundesvorsitzenden von »Die Rechte« gewählt wurde. Die ideologische Ausrichtung wird schon mit der Namensgebung der Publikation unmissverständlich deutlich. In Anspielung auf identitäre Parolen heißt es im ersten Heft: »100 Prozent Rassismus. 0 Prozent Chauvinismus. Auch wenn der Begriff Rassismus von der heutigen Gesellschaft negativ belegt ist, muss jedem klar sein, dass wir Rassisten sind. Ohne Wenn und Aber.« »N.S. Heute« füllt mit seinem kompromisslosen NS-Kurs und der subkulturellen und gleichzeitig organisationsübergreifenden Ausrichtung eine Lücke, die mit dem Ende der Fanzine-Ära in den 2000er Jahren in diesem Spektrum entstanden ist.

#Vertriebene

»Aus der Heimat«

Die Presse der »Vertriebenen« zwischen Heimattümelei, Konservatismus und extremer Rechter

von Charles Paresse



»Neben der Jungen Freiheit ist die Preußische Allgemeine Zeitung die zweite rechte Wochenzeitung, die aufgrund ihrer traditionellen Anbindung an das Vertriebenenmilieu der Bundesrepublik (...) und damit ihres strukturellen Einflusses in einem großen Milieu zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus nicht nur seit Jahrzehnten stabile Auflagenzahlen im fünfstelligen Bereich verzeichnet, sondern auch ein breites Spektrum am rechten Rand anspricht«, schrieb der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn in seiner Studie »Angriff der Antidemokraten« (2017). Der Experte für die Politik der »Vertriebenen« weist zu recht auf die anhaltende – und öffentlich nicht wahrgenommenen Bedeutung – dieses Spektrums hin. Zwischen Heimattümelei, etabliertem Konservatismus und extremer Rechter existiert ein lebhaftes Publikationswesen – kaum überschaubar und aus dem Blick antifaschistischer Recherche geraten.

»Geistiges Rüstzeug«

Die »Preußische Allgemeine Zeitung – Das Ostpreußenblatt« (PAZ) ist das bekannteste und einflussreichste Blatt. Die Wochenzeitung hat ihren Sitz in Hamburg, repräsentativ und nur zwei Straßenecken von der Binnenalster entfernt. Sie ist das offizielle Organ der »Landsmannschaft Ostpreußen« (LMO) und sowohl im Abonnement als auch bundesweit in Zeitschriftenläden und Kiosken zu haben. Neben Ostpreußen-Nostalgie, Vertriebenen-Romantik und den seit Jahrzehnten bekannten Klagen über die Rote Armee, die Umsiedlungen und Vertreibungen von Deutschen verfolgt das Blatt eine politische, eine rechte Linie. Hier ein freundliches Porträt über eine Buchhändlerin, die gegen die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit für Rechte zu Felde zieht, da scharfe Kritik an Zuwanderung und dort der verständnisvolle Artikel über die Erfolge der »Alternative für Deutschland«. Offen wird das »Staatspolitische Handbuch« des neurechten »Verlag Antaios« als »geistiges Rüstzeug« empfohlen, »um im intellektuellen Kampf mit dem politischen Gegner zu bestehen.« Unter den AutorInnen der PAZ finden sich einschlägige Namen der Rechten, zum Beispiel Eva Herman, Konrad Löw, Klaus Rainer Röhl oder Wilhelm von Gottberg.

»An der Seite der Vertriebenen«

Der »Bund der Vertriebenen« (BdV) als Dachorganisation gibt seit 60 Jahren den »Deutschen Ostdienst« (DOD) heraus, der heute nur im Abo zu bekommen ist. »Kanzlerin an der Seite der Vertriebenen« (3/2015), heißt es hier auf dem Cover, oder vor einem gemeinsamem Foto der Bundeskanzlerin mit BdV-Chef Bernd Fabritius (CSU): »Offenes Ohr für die Belange der Vertriebenen« (2/2017). Undenkbare Bilder, undenkbare Schlagzeilen für die PAZ oder beispielsweise den »Witiko-Brief«, die Zeitschrift des völkischen und nicht im BdV organisierten sudetendeutschen »Witiko-Bundes«. Im DOD gibt es dagegen Berichte über die Veranstaltungen des BdV, Interviews mit BundespolitikerInnen oder deren Reden, Kultur und Geschichte aus den ehemaligen deutschen Gebieten und Nachrichten aus den Gliederungen des Verbandes. Unter Fabritius, dem Nachfolger der inzwischen im Umfeld der AfD angekommenen Ex-CDU-Politikerin Erika Steinbach, bemüht sich der Verband um Seriosität, einen engen Draht zu Bundes- und Landesregierungen und Distanz vom rechten Rand. Ob das angesichts des Rechtsrucks und einer AfD, die in Gesellschaft und Institutionen drängt, so bleibt, ist offen – zumal die unter Mitgliedern verbreitete Sehnsucht nach dem »deutschen Osten« und deren Opfererzählung Tür und Tor für die extreme Rechte öffnet.

»Landsmannschaftliche Arbeit«

Neben der LMO mit ihrer PAZ geben auch die 19 weiteren im BdV zusammengeschlossenen Landsmannschaften sowie deren Untergliederungen eigene Publikationen heraus – eine schier unüberschaubare Flut an Veröffentlichungen seit sieben Jahrzehnten. So gibt es zum Beispiel die »Mitteilungen aus baltischem Leben«, die »Sudetendeutsche Zeitung«, das »Mitteilungsblatt des Bessarabiendeutschen Vereins«, die wöchentliche »Pommersche Zeitung«, die »Schlesischen Nachrichten« oder das Blatt »Der Westpreuße« – ein bunter Strauß von Nostalgie und deutscher Heimattümelei. Einige Medien erscheinen ausschließlich gedruckt in der Aufmachung kleiner Vereinsblätter, andere bemühen sich um Attraktivität und Webpräsenz. Höhere Verbreitung und professionelle Gestaltung hängen offenbar direkt an der Frage der Mitglieder-, Organisations- und Finanzstärke der tragenden Strukturen.

»Schlesier«

Eindeutig rechts war »Der Schlesier«, lange Zeit Organ der »Landsmannschaft Schlesien« (SL). Nachdem die Bundesregierung 1985 aufgrund revanchistischer Äußerungen die Bezuschussung einstellte, trennte sich auch die SL von der Zeitung. Doch das Blatt existierte bis 2010 als unabhängige rechte Zeitung weiter. Seit 2011 brachte dann der Rechtsaußen Verleger Dietmar Munier (»Zuerst!«, »Deutsche Militärzeitschrift«, ...) das Blatt in neuer Gestaltung auf den Markt – doch offenbar lohnte es sich finanziell für ihn nicht, 2015 wurde es eingestellt.

#Durchgeknallt

Alles Verschwörung oder was?

Wer den rechten Blätterwald durchwandert, stößt auch auf Publikationen, die besonders skurril und seltsam erscheinen. Ein kurzes Porträt von drei der schillerndsten rechten Blätter.

von Lucius Teidelbaum

»KOPPexklusiv«

Im Vergleich zum Online-Portal des verschwörungs-esoterischen Kopp-Verlages ist das seit 2009 erscheinende Magazin »KOPPexklusiv« eher unbekannt. Das Magazin erscheint in unbekannter Auflage im Wochentakt und ist nur über Abonnement zu beziehen. Das Jahresabonnement für 52 Ausgaben kostet 250 Euro, »Kopp«-KundInnen zahlen 150 Euro. Das dünne Blättchen – es hat in der Regel acht Seiten – kann als Nachfolgeblatt des ehemaligen »Ufo-Kuriers« gesehen werden, der 1994 bis 1998 ebenfalls im Kopp-Verlag erschien. Die Inhalte von »KOPPexklusiv« sind denen der Online- und Bücher-Sparte sehr ähnlich: Alternativmedizin und Impfkritik, rassistisch grundierte Kritik an der Migrationspolitik in Deutschland, Anti-Establishment-Schelte, Katastrophenvorhersagen und dies alles zumeist verschwörungsideologisch aufgeladen. Sich selbst stellt das Blatt gerne als Aufdecker dar. So heißt es in »Fünf gute Gründe, warum Sie KOPP Exklusiv regelmäßig lesen sollten« unter anderem: »Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen der Macht! Erfahren Sie, was die Massenmedien Ihnen verschweigen.« Aber was als »Hintergrundanalysen« angekündigt wird, entpuppt sich als Altbackenes aus der Gerüchteküche der Verschwörungstheorie-Szene.

Die AutorInnen werden nicht ausgewiesen oder werden aus den Kopp-StammautorInnen rekrutiert. Chefredakteur war bis zu seinem Tod der »Kopp«-Stammautor Udo Ulfkotte (1960-2017). Das Magazin dürfte vor allem dazu dienen, die Kern-Kundschaft zu binden und die Verlagsprodukte zu bewerben.

»2000plus«

Das auch im Kioskhandel erhältliche Monatsmagazin »2000plus. Magazin für Grenzwissenschaften« kann ähnlich wie »KOPPexklusiv« dem Bereich der rechten Verschwörungsideologie und dazu noch der »Reichsbürger«-Szene zugerechnet werden. Herausgeberin ist die 1948 geborene Ingrid Schlotterbeck, die 2001 bis 2004 als »Außenministerin der Kommissarischen Regierung des Deutschen Reiches« auftrat. Ihr Mann Rolf Schlotterbeck bezeichnete sich als »Wirtschaftsminister«.

Das Magazin wird über den »Argo-Verlag« mit Sitz in Marktoberdorf im Landkreis Ostallgäu vertrieben. Ein Vorläufer erschien seit 1979. Inhaltlich wird sehr stark die »Reichsbürger«-Ideologie bedient. Extra-Ausgaben tragen Titel wie »Phantomstaat Bundesrepublik oder Deutsches Reich?« (Nr. 1) oder »Das Deutsche Reich EXISTIERT« (Nr. 10). Die Herausgeber wollen aber nicht als »Reichsbürger« bezeichnet werden, obwohl sie die entsprechende Ideologie vertreten.

Artikelüberschriften wie »Falsche Oder-Neiße-Grenze« markieren zudem einen klar gebietsrevisionistischen Kurs. Hinzu kommen eine starke Prise Esoterik und Verschwörungsmythen. Anzeigen des Verlags »Pro Fide Catholica« von Johannes Rothkranz bewerben antisemitische Werke, wie etwa ein Reprint des Machwerks »Die jüdisch-freimaurerische Gefahr« des katholischen Priesters Ernest Jouin aus den 1920er-Jahren. Auch der jüngste Rechtsruck um die erhöhte Flüchtlingsmigration wird verschwörungsideologisch in Artikeln wie »Asylantenströme unter US-Flagge« (2/2015) bedient.

»Ketzerbriefe«

Das ebenfalls im Kioskhandel erhältliche Monatsmagazin »Ketzerbriefe« erscheint im DIN-A5-Format und bezeichnet sich selbst als »Flaschenpost für unangepasste Gedanken«. Redaktionell verantwortlich für die »Ketzerbriefe« zeichnet Christian Röwe. Die »Ketzerbriefe« erscheinen im »Ahriman«-Verlag mit Sitz in Freiburg im Breisgau. Der Verlag stammt aus dem Umfeld des »Bunds gegen Anpassung«, einer ehemaligen K-Gruppe, die versuchte, Marxismus mit Psychoanalyse zu verbinden. Diese Gruppe ist inzwischen weit nach rechts gewandert und hat offenbar Formen einer rechten Politsekte angenommen. Davon zeugen auch Titel auf den Covern der Ketzerbriefe wie »Donald, wir gratulieren Dir!« (Nr. 202) und »Bravo Donald! Halte weiter durch!« (Nr. 206). Neben Lob für Donald Trump gibt es auch Lob für Saddam Hussein, Slobodan Milosovic und Muammar Al-Gaddafi. Interviewpartner wie der neu-rechte Felix Menzel (Nr. 183) oder der rechte Karikaturist Götz Wiedenroth (Nr. 206) zeugen vom eingeschlagenen Kurs. Werbung in den »Ketzerbriefen« stammt unter anderem von »Tumult« (Nr. 200), eigene Werbung schaltete man in »Blaue Narzisse Online« (2015-16), in der »Junge Freiheit« (2015-17) und in »Compact« (2015, 2017). Das Magazin hat ein sehr eigenes ideologisches Profil. Mit linken Vokabeln unterlegter und antiamerikanisch grundierter Anti-Imperialismus mischt sich mit einer Psychoanalyse à la C. G. Jung. Hinzu gesellen sich Antifeminismus und ein vulgärer Antiklerikalismus, was sich auch im Logo des »Ahriman«-Verlags zeigt, nämlich einem Teufel mit erigiertem Penis.

Diese sehr speziellen Analysen dürften ein eher kleines Publikum anziehen. Die AutorInnen sind fast sämtlich zum »Bund gegen Anpassung« zu zählen, die in den »Ketzerbriefen« seitenlange Buchrezensionen und Abhandlungen veröffentlichen, die selbst ein durchschnittliches rechtes Lese-Publikum kaum ansprechen dürften.

Zwischen Neonazismus und »Neue Rechte«: Zum völkischen Blätterwald in Österreich

von Heribert Schiedel



Die extrem rechte Publizistik erfreut sich in Österreich besonderer Kontinuität und damit Stärke. Ihre Flaggschiffe erscheinen seit Anfang der 1950er Jahre – als der Entnazifizierungseifer erlahmte und sich die Szene reorganisieren konnte. Die Zeitschriften sind mehrheitlich nicht im freien Handel, sondern nur im Abonnement erhältlich, dementsprechend sind die Auflagenzahlen zumeist nicht bekannt. Sie werden bis auf »fakten« und »PHOENIX« maßgeblich von deutschvölkischen Korporierten gestaltet und finanzieren sich neben Abos und – in Ausnahmefällen – Verkauf vor allem mittels Spenden und Inseraten, wobei es einschlägige Wirtschaftstreibende und Gruppen oder die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) sind, die solcherart für Geldfluss sorgen. Ein oft in den Raum gestellter Finanzfluss aus Russland kann bei keinem der extrem rechten Zeitungsprojekte, die mit Ausnahme des neonazistischen »PHOENIX« bestens untereinander vernetzt sind, nachgewiesen werden. Gemeinsame Themen sind Migration, sonstige Verschwörungen gegen Deutschland oder Europa und die Selbstdarstellung als mutige KämpferInnen gegen »Politische Korrektheit« und »Denkverbote«.

Das »freiheitliche Magazin«

Die »Aula« wurde 1951 als »Mitteilungsblatt des Akademikerverbandes Österreichs« in Graz gegründet, seit 1952 erscheint sie unter ihrem heutigen Namen »Die Aula. Das freiheitliche Magazin«. Sie ist nicht im Handel erhältlich, vielmehr richtet sie sich an die Aktiven und Alten Herren deutschvölkischer Männerbünde. Herausgegeben wird sie monatlich vom »Aula-Verlag«, als dessen Eigentümer fungieren die »Freiheitlichen Akademikerverbände« (FAV). Bei diesen handelt es sich um einen Dachverband deutsch-völkischer Korporierter, die mehrheitlich in der FPÖ aktiv sind. Die »Schriftleitung« lag bis 1999 bei Herwig Nachtmann, ehemaliger Aktivist der neonazistischen »Nationaldemokratischen Partei« (NDP). Diese hatte sich Mitte der 1960er Jahre von der sich damals Richtung Sozialliberalismus entwickelnden FPÖ abgespalten. Bis zur de facto Wiedervereinigung und der kurz drauf erfolgten behördlichen Auflösung der Rest-NDP im Jahr 1988 diente die »Aula« als Scharnierorgan zwischen den beiden Parteien. Auf Nachtmann folgte der mittlerweile verstorbene Otto Scrinzi, seit 2004 ist Martin Pfeiffer, nebenbei Vorsitzender der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP), hauptverantwortlich.

Neben der »Aula« erscheinen im gleichnamigen Verlag in unregelmäßigen Abständen Bücher, zumeist über korporierte und historische Belange. Im »Aula-Buchdienst« wird vor allem »revisionistische« Literatur angeboten, darunter etwa Bücher von Peter Dehoust, David Irving oder Reinhard Pozorny. Wiederholt startete der »Aula-Verlag« Versuche, mit eigenen Periodika ein jüngeres Publikum zu erreichen, so Anfang der 1990er Jahre mit der neu-rechten Zeitschrift »Identität« unter der Ägide Jürgen Hatzenbichlers. Aktuell versucht man mit der Zeitschrift »gegenARGUMENT« der zuletzt bemerkbaren Entpolitisierung der FPÖ-Nachwuchstruppe »Ring Freiheitlicher Jugend« (RFJ) möglichst Einhalt zu gebieten.
Deckte die jeweils rund 60-seitige »Aula« anfangs ein Spektrum vom Neonazismus bis zu einem sich demokratisch verstehenden Deutschnationalismus und zu rechtskonservativen Positionen ab, erlebte das Blatt im Lauf der Jahrzehnte eine zunehmende Verengung. Nachdem Herwig Nachtmann im August 1995 wegen Holocaustleugnung gegen das NS-Verbotsgesetz verstoßen hatte und verurteilt worden war, kehrten zahlreiche Autoren, allen voran Andreas Mölzer und Jürgen Hatzenbichler, der »Aula« den Rücken. Schon nach dem Mordanschlag auf burgenländische Roma im Februar 1995 ging FPÖ-Obmann Jörg Haider, der noch 1991 zum 40-jährigen Bestehen gratulierte, auf Distanz zur »Aula«, die damals als mögliche Stichwortgeberin des Nazi-Terrors polizeiliches wie mediales Interesse auf sich gezogen hatte. Derart isoliert und als Scharnierorgan zwischen extremer Rechter und Konservativismus verbrannt, begann die Zeitschrift, weitgehend auf rechtskonservative Positionen zu verzichten. Neben deutlichen Sympathiebekundungen für extrem rechte und sogar neonazistische Parteien steht sie diesen heute auch unmittelbar offen gegenüber. Immer wieder scheinen etwa Kader der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) als AutorInnen oder InterviewpartnerInnen auf, seit kurzem auch solche der »Alternative für Deutschland« (AfD). Entsprechend ihrer pangermanischen Ausrichtung nehmen die Texte mit Deutschlandbezug in jedem Heft breiten Raum ein, auch stammt jeweils fast die Hälfte der Autoren und wenigen Autorinnen aus Deutschland.
Vor allem aufgrund anhaltender antisemitischer Agitation sorgt die »Aula« immer wieder für empörte Kritik. Auch mit NS-Apologie macht sie bis heute von sich reden, manchmal werden dabei auch die Grenzen zum »Revisionismus« überschritten oder eindeutige politische Statements in Form des Vertriebs von NS-Literatur abgegeben. Zudem werden (verurteilte) Neonazis zustimmend als »Volkstumskämpfer«, »Nationale« oder »Dissidenten« verharmlost. Diese Radikalisierung hält zahlreiche FPÖ-FunktionärInnen von Parteichef Heinz-Christian Strache abwärts nicht davon ab, weiterhin in der »Aula« zu publizieren oder ihr für Interviews zur Verfügung zu stehen. Neben symbolischer Aufwertung erfährt die »Aula« traditionell auch finanzielle Unterstützung von freiheitlicher Seite: Die FPÖ zählte bis dato, insbesondere vor Wahlgängen, zu ihren wichtigsten InseratenkundInnen. All dies, zusammen mit einer explizit parteilichen Berichterstattung, unterstreicht den Charakter des »freiheitlichen Monatsmagazins« als FPÖ-Vorfeldorgan. Jedoch scheint sich mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ dort mehr Zurückhaltung breit zu machen: Seit den Wahlen im Herbst 2017 lässt sich kein Inserat der Partei mehr finden, auch mit Beiträgen halten sich Freiheitliche nun etwas zurück.

»fakten«

Die im niederösterreichischen Seebarn seit 1990 monatlich erscheinenden und nur im Abonnement erhältlichen »fakten« wiesen bis vor kurzem ebenfalls eine zwischen FPÖ und außerparlamentarischer extremer Rechten vermittelnde Funktion auf. Hinter dem Eigentümer und Herausgeber »Kritische Demokraten« steht Horst Jakob Rosenkranz, der sich in den 1980er Jahren als Kader mehrerer Neonazigruppen einen Namen machte. Im Zuge der szeneinternen Umorientierung gemäß des damaligen »Frontkonzepts« (»Rein in die Legalität!«) hat auch Rosenkranz zu Beginn der 1990er Jahre einen Gang zurückgeschaltet, zumal seine Gattin Barbara seit damals bis letztes Jahr der FPÖ als Führungskader zur Verfügung stand. Anstatt sich wie die »Aula« durch revisionistische Anklänge in die Kritik und ins Visier der Justiz zu bringen, verzichten die jeweils rund 20-seitigen »fakten« auf die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen. Stattdessen konzentrieren sie sich vor allem auf – mit Sozialdemagogie verknüpfte – rassistische Propaganda und nationalistische Anti-EU-Agitation. In unregelmäßigen Abständen erscheinen daneben »fakten«-Sondernummern, die ebenfalls auf Migration und EU fixiert sind. Ansonsten widmet sich die Mannschaft rund um Rosenkranz, der sich mit einer kleinen LeserInnenschar wöchentlich in einem Wiener Kaffee trifft, vor allem kulturellen Themen, die allesamt unter dem Label von »Dekadenz« und »Verfall« behandelt werden.

»Der Eckart«

Das Organ der »Österreichischen Landsmannschaft« (ÖLM) wurde 1953 als »Eckartbote – Monatsschrift für deutsche Kultur« in Wien gegründet. Seit 2002 erscheint das vor allem an Mitglieder gerichtete und darum nur im Abo erhältliche, rund 30-seitige Blatt unter dem Titel »Der Eckart – Monatszeitung für Politik, Volkstum und Kultur«. Unter der »Schriftleitung« von Thomas Hüttner widmet sich »Der Eckart« vor allem der Erhaltung des »Deutschtums« außerhalb Deutschlands, dementsprechend dominant sind kulturpolitische Themen. Aber auch historische Rechnungen werden offen gehalten, wobei immer wieder revanchistische Forderungen erhoben werden. Daneben ist »Der Eckart« vor allem auf die drohende »Umvolkung« fixiert, dementsprechend haben viele Artikel einen offen rassistischen Charakter. Diese gehen in der Regel nicht über das Niveau von Schulaufsätzen hinaus, aber »Der Eckart« hat seit jeher weniger inhaltliche Funktionen, sondern ist vor allem aufgrund der Veranstaltungsankündigungen im jeweiligen Heft als vernetzender Informationsträger von Bedeutung. Zur Vertiefung der Weltanschauung gibt die ÖLM vierteljährlich eine »Eckartschrift« heraus, seit 1958 sind 230 Büchlein in dieser Reihe erschienen.
Das »Schulvereinshaus« der ÖLM in Wien VIII stellt einen wichtigen, fraktionsübergreifenden Treffpunkt extremer Rechter dar. Neben der ÖLM und mehreren völkischen Verbindungen steht das Haus auch befreundeten Gruppen für Veranstaltungen offen. Auch der »Eckart« und seine Herausgeber verfügen über engste personelle Verbindungen zur FPÖ: Zahlreiche FPÖ-Kader sind in der ÖLM engagiert, das FPÖ-Bildungsinstitut tritt gemeinsam mit der ÖLM als Organisator von Veranstaltungen auf. Beim alljährlichen »Schulvereinstag« der ÖLM zeigt sich an der dort aufmarschierenden Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur zudem, wie wenig isoliert man auch außerhalb der extrem rechten Szene ist.

»Info-DIREKT«

»Info-DIREKT«, das jüngste Scharnierorgan zwischen Neonazismus und extremer Rechter ging 2015 aus den Reihen des neonazistischen »Bundes freier Jugend« (BfJ) hervor, unterstützt von Aktivisten der Linzer Burschenschaft »Armina Czernowitz« und der ÖLM. Als Herausgeber des vor allem im Abo, aber auch bereits in rund 100 Verkaufsstellen erhältlichen Zweimonatsblattes fungiert ein »Verein für Meinungsfreiheit und unabhängige Publizistik« unter Karl Winkler, seines Zeichens Vorsitzender der oberösterreichischen ÖLM-Landesgruppe. Zahllose Freiheitliche unterstützen das rund 50-seitige Blatt, jüngst inserierte dort etwa der Linzer Lokalpolitiker Markus Hein. Und ein »Info-DIREKT«-LeserInnentreffen konnte im Herbst letzten Jahres nach dem Entzug der Räumlichkeiten auf Einladung der FPÖ im Linzer Rathaus stattfinden. Bis auf wenige Ausnahmen und Texte, die aus dem Internet übernommen wurden, versteckten sich die Autoren zunächst hinter Pseudonymen – verständlich angesichts deren politischen Vorlebens im Neonazismus. Erst nachdem antifaschistische Recherchen mehr und mehr bekannte Kader der Autorenschaft überführt hatten, begannen diese unter ihren Klarnamen zu schreiben. Zumeist gelingt es den Machern rund um Stefan Magnet und Ulrich Püschel, allzu offene NS-Anklänge zu vermeiden. Neben dem antiamerikanischen und antisemitischen Verschwörungsmythos und Putin-Huldigungen – dessen Porträt, versehen mit dem Ruf »Wir wollen einen wie Putin!« prangte auf der ersten Ausgabe – ergeht sich »Info-DIREKT« vor allem in der Verbreitung von Untergangspanik.
Nach dem Vorbild des deutschen »Zwischentages« und in Nachfolge der »Politischen Akademie« der BfJ-Mutterorganisation »Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik« (AfP), hat »Info-DIREKT« gemeinsam mit den KameradInnen von »Ein Prozent« 2016 und 2018 zum Kongress »Verteidiger Europas« nach Oberösterreich eingeladen. ReferentInnen, AusstellerInnen und BesucherInnen belegten bisher ebenfalls den Scharniercharakter dieses aufwendig gestalteten Zeitungsprojektes.

»Zur Zeit«

Bei »Zur Zeit« handelt es sich um eine bedeutende und in weiten Teilen extrem rechte, FPÖ-nahe Wochenzeitung, die 1997 unter der Ägide des damaligen FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer aus der (seit 1995 erscheinenden) Österreich-Ausgabe der »Jungen Freiheit« hervorgegangen ist. Seit 2015 wird sie von Mölzer und dem vormaligen ORF-Journalisten Walter Seledec herausgegeben, als Medieninhaber dient die »W 3 Verlagsgesellschaft« unter der Leitung von Walter Tributsch. Für EDV und Layout ist der katholisch Korporierte Günther Schneeweiß-Arnoldstein verantwortlich, die Chefredaktion teilen sich heute Mölzer und Seledec. Die inhaltliche Bandbreite von »Zur Zeit«, die zumindest im Nahbereich der Universitäten auch im Handel erhältlich ist, reicht von NS-apologetischen und antisemitischen bis hin zu rechtskonservativen und wirtschaftsliberalen Positionen, alles möglichst journalistisch und wochenaktuell aufgemacht. Zahlreiche führende FPÖ-Kader von Strache abwärts schreiben in der rund 50-seitigen »Zur Zeit« oder stellen sich als InterviewpartnerInnen zur Verfügung. Zu Wahlkämpfen werden auf Kosten der FPÖ Sondernummern gestaltet und zur kostenlosen Verteilung gebracht.
Neben wöchentlichem Erscheinen organisieren die »Zur Zeit«-Macher auch Veranstaltungen, die Produktion und den Vertrieb von (größtenteils von Mölzer verfassten oder herausgegebenen) Büchern in der »Edition Zur Zeit« und den Verkauf von einschlägiger (revisionistischer) Literatur im »Heimat-Buchdienst«, wie etwa der von Rolf Kosiek und Olaf Rose im »Grabert Verlag« herausgebrachte »Große Wendig. Richtigstellungen zur Zeitgeschichte« oder die Machwerke David Irvings.

»Neue Ordnung«

Die fast 60-seitige Vierteljahreszeitschrift »Neue Ordnung« erscheint seit 1958, zunächst beim Grazer »Leopold Stocker Verlag«, ab 2005 beim dort ausgegliederten »ARES Verlag«. Anfänglich als Brückenbauorgan zum Konservativismus konzipiert, radikalisierte sich das vor allem im Abonnement erhältliche Blatt unter der Leitung von Wolfgang Dvorak-Stocker, so dass es nun der extremen Rechten zugerechnet wird. So finden sich in der »Neuen Ordnung« heute zustimmende Aussagen zum historischen Faschismus sowie dessen Frontstellung gegen Demokratie, Individualismus und Liberalismus ebenso wie nationalistische bis »revisionistische« Geschichtsbetrachtungen. In ihrer Redaktion sitzt unter anderem Angelika Willig, für die Gestaltung verantwortlich ist wie bei »Zur Zeit« Schneeweiß-Arnoldstein. Der »Neuen Ordnung« ist ein gewisser Einfluss auf bestimmte gegenintellektuelle Milieus zu attestieren, dementsprechend versucht sie, sich durch viele akademische AutorInnen einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Solcherart zum österreichischen Organ einer »Neuen Rechten« mutiert, steht die »Neue Ordnung« in konservativ-revolutionärer Tradition (Ernst Jünger, Arthur Moeller v. d. Bruck, Oswald Spengler und andere) und knüpft offen an die (katholischen) Konkurrenz- und Kollaborationsfaschismen der Zwischenkriegszeit an. Das relativ breite inhaltliche Spektrum reicht von NS-verharmlosenden Positionen über einen militant antiliberalen Konservativismus bis zu einem vorkonziliaren Katholizismus – einschließlich dessen Antisemitismus.

»PHOENIX«

Von allen Druckwerken am offensten neonazistisch ist »PHOENIX«, das seit 1996 bis zu sechsmal im Jahr erscheint und nur im Abo erhältlich ist. Es wird in Alleinregie von Walter Ochensberger in Vorarlberg herausgegeben und beschränkt sich mittlerweile gänzlich auf den Nachdruck bereits erschienener oder im Internet kursierender Artikel von Neonazis, die allesamt die Wahnidee von der »jüdischen Weltverschwörung« durchzieht. Während zwischen den anderen genannten Zeitschriften zum Teil engste Kontakte und personelle Überschneidungen bestehen, ist »PHOENIX« aufgrund seiner offen neonazistischen Inhalte weitgehend isoliert. Dass es dennoch ungehindert erscheinen kann, spricht gegen Polizei und Justiz.

#Schweiz

Sprachbarrieren

In der Schweiz erscheinen einige extrem rechte Publikationen, doch die Sprachgrenzen verhindern eine grössere Reichweite.

von Hans Stutz

Die Schweiz hat innerhalb der westeuropäischen Staaten einen besonderen Status. Sie hat sich zur Neutralität verpflichtet, ist weder Mitglied der Europäischen Union noch der Nato. Die Schweiz vereint drei Sprachgebiete. Französisch im Westen, Italienisch im Süden und Deutsch im zentralen Mittelland, im Norden und im Osten. Eine vierte Sprache, das Räteromanisch wird nur von einem Prozent der Bevölkerung gesprochen.

Politisch hat die Schweiz den Erfolg nationalistisch-konservativer Parteien in Europa vorweggenommen. Die »Schweizerische Volkspartei« (SVP), 1919 als »Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei« (BGB) gegründet, hat seit 1999 die meisten Sitze im Nationalrat und stellt zwei der sieben Mitglieder des Bundesrats. Seit Mitte der 1980er Jahre konnte sie ihren Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen kontinuierlich ausbauen. 2015 stimmten 29,5 Prozent der WählerInnen für die SVP. Zu ihren politischen Hauptbetätigungsfeldern gehören ein strikter Anti-EU Kurs und Kampagnen gegen Migration im Allgemeinen und MuslimInnen im Speziellen. Über die Landesgrenzen bekannt wurde die 2009 von SVP-ExponentInnen mitinitiierte erfolgreiche Volksabstimmung »Gegen den Bau von Minaretten«. In Sicherheitsfragen fordert sie einen starken Staat, ansonsten soll dessen Einfluss zum Beispiel in der Sozialpolitik und bei Rechtsfragen zurückgedrängt werden.

Fast ein Parteiblatt

Am Rande der Rechtsaußen-Szene erscheint vierzehntäglich seit 1979 die »Schweizerzeit«, mit der Selbstbeschreibung als »bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit«, in einer beglaubigten Auflage von knapp 15.000 Exemplaren. Dominante Figur – sowohl als Chefredakteur wie auch als Leiter des gleichnamigen Verlages – ist der SVP-Politiker Ulrich Schlüer, viele Jahre lang Mitglied des eidgenössischen Parlaments (Nationalrat) und seit den 1960er-Jahren Aktivist gegen AusländerInnen, AsylbewerberInnen, nun – auch als Mitinitiator der Minarettverbots-Initiative – auch gegen MuslimInnen. Wie viele Schweizer NationalistInnen bemüht sich Schlüer um Distanz zu extrem rechten ExponentInnen, aber es gelingt nicht immer. Redakteur Anian Liebrand, einst Präsident der »Jungen SVP Schweiz«, beschwor unlängst – wie die »Identitäre Bewegung« – die Gefahr des »grossen Austausches« und Schlüer verantwortet ein langes Interview mit Michael Klonovsky, ohne dabei dessen Tätigkeit für den Vorsitzenden der »Alternative für Deutschland«, Alexander Gauland, zu erwähnen.

Die extreme Rechte

Im extrem rechten Spektrum der Schweiz finden sich HolocaustleugnerInnen, Naziskinheads wie »Blood&Honour« und »Hammerskins« sowie VertreterInnen der »Neuen Rechten«. Die Szenen sind getrennt durch die Sprachgrenzen: Die Tessiner Skinheads orientieren sich an ihren italienischen Kameraden, die französischsprachigen WestschweizerInnen an den französischen Bewegungen und die DeutschschweizerInnen an den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Austausch oder Zusammenarbeit ist selten, nur die völkisch-nationalistische »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS) verfügt über Ortsgruppen in zwei Sprachgebieten, doch ihr Parteiblatt »Harus!« (»Harus!« war der Schlachtruf der mittelalterlichen »Eidgenossen«) erscheint ausschliesslich deutschsprachig. In der italienischen Schweiz erscheinen keine extrem rechten Publikationen.

Holocaustleugnung und Frankreichbezug

Einige italienische Texte enthält »Cahier« (»Heft«) des Westschweizer »Vereins der Freunde von Paul Gentizon«, eines faschistischen Schweizer Journalisten und Mussolini-Bewunderers, gestorben 1955. Am ‹vielfältigsten› ist das Angebot denn auch in der Westschweiz. Dort bewegen sich seit Jahrzehnten Ideologen, die sich wie der Genfer Anwalt Pascal Junod (geboren 1959) an den Vorstellungen der französischen »Nouvelle Droite« um Alain de Benoit oder Pierre Krebs orientieren. Junod, der häufig extrem Rechte bei ihren Strafprozessen verteidigt, ist auch Präsident der international tätigen »Association des Amis de Robert Brasillach« (»Verein der Freunde von Robert Brasillach«). Der Verein veröffentlicht seit Jahrzehnten seine »Cahiers des Amis de Robert Brasillach«. Der französische Autor Robert Brasillach war Antisemit und Faschist. Nach der Befreiung Frankreichs wurde er wegen Kollaboration mit den Nazis im Februar 1945 hingerichtet. Brasillach wird von seinen BewunderInnen gerne als ebenso hochbegabter wie feinsinniger Literat verklärt. Prozess und Hinrichtung deuten sie als Zeichen einer unerbittlichen »Siegerjustiz«.

Die Periodika dieser Gedenkvereine haben eine geringe Reichweite. Anders die Zeitschrift »Le pamphlet«, herausgegeben seit 1970 vom Ehepaar Mariette und Claude Paschoud. Aus Kostengründen verbreiten sie ihr Heft seit wenigen Jahren nur noch online. Zusammen mit wenigen AutorInnen bedienen sie einerseits die Vorstellungen reaktionärer, aber bürgerlicher Westschweizer FöderalistInnen, andererseits kritisieren sie – meist gesittet in der Wortwahl – linke Positionen und verteidigen eine restriktive Politik gegen AusländerInnen, nun auch



gegen MuslimInnen. Mitte der 1980er Jahre unterstützte Mariette Paschoud den französischen Holocaust-Leugner Henri Roques. Bei ihrer Pensionierung kündigte »die braune Mariette« an, sie wolle sich nun »neuen Abenteuern« zuwenden, womit sie die Verteidigung von inhaftierten Holocaust-LeugnerInnen meinte. Seit Jahren finden sich in »Le pamphlet« Unterstützungshinweise zu Gunsten von Holocaust-Leugnern im Strafvollzug.

Ebenfalls seit Jahrzehnten erscheint »Courrier du Continent«. Das einfach gestaltete Blatt ist meist zwölfseitig, in schwarz-weiß gehalten und kommt ohne Illustrationen oder Fotos aus. Es trägt den Untertitel »Bulletin du Nouvel Ordre Européen« (»Bulletin der Neuen Europäischen Ordnung«). Gegründet wurde »Courrier du Continent« 1946, unter anderem von Gaston-Armand Amaudruz (geboren 1920). Amaudruz war von Anfang der 1950er bis in die 2010er Jahre als alleiniger Redakteur tätig. Er kritisierte bereits 1949 die Nürnberger Prozesse und gehörte jahrzehntelang zu den internationalen Strippenziehern neofaschistischer Bewegungen. Bis Mitte der 1990er Jahre vertrieb er Bücher, deren Verbreitung ausserhalb der Schweiz strafbar war. Das hektographierte Blättchen, Auflage wenige hundert Exemplare, vermittelte Kurznachrichten aus anderen extrem rechten Publikationen und einen Leitartikel »Amaudruz«. Seit einigen Jahren produziert der Holocaust-Leugner René-Louis Berclaz (geboren 1950) das Heft, geblieben ist die Verbreitung von holocaustleugnenden Inhalten und von antisemitischen Unterstellungen.

Neue Wege in der Publizistik beschreiten die Online-Plattform »Les observateurs« (Die Beobachter), seit 2012 betrieben vom emeritierten und altersradikalen Genfer Soziologie-Professor Uli Windisch (geboren 1946), und der Newsletter »Antipresse«, wöchentlich an AbonnentInnen verbreitet vom serbischen Nationalisten und Verleger Slobodan Despot (geboren 1967), auch Verharmloser des Völkermords in Srebrenica und einst persönlicher Mitarbeiter des abgewählten islamophoben und reaktionären Walliser Regierungsrats Oscar Freysinger von der SVP. »Les observateurs« verbreitet – neben täglichen Agenturmeldungen – die Texte militanter französischsprachiger MuslimfeindInnen und behauptet, täglich zehntausende von BesucherInnen generieren zu können. Zu den AutorInnen zählen auch einige SVP-ExponentInnen.

Langeweile in der Deutschschweiz

Anders als in der Westschweiz existiert in der deutschsprachigen Schweiz keine durchgehende Tradition extrem rechter IdeologInnen. Nebst der Parteizeitung »Schweizer Demokrat« der NationalistInnenpartei »Schweizer Demokraten« erscheinen zwei Titel, »Recht+Freiheit« und »Harus!«.

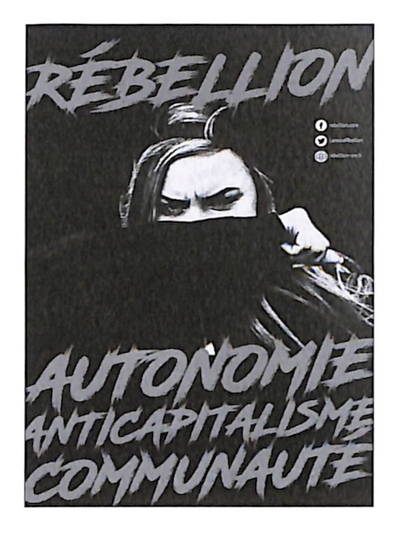
Das Blättchen »Recht+Freiheit«, erscheint laut Eigenangabe »mind. viermal jährlich«. Offizieller Herausgeber ist zwar ein »Presseclub Schweiz«, doch bestreitet Ernst Indlekofer (geboren 1939) die redaktionelle und verlegerische Arbeit weitgehend allein, auch die meisten Texte. Indlekofer, damals noch Mitglied der SVP, war 1993/1994 bekannt geworden als Aktivist gegen die Rassismus-Strafnorm. Nach deren Inkrafttreten gründete er im Sommer 1995 das Blatt, das mehrere Jahre in einer Auflage von mindestens 4.000 Exemplaren erschien. Zwanzig Jahre später sterben dem Blatt die LeserInnen weg, wie Indlekofer Anfang 2017 klagte. Seit den Anfängen leugnet das Blatt den Völkermord an den Jüdinnen und Juden, was Indlekofer um die Jahrtausendwende eine Verurteilung wegen Holocaust-Leugnung eintrug. Zu den Autoren gehörte auch Jürgen Graf, der nach seiner Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ins russische »Exil« flüchtete. Ansonsten sieht Indlekofer vielfältige Verschwörungen, manchmal sind es die Freimaurer oder »die Bilderberger«, manchmal sind es »die jüdischen Freimaurer« oder »die Juden« insgesamt, verbunden mit der Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

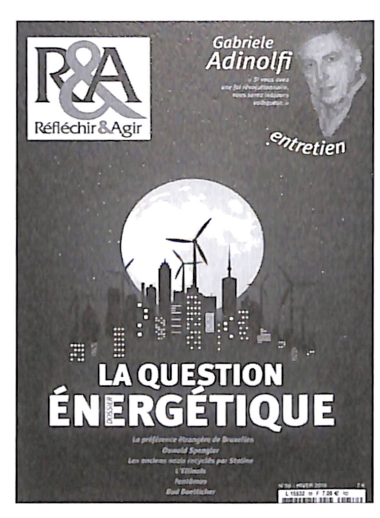
»Harus!«, früher »Zeitgeist«, ist die Parteizeitschrift der PNOS und erscheint seit Sommer 2001, zuerst monatlich, später vierteljährlich, immer vierfarbig. Mit einer Auflage von einigen hundert Exemplaren kommt das Blättchen kaum über den SympathisantInnenkreis der Partei hinaus, die im September 2000 von Exponenten der »Blood&Honour«-Skinheads gegründet wurde. Heute publiziert das Parteiblättchen häufig heimattümelnde Artikel über »Landwirtschaft« und »Brauchtum«, illustriert mit Fotos, die aus Ferienprospekten stammen könnten. Die AutorInnen veröffentlichen häufig unter Pseudonym, abgesehen von Dominic Lüthard (geboren 1983), langjähriger Parteipräsident und einst Sänger der rechtsextremen Band »Indiziert«.

#Frankreich

Ergänzung statt Konkurrenz

von Volkmar Wölk





Es ist ungewohnt, dass Alain de Benoist, Doyen der französischen »Neuen Rechte«, sich einmal nicht in den Mittelpunkt stellt. Im Interview mit dem Blog der Zeitschrift »Philitt« unter dem Titel »Der Mai 68 hatte etwas von einer Farce« betont er zunächst, der »Mai 68« sei lediglich eine Kristallisation von Tendenzen gewesen, die sich bereits seit den 1950er Jahren herausgebildet hätten. Diese Veränderungen, wie die Konsumgesellschaft und die neue Rolle der Frau in der Gesellschaft, hätten sich auch ohne diese Revolte durchgesetzt. Zwar habe damals der letzte große Generalstreik in Frankreich stattgefunden, aber letztlich habe es sich um StudentInnen gehandelt, Töchter und Söhne von Bourgeois, die gegen Polizisten vorgingen, die Söhne von Proletariern waren. Benoists rückblickende Einschätzung ähnelt verblüffend dem abschätzigen Urteil der französischen KommunistInnen der damaligen Zeit. Er selbst, damals gerade 25, sei lediglich als Beobachter vor Ort gewesen, um die zahllosen Flugblätter und Zeitschriften zu ergattern. Andere rechte Aktivisten aus seinem Umfeld dagegen hätten sich mit ihren Gruppen den Revoltierenden entgegengestellt, seien gegen die Militanz von Links mit Gewalt vorgegangen.

Neu auf dem Markt

»Philitt«, im Untertitel »Zeitschrift für Philosophie und Literatur«, ist ein ziemlich frisches Produkt auf dem Markt der Zeitschriften der extremen Rechten Frankreichs. In loser Folge, ungefähr halbjährlich erscheinend, bringt das Blatt, dessen Redakteure vom Alter her durchaus die Enkel von Benoist sein könnten, relativ bekannte Gastautoren wie Thibault Isabel aus Benoists direktem Umfeld und InterviewpartnerInnen zu den Themenschwerpunkten wie »Ich bin Barbar« (Nr. 5, Herbst/Winter 2017) oder »Das Heil durch die Politik?«, dabei sich immer wieder in die Tradition der großen Denker der Rechten wie Joseph de Maistre, René Guénon oder Charles Péguy stellend. Zugleich aber versuchen die Blattmacher, sich dabei am Vorbild der Großvätergeneration des GRECE (»Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne«) orientierend, von aus der Linken stammenden DenkerInnen und Theorien für sich nutzbar zu machen. Besonders deutlich wird das durch den Bezug auf den Philosophen Jean-Claude Michéa, der einen Weg von der Kommunistischen Partei über die linksradikale »Neue Antikapitalistische Partei« bis in das Umfeld der »Neuen Rechten« gemacht hat. Bindeglied ist dabei seine Arbeit an dem Modell der »Decroissance« (eines negativen Wachstums) einerseits und seine vehemente Liberalismuskritik andererseits.
Bernard Lugan wiederum, der damals in der monarchistisch ausgerichteten »Action Française« militanter Gegner der 68er war, treffen die Leute der »Philitt« mit Sicherheit bei den jährlichen Kongressen des »Institut Iliade«, zu dessen Führungsmannschaft Lugan heute gehört. Seine aktivistischen Jugendjahre sind lange vorbei, vom Royalismus hat er zur »Neuen Rechten« gefunden, aus dem Schläger ist ein renommierter Afrikanist geworden. Nach dem Selbstmord von Dominique Venner übernahm er gemeinsam mit dem Historiker Philippe Conrad, ebenfalls dem GRECE entstammend, die Fortführung von Venners rechter Geschichtszeitschrift »Nouvelle Revue d'Histoire«, die Ende vergangenen Jahres eingestellt wurde. Conrad ist inzwischen Präsident des 2014 gegründeten »Institut Iliade«.

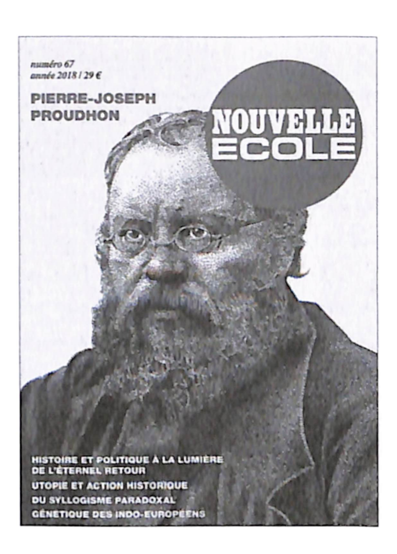
Etabliert: »Éléments«

Und auch das engste Umfeld von Benoist ist natürlich bei diesen Kongressen jeweils prominent vertreten, nicht zuletzt durch den aktuellen Chefredakteur der »Éléments«, François Bousquet, und durch seinen Redaktionsdirektor, Pascal Eysseric. Auch wenn das »Institut Iliade« inzwischen zu einem guten Teil die frühere Rolle des GRECE übernommen hat, bleiben die »Éléments«, dessen wichtigstes Publikumsblatt, ungebrochen wichtig. An jedem Kiosk erhältlich, ist sogar vor wenigen Jahren die Erscheinungsweise von vierteljährlich auf zweimonatlich umgestellt worden, ist gleichzeitig der Umfang von ehedem 64 Seiten auf nunmehr 96 erhöht worden. Dissidenten der 1980er Jahre wie Jean-Yves Le Gallou, der damals den sich dem Neoliberalismus annähernden »Club de l'Horloge« gegründet hatte, schreiben wieder für das Blatt, renommierte Wissenschaftler, die nicht Teil der »Nouvelle Droite« sind, wie Olivier Dard oder Michel Onfray, geben ihm Interviews. Und in der aktuellen Ausgabe der »Éléments« (171, April/Mai 2018) findet sich gar anlässlich des Erscheinens des ersten Bandes seiner Memoiren »Fils de la nation« (»Sohn der Nation«), dessen Erstauflage von 50.000 Exemplaren bereits vor der Auslieferung verkauft war, ein vierseitiges Interview mit Jean-Marie Le Pen über dessen Bibliothek und seine kulturellen Vorlieben. Andererseits findet sich im gleichen Heft ein Interview mit dem russischen nationalbolschewistischen Schriftsteller Zakhar Prilepin über dessen Erlebnisse als Freiwilliger in den Donbassrepubliken auf Seiten der Separatisten. Neben der Metapolitik spielt also inzwischen auch die Politik eine Rolle, neben den Autoren der »Nouvelle Droite« finden sich auch solche aus anderen Strömungen – nicht nur der Rechten.

»Krisis« und »Nouvelle École«

Neben den »Éléments« erscheinen weiterhin die beiden Theoriezeitschriften des GRECE, die »Krisis« und die »Nouvelle École«. Letzte-





re ist nach wie vor das Flaggschiff der Mannschaft um Benoist. Auf stattliche 176 Seiten im Großformat, großzügig bebildert und in gediegener Aufmachung, kommt die aktuelle Ausgabe. Wie früher wird mit einem Patronatskomitee geprotzt, das mehrere Druckseiten ausfüllt, und einem Korrespondentenstab in 24 Ländern. Aus Deutschland wird seit Jahren Günter Maschke in dieser Rubrik geführt. Jede Nummer hat ein Schwerpunktthema, die von diesem Jahr hat den anarchistischen Theoretiker Pierre-Joseph Proudhon im Dossier. Der positive Bezug auf Proudhon durch Teile der extremen Rechten reicht in Frankreich gut 100 Jahre zurück. Damals wurde der »Cercle Proudhon« gegründet, ein Diskussionszirkel, in dem sich führende revolutionär-syndikalistische Intellektuelle mit wichtigen Protagonisten der monarchistisch-nationalistischen »Action Française« zum Austausch trafen. Die Initiative ging zurück auf deren unbestrittenen Führer Charles Maurras, dem passenderweise die vorige Ausgabe der »Nouvelle École« gewidmet war.

Die »Krisis« wiederum, die unter ihrem neuen Chefredakteur Thibault Isabel frischen Schwung bekommen hatte, kämpft noch immer damit, das angestrebte vierteljährliche Erscheinen wenigstens annähernd zu gewährleisten. Die bisher letzte Ausgabe mit dem Schwerpunkt »Heidentum« (Nr. 47) erschien im Juni 2017. Die Hefte davor hatten »Nation und Souveränität«, »Fortschritt«, »Modernität«, »Amerika«, »Sozialismus« und – natürlich – »Identität« als Thema. Auch hier wird darauf geachtet, dass die AutorInnen nicht nur aus den Reihen der »Nouvelle Droite« stammen und dass die Internationalität gewährleistet ist. Auch hier ist es Günter Maschke, der als Mitglied des Beraterkreises geführt wird.

Und andere

Die alten Blätter erscheinen also weiterhin. Und es sind neue wie die »Philitt« hinzugekommen, die durch entsprechende Literaturzeitschriften wie die »Livr'arbitres« oder »Raskar Kapac« ergänzt werden. Daneben jedoch gibt es eine Reihe von Zeitschriften, die für Strömungen der »Neuen Rechten« stehen, die nicht unbedingt auf einer Linie mit der Gruppe um Benoist liegen. Teilweise handelt es sich um Zeitschriften von Dissidenten wie Pierre Vial, der lange Zeit führender Funktionär des GRECE war und sich dann abgewandt hatte, da er den Wechsel vom biologistischen zum kulturalistischen Rassismus nicht mitmachen wollte. Er gründete die inzwischen auch in Spanien und Belgien aktive Gruppe »Terre et Peuple«, die sich als »identitärer europäischer Widerstand« charakterisiert und eine gleichnamige Vierteljahreszeitschrift herausgibt. Die aktuelle Ausgabe (Nr. 75) bietet unter anderem ein Interview mit der »identitären« Frauenband »Les Brigandes«.

Über die Person Vial gibt es direkte Verbindungen zur Zeitschrift »Synthèse Nationale«, dem Organ einer gleichnamigen Bündnisorganisation, die sich hauptsächlich aus AkteurInnen rekrutiert, die die Modernisierungsversuche des »Front National« durch Marine Le Pen nicht mitgehen wollten. Sie sehen deshalb »Die nationale Rechte am Scheideweg« (Nr. 46) und sehen, ermutigt durch die Aktionen der »Identitären«, Frankreich auf dem Weg zu einer »neuen Reconquista« (Sondernummer 5, Herbst 2015). Ergänzt wird diese Zeitschrift durch die »Cahiers d'Histoire du Nationalisme«, die Theoretiker und Organisationen des historischen Faschismus vorstellt, und durch eine Buchreihe.

Neben diesen, eigentlich hinter die Ansätze der »Nouvelle Droite« zurückfallenden, Initiativen sind die nationalrevolutionären Projekte zu nennen. »Réfléchir & Agir«, inzwischen bei Ausgabe Nr. 58 angelangt, erscheint mit einer Auflage von 7.000 Exemplaren. Wesentlicher Autor ist inzwischen Georges Feltin-Tracol, Verfasser zahlreicher Bücher, die für die in Frankreich bedeutende Tendenz des Eurofaschismus stehen. Er bezieht sich dabei auch auf den italienischen Nationalrevolutionär Roberto Fiorini, der ebenso zum terroristischen Flügel dieser Strömung in den Jahren der »Strategie der Spannung« in Italien gehört wie Gabriele Adinolfi. Adinolfi, einer der wichtigsten Stichwortgeber von »CasaPound«, darf in der aktuellen Ausgabe seine heutigen Positionen in einem mehrseitigen Interview darstellen.

Bleibt jenes Blatt zu nennen, das man auf den ersten Blick mit einer Publikation von Autonomen aus früheren Zeiten verwechseln könnte: die »Rébellion«, im Untertitel mit »Autonomie – Antikapitalismus – Gemeinschaft« beschrieben. Man bezeichnet sich selbst als Organ der »Sozialistischen revolutionären europäischen Organisation«, deren Name sich jedoch bedeutender anhört als es die reale Mitgliederzahl eigentlich gestattet. Hier ist es die traditionelle nationalbolschewistische Linie, die propagiert wird. Was wiederum führende Protagonisten der »Nouvelle Droite« nicht davon abhält, wie »Krisis«-Chef Thibault Isabel, für die Zeitschrift zu schreiben oder aber wie Alain de Benoist für den ersten Sammelband mit Texten der Zeitschrift ein Vorwort zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug sind die Aktivsten der Gruppe bei den Kongressen der »Éléments« oder des »Instituts Iliade« zugegen.

Man ergänzt sich. Das Angebot ist breiter geworden. Konkurrenz belebt das Geschäft. Die Krise des »Front National« tut ein Übriges, damit der Resonanzraum erweitert wird.

#RechtsRock

Fanzines – vom Aussterben bedroht

In den 1990er Jahren waren sie das Kommunikationsmedium der boomenden neonazistischen Skinhead-Szene, die »Fanzines«. Heute ist nicht mal eine Handvoll von ihnen übrig geblieben, welche die Szene über die neuesten Entwicklungen informieren und diese reflektieren.

von Jan Raabe

Der Begriff der »Fanzines« setzt sich zusammen aus »Fan« für die AnhängerInnen einer Jugendkultur und »Zine« als Teil von »Magazine«. Gemeint sind damit Magazine, die, aus der Szene heraus, »von der Szene – für die Szene« produziert wurden und werden. In anderen Jugend- und Musikkulturen, wie zum Beispiel dem Punk, haben Fanzines eine lange Tradition. Im Gegensatz zu den Musikzeitungen werden sie eben nicht von professionellen JournalistInnen erstellt, sondern von Laien. Und diesen geht es im Allgemeinen auch nicht um den Kommerz, sondern darum, einen Beitrag für die Szene oder die Bewegung zu leisten und sich mit diesem natürlich auch selbst zu präsentieren. Der Inhalt des Fanzines stellt oftmals einen Teil der Lebens- und Erlebniswelt und des Szenezusammenhangs der HerausgeberInnen beziehungsweise der AutorInnen dar, aber nicht die Sichtweise einer Organisation oder Partei.

Aus der RechtsRock-Szene

Die Fanzines aus der RechtsRock-Szene bildeten da keine Ausnahme. In ihnen war zu lesen, wer sich alles beim Konzert getroffen hat, wer in die Ecke gekotzt hat und wie der Beziehungsstatus diverser SzenegängerInnen gerade ist. Das Ganze eingebettet in Konzertberichte, Band-Interviews, LP- und CD-Reviews und auch mal ideologieschwangere Artikel, wobei die Ideologie eher Bestandteil des Gesamtwerkes ist, sich also in den Konzertberichten und Bandinterviews wiederfindet. Gemeint sind hier Artikel über »Helden« des Nationalsozialismus, die »Artreligion« oder Parteien wie die NPD. Fanzine-MacherInnen genossen in der Szene ein hohes Ansehen, hatten Zugang zu den Stars der Szene und waren als WerbeträgerInnen gern gesehen.

Vom Schnippellayout zum Hochglanz

Ab Mitte der 1990er Jahre erschienen immer mehr Fanzines, die ideologisch der extremen Rechten beziehungsweise dem Neonazismus und jugendkulturell der Skinhead-Szene zuzuordnen waren. Die kopierten Hefte, bekannt sind nach wie vor Publikationen wie »Proissens Gloria«, »Schlachtruf« oder »Volkstroie«, hatten eine Auflage von wenigen hundert Exemplaren. Nur wenige Zines, wie zum Beispiel das »Foier Frei« aus Chemnitz, das zwischen 1994 und 2005 in immerhin 20 Ausgaben erschien, erreichten später vereinzelt eine Auflage von über 1.000 Exemplaren. 1996 erschien die erste Ausgabe des Hochglanzmagazins »Rock Nord«. Es war der erste Versuch, aus einem Fanzine heraus eine Musikzeitschrift zu entwickeln. In Neonazi-Kreisen wurde das Blatt, hinter dem der Düsseldorfer Thorsten Lemmer stand, als »Szene Bravo« verhöhnt. Dafür mögen nicht nur die Inhalte ursächlich gewesen sein, sondern auch der Habitus von Lemmer, der lieber Rotwein statt Bier trank und mit der Skinhead-Szene nichts zu tun hatte. Immerhin erschien das Blatt, wenn auch sehr unregelmäßig, bis 2007. In den letzten Jahren wurden statt der Monatsausgaben vermehrt nur noch Doppel- und Dreifachnummern produziert. »Rock Nord« brachte es somit auf circa vier bis fünf Ausgaben im Jahr. Ein anderes Hochglanzblatt versuchte sich ab 2005 zu etablieren. Malte Redeker, lange Zeit der Kopf der deutschen »Hammerskins«, versuchte sich mit der Publikation »Nordwind«, von der bis 2007 insgesamt acht Ausgaben erschienen sind.

Das lange Sterben

In den 2000er Jahren stellten immer mehr Zines ihr Erscheinen ein. Die Kommunikation der Szene verlagerte sich zunehmend ins Internet. Im »Thiazi-Forum« wurden tausende von UserInnen als AutorInnen aktiv. Durch ihre Beiträge sorgten sie dafür, dass Konzertberichte kursierten, Liedtexte präsent waren. Sie übernahmen damit die Funktion, die bisher die Fanzines erfüllt hatten. 2012 gingen staatliche Stellen gegen das »Thiazi-Forum« vor und veranlassten die Löschung der Daten. Damit stand das größte Forum mit mehr als 20.000 UserInnen der Szene nicht mehr zur Verfügung. Zwar entstanden weitere Foren und mit dem RAC-Forum (»Rock against Communism«) besteht bis heute ein solches, doch auch die Foren verloren zunehmend an Bedeutung. Teilweise aus Angst vor Repression, vor allem jedoch, weil die UserInnen sich anderen Kommunikationsformen zuwandten, in erster Linie Facebook, später auch VK und Instagram. Allerdings kann festgestellt werden, dass die dortigen Beiträge schon allein weder von der Länge noch vom Inhalt her mit jenen in den Fanzines zu vergleichen sind. Zwar werden Unmengen von Bildern gepostet, von Konzerten erfährt man allerdings nur noch, dass sie stattgefunden haben oder dass die Bands sich beim »tollen Publikum« bedanken. Es fehlen die ungefilterten Beschreibungen, die das Lebensgefühl der Szene transportieren und über diese hinaus eine Anziehungskraft entwickeln.

Die letzten Überlebenden

Bundesweit existieren heute kaum noch extrem rechte Skinhead- oder RechtsRock-Fanzines. Die wenigen, die noch erscheinen, entsprechen eher dem DIY-Gedanken (»Do it yourself«) als dem des Hochglanzmagazins, auch wenn sie heute nahezu alle gedruckt und mit farbigem Cover erscheinen. Auch hat sich die Vertriebsart verändert, viele der Zines müssen nicht mehr direkt bei den MacherInnen bezogen werden, sondern können über diverse Versandhandel geordert werden. Während es in der RechtsRock-Szene – wie auch im Mainstream – eine starke Retro-Bewegung beim Vinyl gibt, ist das bei den Zines so nicht festzustellen. Dabei könnte doch auch hier



das haptische Moment, das Greifbare, in der digitalen Welt faszinieren, vor allem vor dem Hintergrund der Informationstiefe. Tut es aber scheinbar nicht. Die Ausgaben der verbliebenen Zines erscheinen in kleinen Auflagen und selbst diese sind meist nicht vergriffen. Auch inhaltlich unterscheiden sich die Letzten ihrer Art teilweise erheblich von denen der 1990er und 2000er Jahre. Als das letzte Fanzine mit Kontinuität ist »Der Bewährungshelfer« zu nennen. Das Blatt, von dem seit 1992 immerhin 26 Ausgaben erschienen sind, im Schnitt eine pro Jahr, ist mit 100 Seiten inzwischen jedoch eher ein Jahrbuch denn ein schnelllebiges Zine. Die aktuelle Ausgabe ist mit exklusiver EP und CD ausgestattet. Ebenfalls zu den alten Blättern gehört das von Maik Hagen herausgegebene »Meinungsfreiheit«. Dieses hat sich zu einem Skinhead-Fanzine gewandelt und ist heute nicht mehr zu den extrem rechten Zines zu zählen; es finden sich darin nur noch sehr bedingt extrem rechte Einsprengsel.

Neugründungen

Ebenfalls dem Skinhead-Kult hat sich das aus Sachsen kommende »Viva Sachsonia« verschrieben. »Es sind keine Skinhead unrelevanten Themen drin, keine Militariabeiträge und keine Soldatengeschichten« schreibt »Göring«, der Herausgeber im Vorwort der aktuellen Ausgabe. Politisch ist das Zine eindeutig der extremen Rechten zuzuordnen. Auf ganze fünf Ausgaben brachte es das Heft seit 2008. Das aktuelle erschien als »Sonderausgabe« als Teil einer Holzbox mit einer Split-CD der neonazistischen Skinheadband »Smart Violence«, »Overdressed« und »MPU«. Die Box war ein Sammlerstück und auf 299 Exemplare limitiert. Abgesehen davon, dass das Heft mit dem Computer erzeugt wurde, gleicht »Viva Sachsonia« mit seinen Interviews, den Konzertberichten, den Platten-Reviews und dem Fokus auf den Skinhead-Kult den Heften der 1990er Jahre.

2015 erschien die erste Ausgabe des aus Hannover stammenden »Paranoia«. Bisher sind insgesamt sechs Ausgaben veröffentlicht worden. Damit gehört es zu den »älteren« der neugegründeten Zines. Das »Paranoia« steht deutlich in der Tradition des Punk und des Schnippel-Layouts, auch wenn dieses heute mit dem Computer entworfen wird. Inhaltlich liefert es eine Mischung aus Rassismus, RechtsRock und sich als unpolitisch verstehendem Oi-Punk.

Newcomer der Fanzine-Landschaft ist das »Spektakuleer«, dessen erste von bisher zwei Ausgaben 2017 erschien. Das Blatt aus dem bayrischen Rosenbach setzt sich inhaltlich jedoch etwas von den klassischen Zines ab. Fast 15 Seiten umfasst ein Bericht über eine Tour mit Konzertbesuchen nach Japan, einer über eine Reise zum Konzert der italienischen Band »Bronson« nach Buenos Aires füllt ganze 11 Seiten. Abgesehen davon, dass sich kaum ein Szenegänger der 1990er und 2000er Jahre zwei Fernreisen hätte leisten können, wird hier nicht nur über Saufen und Musik geschrieben, sondern viel über Kultur. Trotzdem ist das Heft ideologisch der extremen Rechten zuzuordnen.

Eine Leerstelle

Die Anzahl und die Bedeutung der Fanzines in der extrem rechten Skinhead- und Musik-Szene haben in den letzten Jahren stark abgenommen. Auf den ersten Blick scheint das Internet deren Funktion übernommen zu haben. Bei einem genaueren Blick stellt man allerdings fest: Es existieren aktuell keine Plattformen, welche die Funktion der Fanzines in Gänze übernommen haben. Die Fanzines stellen szeneinterne Plattformen dar, die größten Teile des Internets sind öffentlich. Gerade der Austausch über Konzerte und Veranstaltungen findet kaum noch statt. Auf Facebook werden nach Konzerten zwar Fotos und die üblichen Danksagungen an Veranstaltende, Publikum und auftretende Bands gepostet. Die ausführlichen, sozialen Kitt produzierenden, persönlichen Berichte finden sich aber kaum mehr. Während in anderen Jugendkulturen sich entweder professionelle Publikationen entwickelt haben oder weiterhin Fanzines produziert werden, scheint die extreme Rechte hier den Anschluss verpasst zu haben. Vielleicht ist inzwischen die Produktion für die MacherInnen zu aufwendig, der Nutzen im Verhältnis zur geringen Nachfrage zu gering. Angesichts des Booms von exklusiven Sammel-Editionen bei den Tonträgern verwundert es, dass Fanzines in der extremen Rechten kaum noch eine Basis haben.



Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

von Kai Budler

Die Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) im November 2011 machte deutlich, dass rechtsterroristische Strukturen bei staatlichen Stellen ein blinder Fleck waren, hartnäckig verneinten Inlandsgeheimdienste gar eine Gefahr durch Rechtsterrorismus. Vor diesem Hintergrund fragt der Politikwissenschaftler Sebastian Gräfe in seinem Buch »Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland« nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Rechtsterrorismus nach der Wiedervereinigung im Vergleich zur Bundesrepublik vor 1990. Zur Untersuchung entwickelt Gräfe fünf Analysekriterien: Ideologie und Entstehungszusammenhang, Gruppenstruktur, Ziele/Opfer der Gewalt, Gewaltintensität und Kommunikationsstrategie. Anhand dieser Kriterien untersucht Gräfe je sechs rechtsterroristische Gruppen in der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1990 sowie zwischen 1990 und 2013, wobei er auch Strukturen beleuchtet, die in der Öffentlichkeit weitestgehend vergessen sind. Flankiert werden sie durch eine Betrachtung des Rechtsterrorismus in fünf anderen Staaten. Der anschließende Vergleich des NSU mit der »Roten Armee Fraktion« (RAF) macht eine Facette des staatlichen Problems mit Rechtsterrorismus deutlich, indem terroristische Strukturen immer am Beispiel der RAF-Anschläge und ihrer Kommunikation gemessen wurden. Ohne wie bei der RAF gewohnte Bekennerschreiben konnte es offenbar keinen Terror geben – geflissentlich ignoriert wird dabei, dass die Botschaft die Kreise ihrer Opfer immer erreichte. Dem leicht benutzten Vergleich zwischen NSU und RAF erteilt Gräfe eine Absage: »Es ist nicht angebracht vom NSU als einer Braunen Armee Fraktion zu sprechen, zu viele Unterschiede weist die Gruppe im Vergleich zur RAF auf«. Für diejenigen, die sich seit langem intensiv mit dem Rechtsterror in der Bundesrepublik auseinandersetzen, bringt Gräfes Buch wenig neue Erkenntnisse, wertvoll ist jedoch sein stringent angewandter und systematischer Vergleich anhand der von ihm entwickelten Untersuchungskriterien und die Verwendung des immensen Materials für das so systematisierte Wissen über die untersuchten 12 Gruppen. Durchaus kritikwürdig sind das angewandte »normative Extremismuskonzept« als Grundlage von Gräfes Arbeit und die fehlende Begründung, warum er ausgerechnet die 12 Gruppierungen ausgewählt hat. Auch die Verstrickung der Geheimdienste in diese Strukturen findet leider keine Erwähnung. Trotzdem ist das Buch ein guter Anstoß für eine stärkere Betrachtung des Terrors von Rechts in der Forschung – solange sie dabei nicht stehen bleibt.

Sebastian Gräfe: Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, ‹Feierabendterroristen› und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017, Nomos Verlag, 356 Seiten, 64,00 Euro.



Nach den rechten Häusern schauen

von Sören Frerks

Mit der im Frühjahr erschienenen, aktualisierten Auflage der Handreichung zu Immobilien der extrem rechten Szene macht die »Mobile Beratung in Thüringen« (Mobit) vor allem eins deutlich: Der Freistaat ist nicht nur ein ‹Hotspot› des RechtsRocks, sondern auch von Häusern der extrem rechten Szene. Diese dienen oftmals als Veranstaltungsorte für Konzerte, bieten Infrastruktur für Parteitage, dienen als Lagerplatz für Versandhandel oder sind durch die gastronomische Nutzung eine weitere Einnahmequelle.

Seit der ersten Broschüre von Mobit aus dem Jahr 2013 sind sechs neue Immobilien hinzugekommen. Das heißt: jedes Jahr ein neuer Rückzugs- und Radikalisierungsort für Neonazis – und neue Angsträume für AnwohnerInnen und politische GegnerInnen, was sich anhand des Überfalls von Ballstädt 2014 zeigt. Insgesamt werden sieben ehemalige und 15 aktuell genutzte Orte porträtiert, vom Erwerb über die Nutzung bis zu den politischen Hintergründen der BetreiberInnen. Besonders bekannt dürften das von Neonazi Tommy Frenck betriebene Gasthaus »Goldener Löwe« in Kloster Veßra und das für RechtsRock-Festivals genutzte Grundstück in Themar sein. Ebenso wie die Objekte von Thorsten Heise in Fretterode und das »Rittergut« des »Gedächtnisstätte e. V.« in Gutmannshausen. Außerdem, sind Szenetreffs wie das seit 2009 genutzte Hotel »Romantischer Fachwerkhof« in Kirchheim oder das Wohnhaus »Burg 19« in Kahla dokumentiert. Hier wird zum einen klar, wie populär es in der Szene mittlerweile ist, Häuser zu erwerben und für die eigene, ungestörte Organisierung und Propaganda zu nutzen: Von der NPD, über militante Kameradschaften und die mutmaßlich rechtsterroristische »Europäische Aktion« bis zur geschichtsrevisionistischen »Schlesischen Jugend« sind alle dabei. Zum anderen ist der Kampf um Räume kein neues Phänomen, wie Mobit in Schlaglichtern rekonstruiert. Der damalige Neonazikader Michael Kühnen kaufte 1990 in der Nähe von Bad Langensalza ein Gebäude. Im Jahr darauf kam es in Weimar zu einer rechten Hausbesetzung und der »Thüringer Heimatschutz« nutzte zwei Gasthöfe bei Rudolstadt als Treffpunkt.

Die Broschüre belegt auch, dass man sich auf die Zahlen staatlicher Behörden nicht verlassen kann. Denn in den offiziellen Statistiken fehlen etwa die Gebäude in Fretterode und Kahla. Umgekehrt bleibt eine Pizzeria in Suhl, die seit Dezember 2017 in Szenehand sein soll, unerwähnt. Dieser wohl dem Redaktionsschluss geschuldete Umstand tut der Handreichung qualitativ keinen Abbruch und unterstreicht vielmehr die schnelle Zunahme rechter Häuser in Thüringen und darüber hinaus. Angesichts von bundesweit über 140 Immobilien der rechten Szene kann die Ausarbeitung ein Vorbild für umfassende Bestandsaufnahmen in anderen Bundesländern sein.

MOBIT: Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Erfurt 2018. Kostenlos zu bestellen bei: Mobiles Beratungsteam, Schillerstraße 44, 99096 Erfurt, mail@mobit.org, www.mobit.org

Das deutsche Kernland des RechtsRock



von Kai Budler

Seit 2015 steigt die Zahl der RechtsRock-Konzerte in Thüringen an – im vergangenen Jahr zählte die »Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus« (MOBIT) 59 Musikveranstaltungen der extrem rechten Szene. Damit fand durchschnittlich mindestens ein RechtsRock-Konzert pro Woche in Thüringen statt. Seit 2007 erstellt MOBIT jährliche RechtsRock-Chroniken und veröffentlicht mit der Broschüre »Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen« eine aktuelle Zwischenbilanz. Besonders die langjährige Verankerung der AkteurInnen, eine immer weiter fortschreitende Professionalisierung und der problemlose Rückgriff auf eigene Immobilien erklären die Entwicklung Thüringens zum Kernland des florierenden RechtsRock. Seine »Spezialität« sind neonazistische Großveranstaltungen unter freiem Himmel mit teils mehreren tausend BesucherInnen, die nach dem Versammlungsgesetz angemeldet werden. In acht thematischen Kapiteln untersucht die Broschüre einzelne Teilaspekte dieses Phänomens. Zu Wort kommt dabei auch der Musikwissenschaftler Thorsten Hindrichs, der vor allem nach der Binnenfunktion von RechtsRock in der Neonazi-Szene fragt und der Musik als Einstiegsdroge, »gegen deren Macht sich Menschen nicht wehren können«, eine deutliche Abfuhr erteilt. Auf seinem Streifzug durch die Thüringer RechtsRock-Szene nimmt der Autor des Magazins »der rechte rand«, Jan Raabe, unter anderem die Bands und Veranstaltungsorte unter die Lupe. Er folgt der Spur der erfahrenen »AkteurInnen, die teilweise schon seit mehr als 30 Jahren aktiv sind«. Nach der Lektüre der Broschüre wird deutlich: Die Großveranstaltungen in Thüringen sind nur die Spitze des Eisbergs, das mediale Interesse daran kaschiert lediglich die Alltäglichkeit der RechtsRock-Konzerte mit ihren vielen Facetten. Erfreulicherweise schließt sich MOBIT nicht dem Ruf nach einer Verschärfung des Versammlungsgesetzes an, sondern setzt auf Vernetzung der Initiativen in Thüringen und fordert eine Professionalisierung auf Seiten der Behörden. Denn es hat sich gezeigt, dass unerfahrene (Ordnungs-)Behörden und ihre MitarbeiterInnen RechtsRock-Konzerte erst möglich machen, weil sie ihre Kompetenzen diese zu verhindern nicht kennen. Angesichts der oft hitzigen Debatten über einzelne Hassmusik-Konzerte ist die Broschüre eine profunde Langzeitstudie, die auf Analyse setzt. Sie sei nicht nur den ThüringerInnen ans Herz gelegt.

MOBIT (Hg.): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Erfurt, 2018, 44 Seiten. Kostenlos zu bestellen bei: Mobiles Beratungsteam, Schillerstraße 44, 99096 Erfurt, mail@mobit.org.

Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 4, 5, 6, 10, 12, 18, 20, 27, 33)
Kai Budler (Seiten 3, 23, 34))
Archiv »der rechte rand« (Seiten 8, 14, 17, 24, 25, 28, 29, 30, 35, 42, 43)
apabiz (Seiten 22, 37, 41, 44)
Raimond Spekking / Wikipedia (Seite 24)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH.
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder